(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 20.08 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 33. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Frau Gerlach und Herr Hegenbarth jetzt als Ratsgruppe BUNT zusammenarbeiten.

Besonders begrüßen möchte ich heute die Schülerinnen und Schüler der drei Schulen, die am 7. Dezember am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Das sind die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 des Schiller-Gymnasiums aus Sülz, der Europaschule aus Zollstock und des Heinrich-Mann-Gymnasiums aus Volkhoven/Weiler. Herzlich willkommen im Rat!

(Beifall)

Beim Planspiel am 7. Dezember werdet ihr selbst als Ratsmitglieder hier agieren. Nach einer theoretischen Einführung, die bereits stattgefunden hat, werdet ihr dann mit der Praxis konfrontiert. Ihr könnt euch ja heute schon einmal anschauen, wie das hier funktioniert. Ich wünsche euch einen wirklich interessanten Nachmittag und freue mich, euch am 7. Dezember wieder hier im Rathaus zu begrüßen, wo dann Herr Bürgermeister Dr. Heinen durch eure Ratssitzung führen wird.

Meine Damen und Herren, nach den vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Dresler-Graf, Frau Hoyer und Frau Wolter.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Herrn Joisten, Frau Roß-Belkner und Herrn Dr. Unna.

Auch in dieser Sitzung wollen wir wieder ein neues Ratsmitglied verpflichten. Herrn Professor Klaus Schäfer wurde als Nachfolger für Frau dos Santos Herrmann, die ihr Mandat niedergelegt hat, gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Herr Professor Schäfer, ich bitte Sie, zu mir nach vorn zu kommen. Ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben - auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien und die Bezirksbürgermeister.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD] begibt sich zur Oberbürgermeisterin - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Professor Schäfer, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD]: Danke schön! Das werde ich tun! - Beifall)

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Platz.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen können, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie wie immer bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die SPD-Fraktion hat am 10. November fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt möchten Vertreter der Medien Filmaufnahmen in der Sitzung machen. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, dass wir zu Beginn dieser Ratsperiode beschlossen haben, dass die Medien zu einzelnen Tagesordnungspunkten in der Sitzung Aufnahmen machen und diese veröffentlichen dürfen. Ich gehe deshalb davon aus, dass auch heute keine Einwände gegen die Filmaufnahmen bestehen.

Zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 bis 4.8, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.2 und TOP 10.2.7, die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Gremien unter TOP 17.15 bis 17.22 sowie im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen unter TOP 23.6 und TOP 24.5.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2.1, 10.6, 10.9, 10.16, 10.19, 17.10.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Keine. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung an sich? - Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Zukunft des Ebertplatzes jetzt gestalten“
AN/1623/2017

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ihrem Einverständnis würde ich Ihnen gern meine Sicht zum Thema der Aktuellen Stunde kurz vortragen.

Ich glaube, wir alle sind der Meinung: Am Ebertplatz muss sich etwas ändern. Zu dieser Erkenntnis sind wir nicht etwa erst vor wenigen Wochen oder Monaten gekommen, sondern dieser Auffassung sind wir schon seit längerer Zeit. In der Vergangenheit wurde sowohl hier im Rat als auch in der Stadtgesellschaft viel über den für uns so zentralen Platz diskutiert. Es hat bisher auch am Entscheidungswillen gemangelt.

Vor wenigen Wochen ist endlich der notwendige Beschluss zur kompletten Umgestaltung des Ebertplatzes gefasst worden. Damit können die in der Verwaltung bereits vorbereiteten Planungsprozesse beginnen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Planungen, zu denen auch Beteiligungs- und Ausschreibungsverfahren nötig sind, so zügig wie möglich vorangehen.

Für die Zeit bis zum ersten Spatenstich werden wir den Platz wieder so gestalten, dass die Menschen ihn nicht konsequent meiden, weil sie sich dort unsicher fühlen. Gemeinsam mit der Polizei müssen wir für mehr Sicherheit und Ordnung sorgen. Mit Anwohnern, Politik, Vereinen, Künstlern und anderen müssen wir aber auch für mehr Belebung des Platzes sorgen. Wenn wir den Platz menschenleer machen, haben wir nichts gewonnen; dann haben wir verloren. Deswegen habe ich eine Projektgruppe einberufen lassen, die sich mit allen relevanten Akteuren an einen Tisch setzen und sich zu den Themen Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung und auch Belebung Gedanken machen wird.

Ich bin dem Stadtdirektor dankbar, dass erste Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen, bereits umgesetzt wurden. Dazu gehören mehr Ordnungspersonal, eine bessere Ausleuchtung, mehr Reinigung und eine bessere Übersichtlichkeit des Platzes durch den Rückbau von Kübeln und Beeten. Gemeinsam mit der Polizei, die ihre Personalpräsenz dort weiterführt, werden wir uns Gedanken machen müssen über bauliche Maßnahmen, die auch eine Schließung der Zugänge vorsehen. Noch in diesem Jahr werden wir als Verwaltung dazu ein Konzept vorlegen, das all diese Punkte berücksichtigt.

Ich gebe nun Herrn Börschel als erstem Redner zur Aktuellen Stunde das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es besteht überhaupt kein Zweifel: Der Ebertplatz ist mittlerweile einer der trostlosesten Plätze Kölns, den viele Menschen als Angstraum empfinden und der sich inzwischen zu einem handfesten Brennpunkt der Drogenkriminalität entwickelt hat. Gerade in den letzten zwei, drei Jahren hat sich die Situation deutlich verschlimmert. Trauriger Höhepunkt war das Tötungsdelikt an einem jungen Mann im letzten Monat.

Dazu hätte es keineswegs kommen müssen. Der Platz entspricht zwar in baulicher Hinsicht nicht mehr den heutigen Anforderungen, die wir an moderne Stadtgestaltung stellen; aber noch bis in die 90er-Jahre hinein war der Platz durchaus belebt und angenommen. Ich selbst kann mich noch erinnern, dass viele Familien, Kinder und Jugendliche den Platz an den Wochenenden oder Nachmittagen genutzt haben, allerdings mit einem Brunnen als Mittelpunkt und einigen Dingen mehr, die damals noch funktionierten, was sie heute nicht mehr tun.

Der offensichtliche Verfall hat nach und nach eingesetzt. Zunächst sprudelte der Brunnen nicht mehr, dann waren die Rolltreppen stillgelegt, dann kamen Verunreinigungen hinzu, Ladenlokale standen leer oder wurden zweifelhaft genutzt. Das führt zu dem Faktum, das wir heute festhalten müssen: Die Menschen fühlen sich ganz offensichtlich immer unwohler, und das obwohl der Ebertplatz räumlicher Mittelpunkt von drei zwar ganz unterschiedlichen, aber gut funktionierenden Veedeln mit hoher Lebensqualität ist, nämlich

dem Agnes-, dem Eigelstein- und dem Kunibertsviertel.

Diese gemeinsame Mitte wird nun immer mehr zum Angstraum. Niemand, der nicht muss, betritt den Ebertplatz. Das ist gleichzeitig auch Teil des Problems; denn ein Ort, wo niemand mehr hinwill, bleibt zunehmend denjenigen überlassen, von denen wir nicht wollen, dass sie sich den Platz aneignen können. Das ist das erste Faktum, was wir gemeinsam festhalten müssen.

Übrigens kann man mit Blick auf die letzten Monate und Jahre durchaus feststellen, dass es Verdrängungseffekte gibt, seit die polizeilichen Maßnahmen in der Domumgebung wirken. So sagte der ehemalige Polizeipräsident Mathies in einer Veranstaltung vor einiger Zeit, dass diese wiederum zu Verdrängungseffekten auch am und um den Ebertplatz herum führen. Das muss uns gleichzeitig Mahnung sein, dass ein Gesamtkonzept notwendig sein wird, das neben polizei- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch Streetwork und Sozialarbeit mit einbezieht. Das alles muss zusammengeführt werden, damit die einzelnen Elemente ihre Wirkung nicht verfehlen.

Insofern, Frau Oberbürgermeisterin, stimme ich Ihnen in einem Fazit ausdrücklich zu: Am Ebertplatz muss sich grundsätzlich etwas ändern, und zwar nicht irgendwann, sondern sofort. Zu unterscheiden sich dabei die grundlegenden baulichen Maßnahmen von den Sofortmaßnahmen.

Zum Grundlegenden herrscht hier im Rat der Stadt Köln spätestens seit 2009 Einigkeit, nämlich seitdem im Masterplan ein Interventionsraum festgelegt wurde und seitdem der Rat den Ebertplatz als einen von sieben prioritären Orten in Köln festgelegt hat. Das haben wir im Mai 2009 beschlossen. Das Problem ist: Es ist bisher nichts Handfestes geschehen.

Frau Oberbürgermeisterin, an dieser Stelle will ich Ihnen ausdrücklich widersprechen. Wir haben hier kein Beschlussdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Es mangelt hier nicht an Entscheidungswillen, sondern an Umsetzungswillen. Diese Kritik müssen wir hier schon sehr deutlich artikulieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Widerspruch bei der CDU)

Auf die Planungen für eine große Lösung warten wir bis heute. Ich frage mich: Warum muss eigentlich immer alles in dieser Langsamkeit nacheinander gehen, wenn bestimmte Planungsprozesse auch parallel geschaltet werden könnten? Es spricht doch überhaupt nichts dagegen, bestimmte Prüfungen nebeneinander vorzunehmen, statt sie in aller Langsamkeit nacheinander zu schalten. Dann ist es ja kein Wunder, dass nichts passiert. Deswegen ist uns wichtig, diesen Punkt deutlich herauszuarbeiten: Die Umgestaltung des Ebertplatzes hat bei der Stadtverwaltung bislang eben keine besondere Priorität genossen, und das muss sich ändern.

Zu den vorläufigen Maßnahmen will ich Folgendes sagen: Auch hier haben wir kein Beschluss-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Ich will mit Blick zum Kollegen Hupke, der ja gleich noch dazu sprechen wird, auch sagen, dass sich insbesondere die Bezirksvertretung Innenstadt hier immer wieder hervorgetan hat. Ich will jetzt nur einen Beschluss herausgreifen, nämlich den aus dem November des vergangenen Jahres, in dem festgehalten war: Beleuchtung verbessern, Rückschnitt des Grüns, damit es nicht mehr als Drogenversteck genutzt werden kann und der Platz besser einsehbar wird, Beseitigung von Graffiti, Rückbau der Hochbeete, Nutzung als Veranstaltungsort. Nur die Videoüberwachung des Platzes wurde von der Bezirksvertretung damals leider nicht beschlossen. Die Polizei aber sieht sie als sinnvoll an.

Auch hier frage ich: Warum wurde dieser Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt über Monate hinweg immer wieder verschleppt? Erst nach dem schrecklichen Todesfall im Oktober wurden diese Vorschläge plötzlich zur Sofortmaßnahme erklärt und sollen sie jetzt doch im Wesentlichen umgesetzt werden. Ich frage: Warum erst jetzt? Das kann man niemandem erklären.

Wenn die Entwicklung eines zeigt - da haben Sie wiederum recht, Frau Oberbürgermeisterin -, dann das: Der Platz braucht eine gemeinsame Lösung, an der alle Verantwortlichen mitwirken, aber keinen Aktionismus mit einer Kommunikationsstrategie, die mehr als unterirdisch ist. Ich will klar sagen: Die Kunststationen in der Passage des Ebertplatzes sind sicher nicht die Lösung. Das können sie auch nicht sein. Es wäre auch unfair, von Galeristen zu erwarten, etwas zu schaffen, was die Stadtverwaltung der Stadt Köln nicht schafft. Aber sie sind doch immerhin ein Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Denen die Kündigung vor die Füße zu kippen, ohne mit ihnen oder mit den politisch Verantwortlichen zu

reden, halte ich für absolut unterirdisch, deplatziert und schädlich. Ich fordere Sie deswegen auf, das rückgängig zu machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am Schlimmsten aber ist der Vorschlag des Zumauerns und Verbarrikadierens der Passage, auch das ohne mit den zuständigen politischen Gremien gesprochen zu haben. Dies ist das Eingeständnis der Hilflosigkeit, ein Offenbarungseid des Staates. Niemand weiß, wie sich die Situation entwickeln wird, wenn die Zugänge zugemauert werden. Oder ist es vielleicht Ihre Intention, Herr Stadtdirektor, ein polizeilich und ordnungsamtlich kontrolliertes Reservat für die diversen Szenen zu schaffen? Wenn dem so sein sollte, müssten Sie das offen und ehrlich sagen und es diskutieren, statt es einfach zu machen.

Deswegen fordere ich Sie auf: Greifen Sie die verschiedenen Vorschläge auf, die aus den Veedeln kommen, und nutzen Sie sie! Was ist mit dem Weihnachtsmarkt, den ansässige Geschäftsleute veranstalten wollten, den aber eine Mehrheit im AVR aus ideologischen Gründen abgelehnt hat? Warum vermietet die Stadt die Ladenlokale nicht gezielt an junge Gründer, ohne auf den Ertrag zu achten, um Belebung zu schaffen, statt durch ein Zumauern den Platz anderen zu überlassen? Wo bleibt das Gesamtkonzept, in dem polizeiliche Maßnahmen genauso eine Rolle spielen wie soziale? Schon jetzt merkt man, dass, wenn Sie nur polizeilich vorgehen, es zu Verdrängungseffekten hin zur Agneskirche und anderen Orten in den angrenzenden Veedeln kommt, die wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

Ich sage deswegen zum Schluss: Der Ebertplatz gehört allen Kölnerinnen und Kölnern. Der Staat muss hier endlich Handlungsfähigkeit beweisen. Alle Akteure gehören an einen Tisch. Wir müssen diesen Platz den Menschen zurückgeben, und das sofort. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben wieder mal Martins Märchenstunde gehört. Er hat versucht, die Historie so umzudeuten, damit jeder glaubt, die Sozialdemokraten hätten mit der aktuellen Situation auf dem Platz überhaupt nichts zu tun. Dies ist wieder einmal der Versuch, davon abzulenken, dass die Entwicklung auf diesem Platz sich über Jahre hinweg aufgebaut hat.

Im Jahr 2009 - der Kollege hat es zitiert - waren wir alle uns hier im Rat einig, dass dort etwas passieren muss. Auch der Beschluss vom 15.03.2011 war ganz klar darauf gerichtet; denn das war ein Planungsbeschluss für die Anpassung der Vorbereitungen des Umbaus auf dem Ebertplatz.

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Nein, die lasse ich an dieser Stelle nicht zu. Sie können sie gerne in der zweiten Runde stellen.

Wir haben in Köln Jahre lang eine SPD-geführte Verwaltung gehabt. Was hat die denn gemacht? Sie hat gar nichts gemacht. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Oberbürgermeisterin hat bereits im letzten Jahr die Initiative ergriffen. Die Planungen sind noch einmal überarbeitet worden. Es hat noch einmal eine Alternativprüfung gegeben; sie ist in diesem Jahr beschlossen worden. Damit steht einer baulichen Veränderung jetzt nichts mehr entgegen. Die Prozesse werden nun auf den Weg gebracht. - Das ist der erste Teil der Wahrheit, wenn wir uns die zeitlichen Abläufe anschauen.

Der zweite ist die Situation der Polizei in unserer Stadt. Wir haben nach wie vor zu wenig Polizeibeamte, weil die alte rot-grüne Landesregierung es in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt hat, die Zahl der Polizeibeamten in NRW zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die neue Landesregierung ist gerade dabei, das zu korrigieren, sodass es an dieser Stelle auch zu einer Verbesserung der Situation kommen wird. - Das ist der zweite Teil der Wahrheit.

Die Verwaltung wird jetzt koordinierend tätig werden und die einzig möglichen Optionen, die wir haben, um interimistisch die Situation auf dem Platz zu verbessern, durchprüfen. Sie wird alle Akteure, die für die einzelnen Teilbausteine verantwortlich sind, an einen Tisch holen. Wir haben ein bewährtes Konzept, um gerade solche

sozialen Brennpunkte in der Stadt neu zu ordnen.

Der erste Baustein ist die Ordnungspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei. Da ist der Stadtdirektor in der Verantwortung, der natürlich auch versuchen wird, die Zahl der Ordnungsdienstkräfte in dieser Stadt zu erhöhen, nachdem Ihr Stadtdirektor noch nicht einmal in der Lage war, den neuen Ordnungskräften, die Sie immer gefordert haben, genügend Büros zur Verfügung zu stellen. Das wird jetzt nachgeholt. Auf Landesebene sind wir dabei, die Zahl der Polizeibeamten zu erhöhen, und werden entsprechende Initiativen ergreifen. Das ist aber nur ein Baustein.

Der zweite Baustein ist mindestens genauso wichtig, nämlich dass wir die vielen Drogenabhängigen und kranken Menschen, die sich auf diesem Platz verstärkt versammeln, auch durch eine große Zahl von Streetworkern so unterstützen, dass die Situation an der Stelle verbessert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Der dritte Baustein sind die baulichen Maßnahmen. Bei den baulichen Maßnahmen ist zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen Perspektive zu unterscheiden. Ich glaube, für Erstere haben wir hier im Rat alle dafür notwendigen Beschlüsse gefasst. Jetzt geht es nur noch um die Frage: Durch welche Maßnahmen baulicher Art kann man die Situation kurzfristig verbessern? Wir als Rat sind nicht Verwaltung. Die Verwaltung hat von sich aus die Initiative ergriffen, interimistische Vorschläge intern daraufhin zu prüfen, wie die Situation dort verbessert werden kann. Am Ende werden wir hoffentlich zu der gemeinsamen Auffassung kommen, dass wir für diese Interimsphase etwas verändern müssen.

Warten wir doch erst einmal das Ergebnis der Verwaltungsprüfung ab! Die verschiedenen Alternativen werden noch einmal durchgeprüft. Das sollte allerdings nicht ein Jahr dauern. Ich hoffe, dass das Ergebnis schon bis Ende dieses Jahres vorliegt. Dann werden wir uns in den Fachausschüssen damit befassen, wie die Situation ideal verbessert werden kann. Das ist genau der richtige Weg, um diese Probleme anzugehen.

Ich habe vollstes Zutrauen sowohl zu unserer Oberbürgermeisterin wie auch zu unserem Stadtdirektor, dass sie diese Thematik entschieden angehen und gemeinsam mit der Politik eine Lösung finden werden, um diesen wirklich gefährlichen Angstraum in der Stadt zu beseitigen, aber auch einen Beitrag dazu leisten werden, dass nicht eine Verdrängung in andere Bereiche die Konsequenz dessen ist; denn das wollen wir auch nicht. Wir wollen nicht, dass ein Brennpunkt von einem anderen abgelöst wird. Wir wollen eine Lösung der Situation. Ich glaube, nur durch vernünftiges und maßvolles Vorgehen werden wir einen Beitrag dazu leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren des Rates! Ich möchte mich nicht an Schuldzuweisungen beteiligen, will aber auf eines hinweisen - daran sollten wir uns alle erinnern, weil wir alle dafür Verantwortung tragen -: Wir alle haben gemeinsam die unsinnige Schleife beschlossen, jahrelang über eine Tiefgarage zu sinnieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir nicht!)

Dadurch ging sehr viel Zeit verloren. Das geschah aber nicht in der Verantwortung des Stadtdirektors und des OB - er war damals noch in Düsseldorf -, sondern das haben wir selbst zu verantworten.

Als in den Kölner Medien am 31. Oktober plötzlich und unvermittelt gemeldet wurde, dass die Verwaltung die Ebertplatzpassage komplett abriegeln und zumauern sowie alle Ladenlokale entmieten wolle und bereits dem Kunstraumlabor eiligst gekündigt habe, dachte ich zuerst an einen verunglückten Aprilscherz. Aber offenbar sollte mit dieser überfallartigen und nicht durchdachten Aktion die Gunst der Stunde genutzt werden in der trügerischen Hoffnung, dass dieser Aktionismus während zweier religiöser Feiertage in der Wochenmitte vielleicht unbeobachtet bleibt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen wurde in ungewöhnlicher Art und Weise die Feiertagsruhe gestört.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei müsste doch jedem in der Verwaltung klar sein, dass solch weitreichende Eingriffe in den öffentlichen Raum einer politischen Beratung und Entscheidung in der Bezirksvertretung und den zuständigen Ratsgremien erfordern. Das fordern wir auch nachdrücklich ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Ebertplatz ist seit einiger Zeit zu einem Kriminalitätsschwerpunkt geworden. Völlig klar ist, dass hier gehandelt werden muss, allerdings nicht kopflos und ohne erkennbar wirkungsvolles Konzept. Ein durchdachtes Vorgehen erwarten wir zuallererst von der Kölner Polizeiführung, weil es ihre hoheitliche Kernaufgabe ist, Kriminalität zu bekämpfen und öffentliche Sicherheit zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich betone dies, weil der neue Polizeipräsident bei seinem ersten Auftritt auf dem Ebertplatz mit seiner Aussage, wegen der städtebaulichen Sünden am Ebertplatz sei zunächst einmal die Verwaltung gefragt, nicht nur die Bevölkerung im Viertel erheblich verunsichert hat. Es muss doch den Polizeistrategen aufgefallen sein, dass der durchaus richtige und massive Polizeidauereinsatz am Hauptbahnhof, am Dom, im Rheingarten, in der Altstadt zur verstärkten Verdrängung der Drogendealerszene an den Ebertplatz geführt hat. Wenn jetzt der Ebertplatz zugemauert wird und die Drogendealer zum Beispiel zum Friesenplatz weiterziehen, wo sie im Übrigen schon jetzt anzutreffen sind: Wird dann auch die Stadtbahnebene am Friesenplatz zugemauert?

Wir sind der Oberbürgermeisterin sehr dankbar, dass sie unmittelbar nach ihrer Rückkehr den Aktionismus gestoppt hat. Von den am 2. November verkündeten Maßnahmen - laut Pressemitteilung - macht nur die verstärkte Ausleuchtung des Platzes sowie die Müllbeseitigung Sinn. Alle übrigen Aktivitäten sind eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Wie kann man nur auf die Idee kommen, einen öffentlichen urbanen Raum, der zudem auch belebend kulturell genutzt wird, aufzugeben? Das ist Kapitulantentum vor den kriminellen Verhältnissen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicherlich, die Situation ist nicht einfach. Aber Standard des Handelns muss doch ein nachhaltig wirkungsvolles Vorgehen zur Auflösung dieses Kriminalitätsschwerpunkts sein. Wir erwarten von der Polizeiführung, dass sie auch die Nebenwirkungen im Blick hat und das in Ordnungspartnerschaft unter Einbeziehung von Streetworkern und der Verwaltung umsetzt. Um es noch einmal klar zu sagen: Das ist unsere schlichte Erwartungshaltung und auch die vieler Menschen in diesem Viertel.

Der Ebertplatz ist in seiner derzeitigen Gestalt sinnfälliges Ergebnis der autogerechten Stadt, einer städtebaulichen Grundhaltung der 60er- und frühen 70er-Jahre, die die Verkehrsformen in ihrer Funktion streng abgrenzt und die Fußgänger am besten unter die Erde verbannt. Im Masterplan für Köln ist genau dies kritisiert und aufgehoben worden; die meisten wissen das. Seit 2014, als die vier Ladenlokale mit Ateliers belebt wurden, wurden Kunsträume geschaffen, die sich bewährt und tatsächlich auch dazu beigetragen haben, die Situation dort zu verbessern.

(Beifall von Elisabeth Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Wer sich die Dokumentation „Kunst Basis Ebertplatz“ anschaut, findet viele gelungene Beispiele für Aktionen in den letzten Jahren.

Wenn also die Verwaltung in ihrer Pressemitteilung vom 2. November von einem Interimskonzept spricht, dann ist nur der Grundgedanke „Interim“ richtig; denn es wird ja noch einige Jahre dauern, bis dieser Platz auf Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs umgebaut wird. Bis dahin sind Zwischennutzungen unbedingt sinnvoll. Aber es sollten in erster Linie kulturelle sein. Die Bereitschaft und das Engagement der Atelierbetreiber und Kunstschaffenden sind vorhanden. Sie haben dies schon öfter bekundet. Ich kann nur sagen: Dies sollten wir aufgreifen. Mit ihnen sollten wir uns verbünden. Die Verwaltung sollte auf sie zugehen. Denn nur ein solches Konzept bedeutet: Wir werden uns den Ebertplatz zurückholen und eine Situation schaffen, dass viele Menschen es angenehm finden, sich dort aufzuhalten und zudem noch kulturelle Anregungen bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist unser Plädoyer, statt zuzumauern. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft. Solange die Gesellschaft von Verboten für Drogen bestimmt ist, wird es immer auch illegalen Drogenhandel geben. Am Ebertplatz wird es den geben und, wenn er von dort verdrängt wird, an anderen Stellen in der Stadt. Wir können dem Drogenhandel am Ebertplatz nicht mit Mauern begegnen. Mit einer einfachen Verdrängung der Drogenszene haben wir nichts gewonnen. Schon jetzt zeigt sich eine Verlagerung des Drogenhandels in die Grünanlage am Theodor-Heuss-Ring.

Wir brauchen ein gesamtheitliches Konzept, um die Situation am Ebertplatz zu befrieden. Wir brauchen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter am Ebertplatz, die den Menschen Perspektiven jenseits von Drogenkonsum und Drogenhandel aufzeigen. Wir brauchen die Künstlerinnen und Künstler in den Läden in der unteren Ebene, weil sie zur Belebung des Platzes beitragen. Die kaputten Rolltreppen und Lampen in der unteren Ebene des Ebertplatzes müssen in Ordnung gebracht werden. Der Brunnen ist zu reparieren. Es muss gestrichen und intensiv geputzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ebertplatz muss ein Teil der Stadt werden. Der Platz muss so attraktiv werden, dass er auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Neusser Straße, des Kunibertsviertels, des Eigelstein und der anderen umliegenden Straßen genutzt wird. Der Ebertplatz muss ein städtischer Platz werden, auf dem man sich gerne aufhält. Der Ebertplatz braucht das, was alle funktionierenden innerstädtischen Plätze brauchen: Er braucht einen Brunnen, er braucht Bäume, und er braucht Bänke.

Meine Damen und Herren, auch wenn es die optimale Lösung wäre, wir können mit der Umgestaltung des Ebertplatzes nicht bis zu einer Realisierung warten, wie er früher einmal ausgesehen hat, nämlich rein oberirdisch, wie es der Masterplan vorsieht.

Sie alle - Herr Frank hat es dankenswerterweise eingeräumt - haben mit Ihrem unsinnigen Gutachten zur Realisierung einer Tiefgarage unter dem Platz dazu beigetragen, dass die Umgestaltung des Ebertplatzes um mindestens zwei Jahre verzögert wurde. Alle sind hereingefallen auf die Polemik der FDP, die das im Wahlkampf zum Thema gemacht hatte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nur wir nicht!)

- Nur wir nicht. Einzig die LINKE war dagegen. Ich dachte, das wäre vorhin schon klar geworden. Vielen Dank für den Zwischenruf aus den eigenen Reihen, der das noch einmal unterstreicht.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Die rein oberirdische Gestaltung des Ebertplatzes wäre die Kür. Jetzt müssen wir erst einmal die Pflicht abliefern.

Eines ist klar: Die Architektur des Platzes, wie sie heute ist, ist ein Stück weit aus der Zeit gefallen. Aber wir müssen damit umgehen, jedoch nicht mit Mauern, sondern mit ordentlicher Instandsetzung und mit Maßnahmen wie Putzaktionen, Reparatur des Brunnens, Aufstellen von Bänken und Pflanzen von Bäumen, damit die Leute aus der Nachbarschaft den Ebertplatz wieder nutzen. Wenn sich an einem Sonntagnachmittag bei schönem Wetter hundert Leute mit ihren Familien dort aufhalten, wird es zu einer Durchmischung kommen.

So blöd sich das vielleicht anhören mag: Wir müssen damit leben, dass es immer irgendwo in der Stadt Leute geben wird, die Drogen konsumieren. Das ist nun einmal so. Das gehört dazu. Mit Verboten wird man das nicht ändern. Aber wir müssen dafür sorgen, dass ein solcher Platz nicht kippt. Der Ebertplatz ist gekippt. Diese Situation müssen wir zurückdrehen und zeitgleich aber auch darauf achten, dass dadurch nicht andere Plätze kippen. Und das geht nur mit einer durchmischten, lebendigen Nutzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das ich im Internet gefunden habe. Da heißt es:

> Die Innenstadt Kölns soll attraktiver werden, deshalb werden die Vertragspartner die folgenden Maßnahmen zur Umsetzung bringen: …

> ebenerdige Umgestaltung des Ebertplatzes im Sinne des Masterplans …

Zitatende. - Das Schweigen bei Rot-Grün verrät, woher dieses Zitat stammt. Es steht in der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Koalition von 2009 bis 2014, Herr Börschel.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Martin Börschel [SPD]: Beschlusslage!)

Sie haben vollmundig die ebenerdige Umgestaltung angekündigt. Die ist jedoch nicht erfolgt. Stattdessen stellen Sie sich hierhin, Herr Börschel, und tun so, als wäre dieses Problem das Ergebnis einer verfehlten Politik unserer Oberbürgermeisterin. Diesen Versuch werde ich vereiteln, Herr Börschel. Damit kommen Sie nicht durch.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Sie benutzen hierfür den Ebertplatz - das ist ein ernstes Problem; ich möchte das nicht als Klamauk abgetan wissen - als ein Vehikel, um die aktuelle Stadtregierung schlechtzumachen. Das finde ich nicht in Ordnung.

Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass Sie, Herr Frank, hier allen Ernstes den Eindruck erwecken wollen, als wären irgendwelche Planungen zur autogerechten Stadt Ursache des Problems.

> (Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Wir alle wissen: Wir müssen stadtplanerisch umdenken. Ich kann auch aus dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb aus dem Jahre 1999 zitieren, in dem bereits vor 20 Jahren eine Überprüfung angemahnt wurde. Also daran kann es nicht liegen. Das ist auch eine Verkleisterung der wahren Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Weisenstein, Sie haben hier eben allen Ernstes gesagt - das sollen die Zuschauer auch mitbekommen -, eine Stadt braucht Räume, in denen mit Drogen gehandelt wird. Das ist doch eine Kapitulation des Rechtsstaates.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der LINKEN)

Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen. Das, lieber Herr Weisenstein, kann nicht einfach unkommentiert stehen bleiben.

Was ist denn das für eine Denke, wenn Sie, Herr Frank, sagen: Wir haben ein Problem, das wir nicht in den Griff bekommen. Aber mit ein paar Galerien, ein bisschen Streetwork und heißem Tee werden wir die Drogenkriminalität bekämpfen. - Das funktioniert nicht. Sie bekämpfen keine Drogenkriminalität, indem Sie heißen Tee ausgeben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind für Zumauern?)

- Nein, lieber Herr Frank. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass mit Ihrer Argumentation das Problem nicht ansatzweise gelöst werden kann. Sie verlagern damit die Problemlage nur auf irgendwelche Nebenkriegsschauplätze. Das kann nicht die Lösung sein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen: Dann sagen Sie, wofür Sie sind!)

Der Sündenfall war, dass die Rolltreppen eingestellt wurden.

(Beifall bei der FDP)

Das letzte Prüfsiegel auf den Rolltreppen stammt aus dem Jahr 2001. Sie wünschen sich eine Belebung. Diesen Wunsch teile ich, Herr Frank. Aber diese Belebung hätte man längst herbeiführen können. Aufgrund des Versagens der Stadtverwaltung wurden hier in den letzten 20 Jahren keine Fortschritte gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Ich bin viele Jahre Mitglied in der Bezirksvertretung Innenstadt gewesen; der Herr Bezirksbürgermeister erinnert sich bestens daran. Er wird nachher zu Recht dazu noch ein Statement der Bezirksvertretung vortragen. Ich kann Ihnen sagen: Es gab kaum eine Sitzung, in der nicht angemahnt wurde, man müsse das Problem des Ebertplatzes in den Griff bekommen. Nach 15 Jahren Mitwirkung in der Kommunalpolitik glaube ich feststellen zu können, dass in den letzten fünf Wochen mehr Ideen auf den Tisch gekommen sind - Ideen, Herr Börschel! - als in den letzten 15 Jahren. Das darf man hier auch einmal erwähnen.

Last but not least: Die Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst wurde hier bereits

angesprochen. Ich sage noch einmal: Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen. Aber das Recht braucht auch diejenigen, die es durchsetzen. In diesem Sinne setze ich auf die Polizei. Die Mitglieder des Polizeibeirats wissen, wir nehmen die Polizei auch in die Pflicht, dass sie gemeinsam mit dem Ordnungsdienst dem Recht zur Durchsetzung verhilft; denn das sind die Maßnahmen, die der Ebertplatz braucht. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Dank gilt zunächst der SPD-Fraktion für die Beantragung dieser Aktuellen Stunde. Das ist ein drängendes Problem der Stadt Köln. Ich glaube, die lebhafte Debatte hat das auch mehr als bestätigt.

Die Situation am Ebertplatz beschäftigt die Menschen und insbesondere auch die Medien, sowohl regional als auch darüber hinaus, so zum Beispiel im WDR 5 Tagesgespräch mit Sabine Brandi am 25. Oktober. Da waren wir, der Rat der Stadt Köln und der Ebertplatz, beherrschendes Thema, und zwar nicht sehr schmeichelhaft für uns und nicht sehr schmeichelhaft für Ihre Fraktionen. - Ich weiß nicht, wer von Ihnen das live gehört hat. Es lohnt, sich das anzuhören. Sie können es in der Mediathek von WDR 5 abrufen. Der Titel lautet „Angsträume in NRW“. Spannend wird es ab Minute 20.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, ich kann es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, Ihnen noch einmal unseren Antrag vom 28. September, also kurz vor den dramatischen Ereignissen am Ebertplatz, in Erinnerung zu rufen. Ich zitiere die wichtigsten Passagen. Wir hatten beantragt:

> Zur Entschärfung der Drogenszene am Ebertplatz … beschließt der Rat der Stadt Köln, …
>
> 2. Dealern Platzverweise zu erteilen,
>
> 3. bei Kontrolle der Personalien und festgestellten, strafbaren Auffälligkeiten ohne Wohnsitz in Köln einen Stadtverweis zu erteilen,
>
> 4. den Aufenthaltsstatus zu klären und ggf. Abschiebehaft zu veranlassen …

So weit die wichtigsten Punkte aus unserem Antrag in der Sitzung am 28. September 2017. - Sie werden sich sicherlich erinnern: Unser Antrag wurde von Ihnen ohne jegliche Diskussion, ohne jegliche Reaktion und ohne weitere Begründung pauschal abgelehnt.

Jetzt, sechs Wochen und einen Toten und zwei Schwerverletzte später, beschäftigt sich der Rat erneut mit diesem Thema. Meine Damen und Herren, ich wiederhole hier gern das, was ich in der Sendung im WDR 5 zu Susanne Brandi gesagt habe:

> „Ich sage immer: Wir könnten einen anonymen Spender beibringen, der sämtliche Schulden der Stadt Köln übernimmt, das würde abgelehnt. Warum? Weil die AfD-Antragsteller ist. … Es wird jeder Antrag, egal was wir beantragen, abgelehnt.“

Ich bezweifle, meine Damen und Herren, dass Sie sich, aber vor allem dem demokratischen Miteinander hier in diesem Haus und in dieser Stadt mit der fortgesetzten Stigmatisierung der AfD einen Gefallen tun.

Meine Damen und Herren, wir alle hier im Saal sind demokratisch gewählt und gleichermaßen legitimiert. Wir alle hier sind dem Wohl dieser Stadt verpflichtet. Wir haben dabei naturgemäß unterschiedliche Vorstellungen, wie das Wohl der Stadt am besten erreicht wird; ja. Aber wir alle sollten doch dabei vorurteilsfrei und an der Sache orientiert um die beste Lösung für unsere Stadt ringen.

Sehen Sie, die AfD ist mittlerweile in 14 von 16 Landtagen vertreten. Wir sind die drittstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. In manchen Bundesländern sind wir die zweitstärkste und in einem sogar die stärkste politische Kraft. Wann will der Rat der Stadt Köln die politische Realität in diesem Land endlich zur Kenntnis nehmen?

(Katharina Welcker [CDU]: Es geht um den Ebertplatz!)

- Ja, das weiß ich. Wir werden Ihnen im weiteren Verlauf der Sitzung einen Antrag dazu vorstellen.

Wir sind hier im Rat nur mit drei Personen vertreten. Lassen Sie mich kurz sagen: Wir möchten diese Chance nutzen und mit Ihnen im politischen Miteinander ein neues Kapitel hier in Köln aufschlagen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir nicht mit Ihnen!)

Ich als Vorsitzender der AfD-Fraktion biete Ihnen das ausdrücklich an. Wir sind zu einer konstruktiven und sachgerechten Zusammenarbeit mit Ihnen bereit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte wieder zur Sache sprechen, Herr Boyens?

Stephan Boyens (AfD): Ja. - Wir werden im weiteren Verlauf dieser Sitzung unter TOP 3.1.7 einen Antrag vorstellen, von dem wir meinen, dass damit die Situation am Ebertplatz entschärft werden kann.

Das, was Kölnerinnen und Kölner wollen - das wurde hier auch schon erwähnt -, ist: Sie wollen ihren Ebertplatz wieder zurück. - Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt. Unter TOP 3.1.7 haben Sie Gelegenheit, unsere Vorschläge dazu anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wiener das Wort.

Markus Wiener (pro Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt hat nicht nur der Herr Wiener das Wort; es hat auch die Ratsgruppe pro Köln das Wort. Ich denke, so viel Zeit muss sein. Wir nutzen gern die Gelegenheit, uns bei dieser Aktuellen Stunde in den kommunalpolitischen Alltag einzubringen, was Herr Frankenberg vom *Kölner Stadt-Anzeiger* letztens ja schmerzlich vermisst hat. Dem kann abgeholfen werden; gern.

Meine Damen und Herren, die Zustände am Ebertplatz sind ein sehr ernstes Thema. Nicht nur die AfD hat richtigerweise auf dementsprechende Initiativen in der Vergangenheit hingewiesen. Auch pro Köln hat in den vergangenen Jahren immer wieder zur Entstehung solcher Hotspots und zu Kriminalitätsschwerpunkten in Köln vernünftige Lösungskonzepte vorgestellt.

Ich hatte bei der Rede des Kollegen Boyens gerade ein Déjà-vu. Auch alle Initiativen, Anträge und vernünftigen Lösungskonzepte von pro Köln sind hier immer wieder ohne Diskussion abgelehnt worden. Frau Moritz von den Grünen hat einmal festgestellt: Selbst wenn draußen die Sonne scheint und pro Köln eben feststellen würde, dass draußen die Sonne scheint, würden wir das ablehnen. - So viel zu Ihrem Demokratieverständnis, das auch dazu führt, dass solchen Entwicklungen in Köln nicht entgegengetreten wird, weil man vernünftige Lösungskonzepte nicht hören will.

Die Diskussionsbeiträge, die wir hier vonseiten der Altparteien gehört haben, kann man unter dem Motto „Haltet den Dieb!“ zusammenfassen. Es wird sich gegenseitig eine Verantwortlichkeit für die Zustände hier in Köln vorgeworfen, die in Wirklichkeit aber alle Altparteien in unterschiedlicher Art und Weise tragen.

So ist es der Gipfel an Scheinheiligkeit, wenn ein Herr Börschel hier mit Unschuldsmiene kritisiert, dass die Zustände sich dort so verschlechtert haben. Ja, es ist richtig, dass die SPD bis 2014 die Verwaltung und die Kommunalpolitik hier in Köln bestimmt hat. Alle diese Probleme haben sich schon in diesen Jahren aufgestaut. Die SPD hat nichts dagegen unternommen. Nichts!

Genauso fragwürdig ist es, wenn die CDU jetzt versucht, die Law-and-Order-Rolle zu spielen und ihre Verantwortlichkeit für die sich verschlechternden Zustände in diesem Land negiert. Zur Wahrheit dazu gehört, dass Sie über die Gründe für die negative Kriminalitätsentwicklung in Köln und anderswo immer noch nicht reden und sie am liebsten weiter tabuisieren wollen. Wenn wir hier über den Ebertplatz und andere Kriminalitätsschwerpunkte reden, muss man doch feststellen, dass diese Probleme weniger mit einer autogerechten Stadt zu tun haben, wie Herr Frank von den Grünen meinte, sondern eher mit einer verfehlten Migrations- und Asylpolitik.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

- Da wird „Pfui!“ geschrien. Warum schreien Sie: „Pfui!“?

(Niklas Kienitz [CDU]: Weil es nicht stimmt!)

Stichwort „Nafris auf dem Ebertplatz“. Mit wem haben wir denn hauptsächlich Schwierigkeiten?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen): Mit Hooligans!)

Es sind häufig schwarzafrikanische Drogendealer, die erst im Laufe der letzten Jahre

nach Deutschland und Köln gekommen sind. Darüber muss geredet werden, wenn man ernsthaft versuchen will, die Probleme in den Griff zu kriegen.

Die konkreten Vorschläge, die man jetzt macht, weil man aktionistisch irgendetwas vorschlagen muss, lösen die Probleme doch nicht wirklich. Sie werden in der Tat nur einen Verdrängungseffekt zur Folge haben. Wenn man bestimmte Plätze, wie zum Beispiel rund um den Hauptbahnhof, verstärkt mit ordnungsdienstlichen und polizeilichen Maßnahmen kontrolliert, hat das eine Verdrängung zur Folge. Mit dem Einsatz von Streetworkern oder mit städtebaulichen Maßnahmen wird man die Probleme niemals in den Griff bekommen. Das alles sind nur kosmetische Korrekturen.

Zyniker sagen ja: Die Logik mancher etablierten Parteienvertreter ist: Man baut am Ebertplatz einige Blumenkübel ab, stellt diesen zur Verschönerung zum Beispiel in Chorweiler wieder auf, und dann sind alle Probleme der Stadt gelöst. - Damit sind die Probleme natürlich nicht gelöst. - Ich sehe gerade auf der Anzeige, dass sich meine Redezeit dem Ende nähert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, auch für pro Köln gelten nur fünf Minuten; dem beugen wir uns gern. - Also: Sie müssen die wahren Ursachen der Probleme ansprechen. Sie müssen bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Pro Köln wird weiterhin den Finger in diese offene Wunde legen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, dass wir als Gruppe keine eigenen Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde einbringen können. Ich denke, die aktuellen Vorgänge um die sogenannten Karnevalsexzesse wären heute auch ein gutes Thema gewesen. - Keine Angst, Frau Oberbürgermeisterin, ich bleibe beim Thema.

Vielleicht haben es ja einige mitbekommen: Symbolisch sind wir draußen von DIE PARTEI eingemauert worden. Eine schöne Aktion übrigens; denn dabei geht es nicht um die Mauern des absurden Vorschlags, den Ebertplatz in Teilen dichtzumachen, sondern um die verdammt vielen, die in unseren Köpfen sitzen und die sich hinter Sprüchen wie „Null Toleranz“, „Das Boot ist voll“ oder „No-go-Area“ verstecken.

Das alles hat Ursachen; denn Mauern im Kopf gehen ein paar wichtige Dinge voraus: erstens Ignoranz, zweitens taktische Spielchen, drittens Aktionismus, viertens einfache Law-and-Order-Antworten und fünftens Wegsehen der Verantwortlichen. All dies führt zu dem Trauerspiel, das wir heute betrachten dürfen: jahrelange Verwahrlosung, die auch durch die Stadt gefördert wurde. Wenn Rolltreppen und Brunnenanlagen nicht mehr funktionieren, hat das auch Auswirkungen auf die Menschen, die sich vor Ort aufhalten oder das eben nicht mehr wollen, ebenso wenn Entscheidungen des Rates auf Neugestaltung des Platzes 2009 durch die lächerliche und unrealistische Prüfung einer Tiefgarage zu einer jahrelangen Verzögerung führt, nur weil man einer kleinen Klientel gefallen möchte.

Der Ebertplatz heute ist auch das Resultat der Verdrängungspolitik und repressiver Drogenpolitik, die wir mit Videoüberwachung und starker Präsenz im Bahnhofsbereich angefangen und erkauft haben. Ganz offensichtlich suchen sich Kriminelle dann andere Plätze, oft auch in unserer Stadt.

Klugscheißer mag ja bekanntlich keiner; aber ich habe genau diese Prophezeiung schon in einer meiner Reden im letzten Jahr getroffen. Ich prophezeie heute schon einige zukünftige Aktuelle Stunden zum Mühlheimer Platz, zu Kalk, Deutz oder dem Friesenplatz, wenn wir heute wieder nur in Mauern denken, statt mit Weitsicht und Mut Entscheidungen zu treffen.

Das Gleiche wird auch bei den sogenannten Karnevalsexzessen geschehen, wenn wir glauben, dass wir durch das Bekämpfen von Symptomen, etwa Glasflaschenverbot und mehr Dixi-Klos, tatsächlich irgendetwas ändern können an dem, was wir schon seit Jahren beobachten. Diese einfachen Antworten auf komplexe Fragen unserer Stadtgesellschaft oder auch diese Mauer-im-Kopf-Politik lässt uns in Zukunft nicht weiterkommen, es sei denn, wir wollen weiter von einem Skandal in den nächsten stolpern.

Selbstverständlich gehört zur Ursachenbekämpfung das, was schon einige Redner betont haben: eine gute Sozialpolitik,

zum Beispiel mehr Streetworker, die Rücknahme der irrtümlichen Kündigungen der Galerien und eine schnelle Umsetzung der Neuplanung des Platzes, obwohl ich ganz gut mit dem Vorbild Tel Avivs, die einen vergleichbaren Platz innerhalb von 18 Monaten in den vorherigen Zustand versetzt hat, leben könnte. So schlecht war die vorherige Platzgestaltung des Ebertplatzes aus heutiger Sicht gar nicht. Aber ich mache mir keine Hoffnungen, dass das bei uns auch so schnell klappen wird.

Bei den Drogendealern auf dem Ebertplatz lohnt es sich, einmal genauer hinzusehen, Herr Petelkau. Nicht nur nach meinen Informationen handelt es sich fast ausnahmslos um Cannabis-Dealer. Am Ebertplatz kann man sich sehr präzise das Resultat einer repressiven Drogenpolitik ansehen.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

An den Problemen, die diese mit sich bringt, wird auch die Präsenz von Ordnungskräften und Videoüberwachung nichts ändern, außer dass wir uns in Zukunft mit anderen Plätzen werden beschäftigen müssen wie dem Wiener Platz, Kalk und vielen anderen Orten, über die wir schon gesprochen haben, weil wir weiter nur verdrängen, zum einen die Leute und zum anderen den Kern der Probleme.

Aus Sicht der Mauerpolitik kann man diesem Problem angeblich nur mit einer flächendeckenden Überwachung und Polizeipräsenz begegnen. Einmal abgesehen davon, dass das kaum realistisch ist und ich, ehrlich gesagt, mit diesem Zukunftsbild einer Stadt nicht mehr in Köln leben möchte, ist klar, dass wir über die Legalisierung von Cannabis und eine progressive Drogenpolitik reden müssen, weil sie hilfreiche Mittel sind. Diese Diskussion haben wir in Köln in der Vergangenheit leider verpasst, weil wir über kontrollierte Abgaben in Cannabis Social Clubs oder Ähnlichem in Köln gar nicht erst entscheiden wollten. Die Bezirksvertretung Innenstadt fordert Wegweisendes. Auch wir, damals noch als Ratsgruppe Piraten, haben wegweisende Anträge dazu eingebracht. Andere Kommunen wie Düsseldorf oder Münster sind da schon deutlich weiter.

Die Probleme an Karneval und am Ebertplatz sind eben nicht nur Kriminalität und ein zügelloser Feiermob, sondern Ausdruck genereller Probleme unserer Gesellschaft. Darauf zu antworten, bedarf es Mut für den unbequemen, langwierigen und schwierigen Weg der Ursachenbekämpfung. Marktschreier, die immer noch mehr Mauerpolitik betreiben wollen, sitzen hier schon genug herum. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ging es ähnlich wie Jörg Frank. Als zwischen den Feiertagen diese Meldung kam, habe ich auch an einen schlechten Aprilscherz geglaubt und gedacht: Was für eine beknackte Idee, die Eingänge zu diesem Platz zuzumauern und den Galerien zu kündigen! Den Einzigen, die sich Mühe geben, den Platz zu bespielen, mit Kündigung zu drohen bzw. sie in einem Fall sogar schon auszusprechen, ist wirklich eine schlechte Idee, die einen enormen Schaden bewirkt hat; denn in der Kulturszene ist man über dieses kopflose Vorgehen blank entsetzt.

Was ist konkret passiert in diesen Tagen? Warum wurde dieser einen Galerie gekündigt? - Das werde ich auch Sie gleich noch fragen, Frau Reker. - Das zu wissen, ist ganz interessant. Die Galerien sind Mieter beim Liegenschaftsamt. Ihnen wurden vom Liegenschaftsamt telefonisch mitgeteilt: Hört mal zu, liebe Leute, es ist da was im Gange. Wir werden euch kündigen. Aber ihr habt die Chance zu einem Gespräch. - Eine Galerie hat dieses Gespräch genutzt, nämlich Labor e. V. Und was hat er bei diesem Gespräch bekommen? Ihm wurde die Kündigung ausgehändigt. Nur weil er das Gespräch gesucht hat, um diese Kündigung zu verhindern, hat dieser Verein nun die Kündigung erhalten, die anderen nicht. Es ist schon sehr, sehr eigenartig, dass diese eine Kündigung von Ihnen oder von wem auch immer bislang nicht zurückgezogen wurde.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

In einem Handbuch für Gentrifizierer könnte stehen, dass man gerade an trostlosen, gefährlichen Plätzen die Kunst ansiedeln sollte, um solche Plätze zu bespielen. Und was machen wir? Wir kündigen ihnen. Diese Debatte ist tatsächlich noch nicht vom Tisch; sie ist immer

noch virulent. Die Kündigung wird zum 30.06.2018 wirksam, wenn bis dahin nicht irgendetwas passiert. Es ist durchaus möglich, dass auch noch den anderen Galerien zum 30.06.2018 gekündigt wird. Auch das ist noch nicht endgültig vom Tisch. Ich wünsche mir von Ihnen, Frau Reker, direkt im Anschluss ein klares, deutliches Wort, ob diese eine Kündigung zurückgezogen wird und ob sich die Galerien darauf verlassen können, dass ihnen in näherer Zukunft nicht gekündigt wird.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und auf der Zuschauertribüne)

Ich möchte noch ein anderes Beispiel nennen: CityLeaks, unser großes urbanes Festival, hatte seine Festivalzentrale auf dem Ebertplatz. Es war eine wunderbare Möglichkeit, dass das dort gemacht werden konnte. Es war Sommer, der Platz war gut bespielt. Trotzdem waren alle Probleme sichtbar. Ich war dort auch Gast am Rande einer Podiumsdiskussion. Man hat schon gespürt, was auf dem Platz los ist. Die haben sich nicht von ein paar Kunstnasen vom Platz verdrängen lassen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum auch?)

- Warum auch? Wir wollen sie auch gar nicht vertreiben aus der Stadt. Wir verfolgen keine Zero-Tolerance-Politik oder Ähnliches in Köln.

Ich will nur ein Beispiel für die Arbeit der Verwaltung nennen. CityLeaks hatte sich für seine Festivalzentrale auf dem Platz die Ermöglichung von temporärer Gastronomie gewünscht. Das ist CityLeaks nicht gestattet worden. Warum eigentlich nicht? Wenn wir einen solchen Platz haben und einen engagierten Verein, der dort etwas unternehmen möchte, warum erlaubt man ihm nicht, auf dem Platz für zwei Wochen ein Café aufzumachen? Das würde diesen Platz doch beleben.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir halten fest an unserer Forderung - das ist keine Bitte -, diese Kündigung sofort rechtswirksam zurückzuziehen und keine weiteren Kündigungen auszusprechen.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Auch ich möchte für dieses Zwischennutzungskonzept werben, bis der Platz tatsächlich umgebaut wird. Wir wollen einen lebendigen Platz. Wir wollen die Leute nicht von dort vertreiben. Wir wollen den Platz nicht zumauern. Wir freuen uns über die Künstler, die auf dem Platz aktiv sind, und unterstützen sie. Das tun wir übrigens auch schon jetzt, indem wir ihnen mit einer Miete nahe null entgegenkommen. Es wird sozusagen von uns gefördert, dass sie dort arbeiten. Und was machen wir? Wir kündigen diesen Leuten. Das ist doch absurd.

Frau Reker, ich möchte Sie an dieser Stelle schlicht und einfach bitten, die Gelegenheit hier zu nutzen und zu sagen, was mit dieser einen Kündigung ist und ob die anderen Galerien darauf vertrauen können, dass ihnen nicht gekündigt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie gestatten, würde ich zunächst Herrn Bezirksbürgermeister Hupke das Wort geben, Herr Zimmermann.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln]: Darauf freue ich mich schon!)

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Es ist jetzt schon alles gesagt worden, nur nicht von mir. Ich werde daher davon Abstand nehmen, alles noch einmal zu wiederholen, und mich kurz fassen.

Vorab habe ich eine Bitte an Sie. Mit Blick auf die derzeitige Situation auf dem Ebertplatz will ein Bild aus der Seefahrt bemühen, das niederländische Maler in Öl verewigt haben: Wenn die See kocht und ein Schiff ein anderes retten will, schlagen die Wogen noch höher. Im Fußball würde man dann sagen: jetzt den Ball flach halten und nicht noch mehr Druck machen. Und genau darum bitte ich alle Demokratinnen und Demokraten.

Ich habe eine weitere Bitte, eher schon eine Forderung. Versuchen Sie nicht, aus der Situation am Ebertplatz politisch Kapital zu schlagen! Das darf einfach nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das nützt der Situation nicht. Das nützt der Stadt nicht. Das verschärft die Zustände nur. Rat und Bezirksvertretung sollten da zusammenarbeiten. Das will ich Ihnen auch im Namen meiner Bezirksvertretung ans Herz legen. Wir sind die Frühwarnsysteme, die Seismographen. Wir sind immer ganz schnell vor Ort. Wir wissen, wovon wir reden.

In Sachen Ebertplatz will ich aber ausdrücklich auch den Kulturausschuss und die Kulturverwaltung erwähnen. Wir haben da Stunden an Arbeit, Empathie und Energie reingesteckt. Das kann man jetzt nicht einfach mal so an die Wand oder an die Mauer klatschen.

Deshalb kann es auch nicht angehen, dass wir - das sage ich dem Stadtdirektor kritisch, mit Respekt und auf Augenhöhe - Lösungsvorschläge aus der Presse erfahren. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Wir sind dort mit im Boot, wir bleiben dort mit im Boot und sind dort immer auch kritische Begleiter. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Keller, auch wenn die Mauer jetzt noch nicht steht: Mr. Keller, please tear down this wall! - Danke, dass Sie mir zugehört haben

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Zimmermann hat mich um Beantwortung der Frage gebeten - ich wiederhole sie, wie ich sie verstanden habe -, warum einer Galerie gekündigt wurde und ob beabsichtigt ist, diese Kündigung zurückzunehmen, bzw. ob beabsichtigt ist, weiteren Galerien zu kündigen. Habe ich das richtig aufgenommen.

(Thor-Geir Zimmermann [Gute Wählergruppe Köln] nickt)

Ich will gerne dazu etwas sagen. Wenn Sie die Pressemitteilung der Stadt Köln zu diesem Vorgang gelesen haben, wissen Sie das auch. Diese Kündigung erfolgte unabgesprochen und voreilig. Die Vorschläge, die die Verwaltung Ihnen machen wird - ich habe ja eben gesagt, dass noch in diesem Jahr ein Konzept zur Verbesserung der Situation vorgelegt wird -, wurden als Tatsachen aufgenommen. Das passiert. Aber die Verwaltung hat selbstverständlich nicht vor, ohne Abstimmung mit der Politik Zugänge zuzuschütten oder Kündigungen auszusprechen.

Die Verwaltung hat hier zu schnell reagiert und voreilig gekündigt, und das im Übrigen nicht abgesprochen. Ich selber habe Einblick genommen in eine Niederschrift vom 17. Oktober dieses Jahres, in der das weitere Vorgehen beschrieben ist. Darin heißt es ausdrücklich, dass diese Kündigung geprüft werden soll. Die Kündigung macht im Übrigen auch gar keinen Sinn. Auch die Voreiligkeit dieser Kündigung macht keinen Sinn; denn sie entfaltet keine andere Wirkung als eine Kündigung, die zum 15. Dezember ausgesprochen würde.

Wir haben in der Verwaltung vereinbart, abzuwarten, bis das Konzept zur Interimslösung beschlossen worden ist. Erst dann wissen wir, ob weitere Kündigungen notwendig sind oder nicht. Auch das habe ich bereits gesagt. Also: Auch hier ist die Situation keine andere als für die bereits ausgesprochene Kündigung, weil sie zum gleichen Zeitpunkt wirksam würden. Ich möchte allerdings auch nicht durch eine Zurücknahme den Eindruck erwecken, als wäre diese Ihre Entscheidung schon getroffen.

Das kann jetzt noch mit Fragen, die der Herr Stadtdirektor beantworten kann, weiter ausgeführt werden. Aber ich glaube, schon aus der Pressemitteilung der Stadt ging genau hervor: Es ist ein Fehler passiert bei der Stadt. Solche Fehler passieren, auch wenn jeden Tag Hunderte gute Entscheidungen getroffen werden.

Noch eine Nachfrage von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Ich habe Sie, denke ich, richtig verstanden, dass nicht beabsichtigt ist, diese Kündigung zurückzunehmen. Es geht dabei auch um formale Dinge. Die Leute müssten zum Beispiel dagegen klagen, damit diese Kündigung aufgehoben wird, wenn Sie die Kündigung nicht zurücknehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Wir haben vereinbart, abzuwarten, bis das Konzept zur Interimslösung beschlossen worden ist. Danach werden wir über Kündigungen entscheiden, auch über die bereits ausgesprochene.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Die Kündigung wurde ja schon übergeben. Somit ist sie bereits

wirksam. Sie könnten einfach sagen: Tut uns leid! Wir haben uns da vertan. Betrachten Sie sie als gegenstandslos! - Aber das machen Sie nicht, sondern Sie wollen abwarten, bis das fertige Konzept vorliegt und vom Rat beschlossen worden ist. Mir ist nicht ganz klar, warum man die Kündigung jetzt nicht als gegenstandslos betrachten kann und erst dann, wenn das Konzept steht, gegebenenfalls neue Kündigungen ausspricht. Ich bedaure, aber das leuchtet mir nicht ganz ein. - Das nur als kurze Anmerkung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Meine Damen und Herren, ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort mit Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Schenkungsannahme für das Werk „Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz“ der künstlerischen Arbeitsgemeinschaft osa-frankfurt/osa-wien
2311/2017

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich beim Förderverein Erinnerungsorte Kinderheim Köln-Sülz e. V. vielmals für diese Schenkung.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkung laotischer Textilien an das Rautenstrauch-Joest-Museum
2875/2017

Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie meinen, dass diese Schenkung angenommen werden soll. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei Herrn Borwin Lüth vielmals für diese Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Projekt ‚Radeln ohne Alter‘“
AN/1579/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
AN/1641/2017

Ich bitte Herrn Dr. Gutzeit um seinen Redebeitrag.

Dr. Walter Gutzeit (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Politik zeigt Herz für Senioren. Wir wollen für Senioren, die Mobilitätseinschränkungen haben, Ausflugsfahrten mit Rikschas kostenfrei organisieren.

Senioren, die kaum noch aus dem Haus kommen, werden bald wieder ihnen bekannte und neue Orte sehen, die sie wahrscheinlich sonst in ihrem Leben nicht mehr sehen würden. Senioren werden beliebte Orte in ihrem Veedel und in ihrer Stadt sehen. Sie werden Grünanlagen und Sehenswürdigkeiten, die mit Rikschas erreichbar sind, wiederentdecken.

Es gibt ein weites Feld für solche Fahrten: Tages- und Abendfahrten, Fahrten entsprechend der Jahreszeiten, Fahrten bei besonderen Events wie den Kölner Lichtern, themenbezogene Fahrten und spezielle Wunschfahrten der Teilnehmer.

Ein solches Angebot wurde zunächst in Dänemark entwickelt. In Berlin gibt es schon zahlreiche Rikscha-Angebote für Senioren. In Köln bieten die Sozialbetriebe „Radeln ohne Alter“ in ihren Einrichtungen an.

Unser Konzept basiert auf den Erfahrungen mit Rikschas in Essen. Dabei soll auch geprüft werden, ob in einem weiteren Schritt der Service auch für Senioren in Privathaushalten angeboten werden kann. Unter dem Motto „Radeln ohne Alter“ soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit Kölner Senioreneinrichtungen und geeigneten freien Trägern ein zusätzliches Angebot für Senioren umsetzen. Dies ist ein weiterer Schritt hin zu Barrierefreiheit in unserer Stadt. Hier wird

durch Mobilität die persönliche Barriere überwunden.

Die Beschaffung der Rikschas wird durch die Stadt finanziert. Dafür sind 100.000 Euro im Haushalt vorgesehen. Ehrenamtlich tätige Personen sollen mit den Senioren durch Kölner Viertel fahren. Die Wartung der Rikschas soll den Trägern obliegen.

Es gibt mehrere Gründe, die für dieses Projekt sprechen:

Erstens. Senioren werden mobiler und tun etwas für ihre Gesundheit. Wenn sie mit der Rikscha stressfrei durch die Stadt radeln, erreichen sie Orte, die sie wegen ihrer Behinderung sonst nicht erreichen können. Wenn die Senioren wieder den Wind in ihren Haaren spüren und ihr Lebensgefühl positiv beeinflusst wird, tun sie etwas für ihre Gesundheit.

Zweitens. Senioren werden wieder ein Gefühl für Natur und Kultur bekommen. Wenn sie mit der Rikscha durch Grünanlagen fahren, treffen sie dort auf Spaziergänger mit ihren Hunden, auf Jogger, auf spielende Kinder und auf Gruppen, die mit Kölsch und Cola ihre Würste grillen. Mit der Rikscha die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt wiederentdecken, heißt, alte und moderne Denkmäler, attraktive Architektur von gestern und heute auf dieser Rheinseite und, wenn sie von der Schäl Sick anfahren, Plätze in der Altstadt, Gotteshäuser, das Historische Rathaus etc. wiederzusehen. Welcher Senior bekommt keine feuchten Augen, wenn er wieder vor dem Dom steht?

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Senioren werden aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligt. „Über das Älterwerden denke ich genauso wie über den Tod: Ich bin strikt dagegen“, hat Woody Allen einmal gesagt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dafür, dass mobilitätseingeschränkte Senioren sich nicht über das Älterwerden Gedanken machen, sondern mit den Rikscha-Fahrten wieder mehr Lebensfreude erhalten. Die altersbedingte Auflösung der sozialen Beziehungen führt häufig dazu, dass Senioren den Anschluss an ihr gesellschaftliches Umfeld verlieren. Mit den Rikscha-Fahrten wird es Senioren ermöglicht, sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Senioren radeln mitten durch die Stadt und fühlen sich mitten im Leben. Es werden soziale Kontakte geknüpft. Die Senioren haben die Möglichkeit, aus ihrem Leben und ihren Erinnerungen zu erzählen. Der Rikscha-Fahrer informiert über seine Erfahrungen und freut sich, etwas Gutes zu tun.

Meine Damen und Herren, mir liegt ein Änderungsantrag von Ihnen bzw. Ihrer Fraktion, Herr Detjen, und Ihnen bzw. Ihrer Fraktion, Herr Börschel, vor. Dem Änderungsantrag entnehme ich, dass wir im Grunde alle in einem Boot sitzen.

(Zurufe: In der Rikscha!)

Auch Sie wollen Rikschas. Im Grunde geht es nur darum, dass eine Gruppe, die am gesellschaftlichen Leben genauso aktiv teilnehmen soll, im bisherigen Konzept noch nicht enthalten ist. Wir alle wissen, meine Damen und Herren: Es kommt nicht nur auf Essen und Wohnen an, sondern auch darauf, mal eine Tasse Kaffee trinken gehen zu können. Das ist für Leute mit kleinem Einkommen ein riesiges Problem. Dem stimme ich zu. Insofern sind wir in einem Boot.

Ich sehe nur ein Problem. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Schauen Sie, wir geben jetzt 100.000 Euro dafür aus. Wenn wir Ihre Vorschläge übernähmen, würde es teurer. In unserem Antrag haben wir ja festgehalten, dass weitere Schritte gemacht werden sollen, wenn sich das System einmal installiert hat. Das Konzept der SPD in Berlin beispielsweise ist zu einem Riesenerfolg geworden und war dann ein Selbstläufer. Insofern hätte ich die Bitte, sich unserem Antrag anzuschließen. Wir brauchen das jetzt nicht zu ergänzen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich will meine Ausführungen schließen, indem ich die Empfehlung umsetze, die uns der Coach des Seminars für Redenschreiber, der frühere Redenschreiber von Helmut Schmidt, am Wochenende mit auf den Weg gegeben hat. Ich verweise noch einmal auf den Appell am Anfang. Für mich schließt sich dieser Appell mit dem Ausspruch von Martin Luther King, den Sie alle kennen: I have a dream. - Und mein Traum ist, dass die Frau Oberbürgermeisterin den Startschuss für das neue Konzept gibt und alle Fraktionsvorsitzenden sich in eine Rikscha

setzen und die Senioren unter dem Motto „Politik zeigt Herz für Senioren“ begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Gutzeit. Ich bin ja auch schon über 60. Ich fahre gerne mit.

Als Nächster hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns heute sehr, gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, der FDP und den Grünen den Antrag „Radeln ohne Alter“ in den Rat einbringen zu können; denn unsere Wählergruppe GUT ist für ein Recht auf Wind im Haar in jedem Lebensalter. Mit dem Projekt „Radeln ohne Alter“ kann dieses Recht auf altersunabhängige Fahrradmobilität passgenau und einfach in Köln umgesetzt werden.

Die ursprünglich aus Dänemark stammende Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Rikscha-Ausfahrten mit Bewohnern von Senioren- und Pflegeheimen zu unternehmen. Dahinter verbirgt sich die Ursprungsidee, dass das Leben nicht einfach in einem festgelegten Alter aufhört, sondern man auch hochbetagt ein Leben voller Freude führen kann und soll. In Dänemark ist die Initiative aktuell in über 100 Gemeinden fester Bestandteil von Senioreneinrichtungen.

Schon Ende 2015 bestätigte die Kölner Verwaltung auf eine Anfrage der Wählergruppe GUT im Ausschuss Soziales und Senioren zum Projekt „Radeln ohne Alter“, dass es mit einer einfachen Idee möglich ist, mobilitätseingeschränkten Menschen in stationären Kölner Einrichtungen positive Erlebnisse zu ermöglichen, ihre persönliche Mobilität zu erhöhen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Entsprechend stellt das Rikscha-Projekt für Senioren einen scheinbar kleinen, aber sehr relevanten, wertschätzenden und sichtbaren Schritt hin zu einer inklusiven Kölner Stadtgesellschaft dar; denn „Radeln ohne Alter“ verbindet Bewegung und Begegnung. Es kann für den Fahrer und den Passagier nachhaltig sehr positive körperliche und geistige Effekte haben.

Die Bewohner von Alters- und Pflegeheimen haben die Möglichkeit, die Umgebung, in der sie ihr Leben lang gelebt haben, hautnah neu zu entdecken und sich als Teil der Gemeinschaft zu erleben. Dadurch können auch neue Beziehungen und Freundschaften entstehen, generationsübergreifende Brücken gebaut und eine aktivere Mitbürgerschaft gefördert werden.

Im Rahmen eines von uns durchgeführten Themenabends zum Projekt „Radeln ohne Alter“ stießen wir nicht nur bei den anwesenden Vertretern von Senioreneinrichtungen auf positive Resonanz, sondern auch bei den Vertretern der örtlichen Seniorenvertretungen.

Für Köln ist es aus unserer Sicht am nachhaltigsten, das Projekt analog zum Essener Modell umzusetzen. In Essen wurde das Projekt im Rahmen der Grünen Hauptstadt 2017 angeregt und in Kooperation mit dem Jobcenter Essen erfolgreich umgesetzt. Damit verbunden konnten Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Ziel war, auf einfache Art und Weise Fahrradmobilität für Senioren in einer besonderen Form im Essener Stadtgebiet sichtbar zu machen.

Dementsprechend wird unsere Verwaltung gebeten, mit geeigneten freien Trägern und gegebenenfalls mit dem Jobcenter ein praktikables Umsetzungskonzept zu erstellen, das darauf basierend in Kooperation mit Kölner Senioreneinrichtungen erfolgreich umgesetzt werden kann. Es soll geprüft werden, ob das Angebot auch Ehrenamtlern, Familienangehörigen und Senioren in Privatwohnungen kostenlos zugänglich gemacht werden kann.

Den Änderungsantrag von SPD und LINKEN lehnen wir ab, weil das Projekt „Radeln ohne Alter“ sich als inklusiv versteht und es sich an alle mobilitätseingeschränkten Senioren in Köln richtet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln und der Ratsgruppe BUNT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Eine

kleine Idee aus Kopenhagen, 2013 gestartet, hat inzwischen weltweit große Wirkung entfaltet und auch in Deutschland etliche Nachahmer an 14 Standorten gefunden.

Wir haben gerade gehört: Das Projekt „Radeln ohne Alter“, das alten oder hochbetagten Menschen kostenlos Ausflüge in die nähere Umgebung ermöglicht, ist unser Thema. Der Einsatz elektrisch unterstützter Rikschas mit unterschiedlichster Ausstattung versetzt auch Menschen mit starken körperlichen Einschränkungen in die Lage, ihre vier Wände zu verlassen und auf Entdeckungstour zu neuen und altbekannten Orten zu gehen oder kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Auf eine einfache, aber sehr effektive Weise kann man damit Seniorinnen und Senioren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

An Komfort lassen diese rollenden Gefährte nichts zu wünschen übrig. Zum Schutz vor Regen oder starker Sonneneinstrahlung gibt es überdachte Rikschas, es gibt Rikschas als Ein- oder Zweisitzer und sogar Rollstuhl-Rikschas, die durch eine spezielle Plattform die Mitnahme einer Person im Rollstuhl ermöglichen. Per Akkuantrieb ist die Fahrt auch für ungeübte Radler gut zu bewerkstelligen. Elektrische Blinkeranlagen erhöhen die Sicherheit. Gepäcktaschen erlauben die Mitnahme von Proviant aller Art für den Ausflug an der frischen Luft.

Beste Erfahrungen mit diesem Projekt haben bereits Angebote in Berlin, Essen und auch die Sozialbetriebe Köln gemacht. Alle berichten einhellig von einem Zugewinn an Lebensqualität bei den Seniorinnen und Senioren, die entspannt und bequem vor sich hinrollend Grünanlagen, Gewässer, Straßen und sonstige Lokalitäten erkunden. Fast jeder Ort im öffentlichen Raum kann besucht werden. Sogar ein Halt an einem Straßencafé ist möglich. Darüber hinaus entstehen neue Kontakte, wie etwa zwischen den Radelnden und den Gästen oder zu Menschen auf der Straße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich nur zu gut vorstellen, dass die Wahrnehmung von andersartigen Geräuschen und Gerüchen als den tagtäglich gewohnten und nicht zuletzt der Austausch über das Erlebte Geist und Seele guttun. Diese Teilhabe am öffentlichen Leben geht weit über den üblichen Betreuungsalltag hinaus.

„Radeln ohne Alter“ ist ein inklusives Projekt, das für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Demenz gedacht ist. Die Umsetzung dieser Idee ist unterschiedlich:

In Berlin bietet der Verein Radeln ohne Alter e. V. Rikscha-Fahrten mittels ehrenamtlich strampelnder sogenannter Piloten an.

In Köln wird das Projekt bei den Sozialbetrieben Köln, SBK, erprobt. Man startete im Herbst 2016 mit einer zweisitzigen Rikscha und erweiterte das Angebot 2017 durch den Zukauf einer Rollstuhl-Rikscha. Beim SBK heißt es, dass die durch die Betreuungskräfte organisierten Rundfahrten inzwischen fester Bestandteil des wöchentlichen Beschäftigungs- und Betreuungsprogramms im Seniorenzentrum sind.

In Essen wurde das Projekt, wie vom Kollegen Scholz von der Ratsgruppe GUT gesagt, im Rahmen der Grünen Hauptstadt 2017 in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt und der Klimaagentur angeregt und hier interessanterweise erstmals als Teil einer Beschäftigungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Menschen durchgeführt. In Kooperation mit dem Jobcenter werden inzwischen 15 ALG-II-Empfänger und -Empfängerinnen beschäftigt. Das ist eine Form der Umsetzung, die wir Grüne uns auch für Köln sehr gut vorstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem gemeinsamen Antrag auf Initiative der Ratsgruppe GUT, der ich hierfür ausdrücklich danken möchte, werden wir das bisherige Angebot in Köln deutlich erweitern, damit mehr Menschen in den Genuss einer Rikscha-Abenteuerreise jenseits des Betreuungsalltags kommen können. Vielleicht folgt ja ein zukünftiger Träger dem Essener Beispiel und bietet Langzeitarbeitslosen darüber eine Beschäftigung an. Aus Sicht der Grünenfraktion wäre das wünschenswert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der LINKEN, Ihren Antrag lehnen wir ab, weil Sie davon ausgehen, dass die Senioreneinrichtungen in sozial benachteiligten Quartieren und in den elf ausgewiesenen Sozialräumen nur mit Personen belegt sind, die in diesen Quartieren bzw. Sozialräumen leben. Das stimmt aber so nicht. Selbst wenn man in Chorweiler wohnt, kann man in einer Senioreneinrichtung irgendwo am Rande der Stadt untergebracht sein. Das ist also Quatsch.

Ich hoffe, dass Sie alle dem Antrag zustimmen können, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Schultes hat das Wort.

Monika Schultes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Idee, Seniorinnen und Senioren kostenfreie Ausflugsfahrten in Rikschas anzubieten, finden wir mehr als begrüßenswert. Die Idee ist nicht ganz neu. Wie wir eben schon gehört haben, wird das von der SBK schon eine ganze Weile mit Erfolg gemacht.

Meine Fraktion möchte an dieser Stelle auf einige wichtige Aspekte aufmerksam machen und für den gemeinsam mit den LINKEN gestellten Änderungsantrag werben.

Damit die Ausflugsfahrten für die Seniorinnen und Senioren zu einem runden und positiven Erlebnis werden, an das sie gerne zurückdenken, muss auch dafür gesorgt werden, dass die Fahrten nicht nur lustig, sondern auch sicher sind. Das heißt: Die Fahrer müssen entsprechend geschult werden; denn Rikschas sind gar nicht so einfach zu steuern, habe ich mir sagen lassen. Wir bitten die Verwaltung, dies bei der Erarbeitung des Konzepts mit zu berücksichtigen und darin entsprechende Schulungen und gegebenenfalls auch Prüfungen mit aufzunehmen.

Ein weiterer Aspekt unseres Änderungsantrags liegt mir sehr am Herzen. Der SPD-Fraktion ist es besonders wichtig, dass diese kostenlosen Ausflugsfahrten auch - auch! - Seniorinnen und Senioren zugänglich gemacht werden, die von Altersarmut betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt insbesondere für Seniorinnen und Senioren, die ihren Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten oder gegebenenfalls einen Köln-Pass besitzen. Gerade für diejenigen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben, muss dieses Angebot zugänglich sein. Das heißt für uns: Es sollte vordringlich in den Einrichtungen angeboten werden, die in den elf Kölner Sozialräumen liegen.

(Beifall bei der SPD)

In Köln gibt es eine Menge Seniorinnen, die in Armut leben; es sind viel zu viele. Sie haben ein Leben lang hart gearbeitet und dabei nicht allzu viel verdient. Sie haben Kinder großgezogen und deshalb kein oder nur wenig Einkommen erzielt, was sich nun in einer niedrigen Rente niederschlägt. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört aber nach Überzeugung der SPD auch ein Altern in Würde. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat und trotzdem von Altersarmut betroffen ist, dem sollten wir als Kommune beistehen und über Projekte wie „Radeln ohne Alter“ helfen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Es wird hier niemanden überraschen, dass gerade in den Sozialräumen die Quote der Seniorinnen und Senioren, die von Altersarmut betroffen sind, mit am höchsten ist.

Das Projekt kann zu einem Erfolgsprojekt werden, wenn es auch - auch! - auf ärmere Seniorinnen und Senioren zugeschnitten ist. Und es kann langfristig dazu beitragen, dass soziale Isolation und Einsamkeit überwunden werden und der Zusammenhalt über soziale Schichten hinweg gestärkt wird. Ich bitte Sie deshalb herzlich, dem Änderungsantrag zuzustimmen, damit aus dem Projekt „Radeln ohne Alter“ ein Erfolgsprojekt wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag von Jamaika und der Ratsgruppe GUT ist ein netter Antrag. Wer kann etwas dagegen haben? Seniorinnen und Senioren sollen mit der Rikscha ausgefahren werden. Es ist gut, wenn die ältere Generation in Bewegung bleibt und soziale Kontakte pflegen kann.

Meine Damen und Herren, wenn solche Projekte an den Start gehen, muss man aber immer auch die soziale Frage mitdenken. Wir haben in Köln viele arme Alte. Alte Menschen mit wenig Geld haben es viel schwerer, Abwechslung und soziale Kontakte in ihren Alltag einzubauen, als Menschen, denen es finanziell gut geht. - Herr Dr. Gutzeit hat in seiner Rede darauf hingewiesen; vielen Dank dafür. - Wer Geld hat, kann sich mit dem Taxi oder auch mit der Rikscha zum Kaffeekränzchen oder in den Zoo fahren lassen; das ist für Leute mit viel Geld kein

Problem. Für arme Alte ist das ein Riesenproblem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Stadtteile, da ist die Zahl der Seniorinnen, die von Transferleistungen leben, sehr hoch. Schauen wir mal nach Chorweiler: In der Hochhaussiedlung leben über 40 Prozent der Menschen im Rentenalter von der Grundsicherung im Alter nach SGB XII. Stadtweit müssen - in Anführungszeichen - nur 7,6 Prozent der Senioren ihren Lebensunterhalt mit Grundsicherung im Alter bestreiten. Man sieht also sehr deutlich, wie die soziale Schere in unserer Stadt immer weiter auseinandergeht.

Das Amt für Statistik hat eine sehr gute Publikation zur sozialen Lage in der Stadt herausgegeben. Darin wird eines deutlich: In den elf Sozialräumen ist die Lage besonders prekär. Die Armutsquote liegt in jedem dieser elf Gebiete weit über dem städtischen Durchschnitt.

Herr Dr. Gutzeit, Sie hatten vorhin gesagt: Leute, die arm sind, haben es schwerer. Sie haben ausdrücklich gesagt, dass Sie auch diese Leute in dieses Projekt miteinbeziehen wollen. - Ich bin ja nicht der Meinung, dass jemand, der Geld hat, von diesem Projekt nicht profitieren soll. Allerdings bin ich der Auffassung, dass wir vornherein dafür sorgen müssen, dass alte Leute, die arm sind, zumindest die Möglichkeit eingeräumt wird, das Angebot des Rikscha-Fahrens nutzen zu können.

Ich sehe, Horst Thelen guckt mich ganz verzweifelt an. - Ich appelliere an die Vernunft der Antragsteller. Wir alle sind der Auffassung, dass das eine gute Sache ist. Ich denke, wir alle sind auch der Auffassung, dass zunächst einmal die Leute, die es besonders gut gebrauchen können, mit an Bord sein müssen. Deswegen: Lassen Sie uns doch festlegen, dass das Projekt zumindest in einem Sozialraum startet, statt einfach zu sagen: Wir machen das nur in Lindenthal und in der Innenstadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns doch zumindest einen Sozialraum mit einbeziehen. Das sind wir den älteren Leuten, die wenig Geld haben, einfach schuldig.

Liebe Frau Heuser, es kann ja sein, dass man unterschiedlicher Auffassung ist. Aber es als „Quatsch“ zu bezeichnen, wenn sich jemand dafür einsetzt, dass insbesondere ärmere Alte da mit einbezogen werden, finde ich schon ein bisschen unfreundlich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich darüber abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD und LINKEN und dann über den ursprünglichen Antrag.

Zur Abstimmung kommt zunächst der Änderungsantrag von SPD und LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so angenommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klima und Lebensqualität in unseren Veedeln verbessern - Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung“
AN/1004/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1053/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1058/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1346/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/1420/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe BUNT und der Gruppe GUT
AN/1639/2017

Hierzu hat zuerst Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Erneut habe ich die Ehre, zum beliebten Thema „Dach- und Fassadenbegrünung“ zu reden.

(Heiterkeit beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist mittlerweile eine Trilogie. Noch einmal zum Verlauf: Die SPD hatte den ursprünglichen Aufschlag in der Sitzung am 11. Juli gemacht. Dazu gab es Änderungsanträge von der LINKEN und der FDP. Durch Vertagung sind wir dann in die zweite Runde gegangen. Da gab es einen Änderungsantrag von der CDU, den Grünen und der Gruppe GUT. Mittlerweile befinden wir uns im dritten Teil dieser Trilogie. Wie es bei einer guten Trilogie immer so ist: Es besteht die Hoffnung, dass wir hier heute das krönende Finale erleben können. Es liegt nunmehr ein gemeinsamer Änderungsantrag der eben genannten Parteien sowie der Ratsgruppe BUNT vor, der das Thema in seiner ganzen Bandbreite noch einmal aufgreift.

Ich will nur ganz kurz einige Stichworte nennen. Wir beauftragen die Verwaltung, bis Anfang 2018 ein Konzept zur Dach- und Fassadenbegrünung und der Entsiegelung von dauerhaft nicht genutzten Flächen zu entwickeln, die notwendigen Ressourcen im Haushalt dafür bereitzustellen und dies unter Einbindung von städtischen Unternehmen, Wohnungsgenossenschaften etc. umzusetzen. Das Konzept soll im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik Berücksichtigung finden. Auch soll entsprechende Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden.

Wir als SPD freuen uns sehr, dass wir mit unserem ursprünglichen Antrag, unserer Initiative, den Ball ins Rollen gebracht haben. Die zahlreichen Änderungs-, Ergänzungs- und Ersetzungsanträge zeigen, dass das Thema hier im Rat der Stadt Köln doch eine gewisse Virulenz besitzt. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich so konstruktiv in die Debatte und dann letztlich auch in die Ausarbeitung des gemeinsamen Änderungsantrags eingebracht haben.

Ich denke, mit einem solchen Programm können wir gemeinsam einen konkreten Beitrag leisten für mehr Luftqualität und für mehr Lebensqualität. Ich hoffe sehr, dass es jetzt eine breite Zustimmung gibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem
Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich jetzt abstimmen über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, LINKEN und FDP sowie der Ratsgruppen BUNT und GUT. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Pro Köln. Bei einer Enthaltung so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Einsatz von Sprachmittlern in den städtischen Krankenhäusern prüfen“
AN/1582/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1638/2017

Ich gebe Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Im Krankenhaus können die richtigen Worte überlebenswichtig sein. Um eine Erkrankung richtig diagnostizieren zu können, sind die Ärzte darauf angewiesen, dass die Patienten Symptome genau beschreiben. Die Patienten wiederum müssen die Anweisungen ihrer Ärzte verstehen, um sie genau befolgen zu können. Bestehen allerdings Sprachprobleme, weil die Patient*innen Geflüchtete oder andere Migrant*innen sind, die Deutsch kaum oder gar nicht verstehen, so ist das eine schwere Bürde für die Genesung.

In wichtigen Gesprächen können allerdings nicht Kinder, Verwandte oder Freunde Abhilfe schaffen. Es gibt Gespräche zwischen Arzt und Patient*innen, da ist zwingend ein Sprachmittler erforderlich. Keiner möchte Kinder, Verwandte oder Bekannte bei Gesprächen dabei haben, in denen es um die Folgen einer Vergewaltigung geht oder die Diagnose einer tödlichen Krankheit übermittelt wird. Sonst besteht die Gefahr, dass die Dinge nicht klar benannt werden. Die

Übersetzer könnten beispielsweise aus Mitleid mit dem Kranken die eigentlich klare Diagnose beschönigen, oder Frauen könnten aus Scham die Folgen erlittener sexueller Gewalt verharmlosen.

Genau für solche Gespräche möchte DIE LINKE nun Gelder für spezialisierte Dolmetscher zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Solche Sprachmittler werden in der Stadtverwaltung, in Schulen und Kitas seit Beginn 2016 mit positiven Erfahrungen eingesetzt. Auch in den Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland, zum Beispiel in Köln-Merheim, gibt es sogenannte Sprachmittler/Integrationsmittler.

Der Einsatz von Sprachmittlern ist selbstverständlich nicht kostengünstig. Deswegen werden sie auch nicht flächendeckend eingesetzt, um im Klinikalltag zu dolmetschen. In allen Einsatzbereichen gibt es klar umrissene Anlässe, bei denen ein Sprachmittler hinzugezogen werden kann. Doch dieses Geld ist gut anlegt. Sprachprobleme können die Heilung gefährden und verzögern. Dass Sprachmittler gerade im Gesundheitsbereich erforderlich sind, wird sicher nicht bestritten. Das entnehme ich auch dem Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und FDP.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen beantragt DIE LINKE in dieser Ratssitzung, den Einsatz von Sprachmittlern in städtischen Krankenhäusern zu prüfen und den Bedarf zu ermitteln. Das ist also ein Prüfantrag. CDU, Grüne und FDP möchten die Verwaltung mit ihrem Ersetzungsantrag darauf beschränken, lediglich mit den Krankenkassen zu sprechen. Doch da bis heute eine gesetzliche Regelungslücke bei der Klärung der Kostenzuständigkeit für die Finanzierung der Dolmetscherdienste bei medizinischen Behandlungen existiert, kann das nur ein Teil des Finanzierungspuzzles sein. Mit dem LVR, der in seinen Kliniken Sprachmittler finanziert, soll die Verwaltung gar nicht reden, seine Erfahrungen nicht nutzen dürfen. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch der Einsatz von Klinikpersonal ist eine unzureichende und sogar gefährliche Lösung. Es geht hier nicht um die Alltagskommunikation: wie der Patient geschlafen hat, ob das Frühstück geschmeckt hat etc. Es geht nur um höchst wichtige, sensible Gespräche. Dafür besitzt das Klinikpersonal nicht die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen in Dolmetschtechniken oder dem Fachvokabular, das in der Regel nur auf Deutsch gelernt wurde.

Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ich arbeite in einer Behörde. Wenn ich dort dolmetschen müsste, wüsste ich nicht, ob ich mich damit haftbar mache. Ich habe dieses Fachvokabular nicht. Ich habe hier studiert und könnte juristische Feinheiten in der Fremdsprache nicht so ausdrücken, wie ich es auf Deutsch könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür ist eine gezielte Ausbildung notwendig. Wenn Patienten durch Dolmetschfehler zu Schaden kommen, dann trägt das Personal das Haftungsrisiko.

Meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP, Sie wollen weder den Bedarf ermitteln lassen, damit der Rat weiß, um welchen Kostenrahmen es hier geht, noch wollen sie die Ergebnisse der Prüfung dem Rat zur Kenntnis geben. Lediglich der Finanzausschuss soll sich damit befassen.

DIE LINKE möchte die Problematik durch die Verwaltung umfassend aufgearbeitet wissen. Dann können wir weitersehen und im Interesse der betroffenen Menschen entscheiden.

Das Jamaika-Bündnis möchte nicht so genau hinschauen und dann nur die Finanzpolitiker beteiligen. Politik im Interesse der Menschen geht anders, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen werden wir Ihren Ersetzungsantrag ablehnen und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Es handelt sich hier lediglich einen Prüfantrag. Ich verstehe gar nicht, warum Sie den ersetzen möchten. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und
bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Ich wollte eigentlich den Kollegen, die den Änderungsantrag gestellt haben, den Vortritt lassen. Aber gut, kein Problem.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr wollt doch als größte Fraktion immer zuerst sprechen! Daran müssen wir uns jetzt auch halten!)

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal, liebe Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktionen, kann man einen guten Antrag durch einen Änderungsantrag noch besser machen. Manchmal! Die FDP hat das beim letzten Mal mit unserer Unterstützung versucht; das hat nicht geklappt. Aber für Ihren Änderungsantrag gilt das bei bestem Willen nicht. Ich verstehe ihn nicht ganz. Das ging meiner Kollegin von den LINKEN ja auch so; damit sind wir schon zu Zweit.

Der Antrag der LINKEN ist gut und klug. Das Problem ist, glaube ich, jedem vertraut, der schon einmal im Krankenhaus war und sich ein bisschen mit Medizin auskennt. - Ich will jetzt nicht das wiederholen, was meine Vorrednerin sehr gut ausgeführt hat.

Es braucht Sprachmittler. Da sind wir uns einig. Aber ich glaube, da endet auch schon die Einigkeit. Die LINKEN sehen die Stadt Köln in der Pflicht, sich zu kümmern. Meine Fraktion sieht das ganz genauso. Wir halten das durchaus für eine Pflichtaufgabe. Wir denken, die Stadt Köln hat hier eine Fürsorgepflicht für ihre Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Hintergrund und selbstverständlich auch für die Menschen, die zu uns geflüchtet sind.

Sie aber wollen - so verstehe ich Ihren Änderungsantrag - diese Aufgabe auf die Kliniken der Stadt Köln abwälzen und dies auch nur noch im Finanzausschuss behandeln. Das macht aus meiner Sicht wirklich wenig Sinn.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine Aufgabe der Kliniken! Da verstehen wir uns doch recht?)

- Ja, darauf komme ich gleich, Herr Frank. Nur die Ruhe! Ich habe noch ein bisschen Redezeit.

Man kann Probleme, auch wenn sie unangenehm sind, nicht einfach delegieren. Natürlich sollen die Kliniken - Herr Frank, da sind wir uns völlig einig - da mitarbeiten. Sie sollen ihren Teil des Know-hows, den es dafür braucht, mit einbringen. Aber die Kliniken verfügen weder über die Strukturen noch haben sie das Personal, um eine solche Untersuchung allein durchführen zu können. Das ist auch überhaupt nicht ihr Job. Sie sollen Patienten gesund machen und kranke Menschen heilen.

Die Stadt Köln hat sowohl die Strukturen als auch das Know-how für solche Prüfaufträge. Die geben wir ihr ja immer wieder auf. Die Stadt hat auch - das ist ebenfalls wichtig - eine ganze Menge Erfahrungen mit Sprachmittlern, die die Kliniken eben nicht haben. Wir haben es gerade gehört: Seit letztem Jahr gibt es einen Sprachmittlerpool für Kitas und Schulen, der ganz gut nachgefragt ist. Die Erfahrungen daraus könnte man auch gut dafür nutzen. Und noch etwas kann die Verwaltung der Stadt viel leichter als die Kliniken der Stadt Köln: Sie kann sich um Finanzierungsmöglichkeiten kümmern. Die Kliniken der Stadt Köln haben für jede Klinik nur ihr DRG-System, in dem nun einmal keine Sprachmittler vorgesehen sind. Wer sich auskennt, weiß das.

Ein Letztes: Das angesprochene Problem ist nicht nur ein Problem der städtischen Kliniken. Deshalb macht es auch wenig Sinn, es auf die städtischen Kliniken abzuwälzen. Dieses Problem hat jede Klinik in dieser Stadt, egal welchen Träger sie hat. Daher macht es hohen Sinn, wenn die Stadt Köln zusammen mit ihrer Tochter, die der größte Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in dieser Stadt ist, ein Pilotprojekt aufsetzt und die Erfahrungen daraus für alle anderen Kliniken nutzbar macht. Dann muss das nicht doppelt gemacht werden.

Also: Geben Sie Ihren Herzen einen Stoß, liebe Kolleginnen und Kollegen, und stimmen Sie dem Antrag zu! Ich glaube, damit kommen wir ein gutes Stück weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl hat das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Ich glaube, wir sollten das Emotionale jetzt mal etwas herunterkochen. - Die Bereitstellung von Sprachmittlerleistungen für Patientinnen und Patienten in Kliniken der Stadt ist grundsätzlich hilfreich. Darüber brauchen wir nicht lange diskutieren. Aber das ist keine kommunale Pflichtaufgabe. Die Stadt Köln hat im Moment wahrlich genug Leistungen für Zuzügler zu erbringen.

Dass wir in den einzelnen Kliniken Sprachmittler brauchen, ist klar. Dass hilfsweise auch das Personal Sprachmittlung übernimmt, ist genauso

richtig. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass das auch gut möglich ist. Aber die Vielzahl der Sprachen der Zuzügler, die wir haben, macht es geradezu unmöglich, Sprachmittler für jede dieser nachgefragten Sprachen nicht nur an den städtischen Kliniken - das Problem haben ja nicht nur sie -, sondern an jeder Klinik vorzuhalten. Von daher macht der Änderungsantrag, den wir gestellt haben, hohen Sinn; denn er sortiert dieses Vorhaben.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass es mittlerweile auch ein Videounterstützungssystem gibt, das vom LVR angeboten und vom Ordnungsamt und Gesundheitsamt genutzt wird. Im Zeitalter der Technisierung und der Medien sollte geprüft werden, ob dieses Angebot weiter ausgebaut werden kann. Das halte ich für hoch bedenkenswert. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Klarstellung von Herrn Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Dezernent, der meiner Rede offensichtlich konzentriert zugehört hat, hat mich darauf hingewiesen, dass ich mich im letzten Satz meiner Rede versprochen habe. Das hat wohl damit zu tun, dass in letzter Zeit immer wir die Änderungsanträge stellen müssen. Ich werbe natürlich nicht um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag. Diesmal bitte ich Sie darum, dem Antrag zuzustimmen und den Änderungsantrag zurückzuziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Sache sind die Gesundheitspolitiker wie fast immer einer Meinung; es geht nur um den Weg. So war es ja beim letzten Mal auch schon.

An die Fraktion der LINKEN gerichtet möchte ich sagen: Ich kann verstehen, wenn Sie eine politische Resolution wünschen, die in diese Richtung geht und auf alle Krankenhäuser in dieser Stadt abzielt. Das wäre eine politische Resolution, die ich nachvollziehen könnte. Ich kann auch nachvollziehen, wenn Sie sagen: Wir haben eigene Kliniken und möchten, dass sich da etwas tut. - Der Aufsichtsratsvorsitzende der städtischen Kliniken hat gerade gesprochen. Dieses Thema gehört in den Aufsichtsrat. Wenn ich richtig orientiert bin, ist auch eine Kollegin von Ihnen dort Mitglied. Sie kann das in den Aufsichtsrat einspeisen.

Das, was Sie gemacht haben, ist ein unklarer Mischmasch: einerseits Zuständigkeiten für Aufsichtsräte, andererseits politische Resolution und noch dazu - das verwundert bei der LINKEN - eine völlige Ungleichbehandlung. Es ist doch gar nicht einzusehen, warum unsere Kliniken solche Leistungen vorhalten sollen und die kirchlichen Träger zum Beispiel nicht. Wir sprechen hier auch über Kostenfaktoren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es befremdet mich sehr, dass Sie als LINKE-Fraktion aus Ihrer Tradition heraus kirchliche Träger kostenmäßig besserstellen wollen. Das müssen Sie mir nachher mal bei einem Kölsch erklären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verwaltung ist natürlich für alles Mögliche zuständig, aber eben nicht für die Kliniken der Stadt Köln. Dafür gibt es eine Geschäftsführung und einen Aufsichtsrat. Übrigens habe ich mit der Geschäftsführung gesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie das auch getan haben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Haben wir!)

Es gibt im Durchschnitt genau einen Patienten pro Tag, auf den das zutrifft. Einen Patienten pro Tag in den Kliniken der Stadt Köln! Darüber reden wir hier gerade. Roundabout sind es 350 im Jahr. Deshalb kann ich mich nur dem anschließen, was Jürgen Strahl gerade gesagt hat. Dafür sollten technische Lösungen gefunden werden.

Herr Paetzold, Sie wissen, ich bin kein Humanmediziner, sondern in einer verwandten Fachrichtung tätig. Sie sagten, aus Ihrer Sicht sei das eine Pflichtaufgabe, und haben zwei Minuten später zu Recht darauf hingewiesen, dass das in den DRGs nicht abgebildet ist. Genau das ist das Thema. Für meine Begriffe ist das leider keine Pflichtaufgabe.

(Michael Paetzold [SPD]: Der Dezernent hat besser zugehört als Sie! Ich habe gesagt, das ist eine Pflichtaufgabe der Stadt, nicht der Klinik! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das schon gar nicht!)

Eine Pflichtaufgabe der Stadt - das sehe ich genauso, wie Jörg Frank gerade ruft - sehe ich in dem Fall überhaupt nicht. Was mir vermittelt wird, ist, dass das in allen Kliniken auf dem kleinen Dienstweg über Native Speaker geregelt wird, und zwar nicht nur in den stadteigenen, sondern auch in den von Kirchen getragenen Kliniken, die ja, wie Sie wissen, in der Überzahl in unserer Stadt sind, und dass es sich nur um eine ganz geringe Anzahl - etwa ein bis zwei Fälle pro Tag - handelt, auf die das zutrifft. Für diese sollten wir nicht einen bürokratischen Popanz aufbauen, sondern eine gute technische Lösung suchen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Änderungsantrag und um Ablehnung des Originalantrags der LINKEN. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Unna hatte ja schon auf die Zahlen hingewiesen - vielen Dank dafür; ich selber kannte sie nicht - und die Problematik bei den städtischen Kliniken erläutert. Ich bin Herrn Dr. Unna auch dankbar, dass er noch einmal deutlich gemacht hat, dass es hier auch um Gleichbehandlung der städtischen Kliniken und der Kliniken in privater, kirchlicher oder anderer Organisationsträgerschaft gehen muss.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage - DIE LINKE hat ja eine andere Denke, wie wir in unserem Wirtschaftssystem handeln, wer wofür verantwortlich ist, was Politik kann und was sie einem Eigentümer oder einer Geschäftsführung nicht vorgeben kann -: Wer hat eigentlich das Hausrecht bei den städtischen Kliniken? Das hat nicht die Oberbürgermeisterin, nicht der Rat, sondern das hat natürlich die Geschäftsführung.

(Zuruf von (Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ich weiß, Herr Detjen, Ihnen ist das nicht wichtig. Sie wollen in Unternehmen reinregieren. Sie wollen das per Beschluss machen. Das ist mir klar. Dass Sie nicht für soziale Marktwirtschaft stehen, haben wir hier schon mehrfach gemerkt.

Aber dass wir von hier aus einem autonomen Unternehmen befehlen, was es zu machen hat und was nicht, das geht nicht. Das entspricht nicht der Unternehmensordnung hierzulande. Darum sollten wir das auch in dieser Frage nicht machen. Wir können an die Unternehmen appellieren, aber wir können das nicht in der vorgeschlagenen Form beschließen.

Auch wir finden das Thema wichtig. Darum haben wir in unserem Ersetzungsantrag deutlich darum gebeten, dass das an die Unternehmen herangetragen wird, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen.

Ich möchte weiterhin in einer Marktordnung leben, wo das Unternehmen zuständig ist und sein Hausrecht und seine Aufgaben wahrnimmt. Wir können nicht in ein Unternehmen hineinregieren. Wo das anfängt und wo das aufhört, meine Damen und Herren, das sollten wir uns wirklich überlegen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann, pro Köln, der AfD und der Ratsgruppe BUNT. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen und ersetzt den ursprünglichen Antrag.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Streichung finanzieller Zuwendungen bei Personen mit nicht feststellbarer Herkunft“
AN/1576/2017

Ich möchte zu diesem Antrag darauf hinweisen, dass Leistungsansprüche und mögliche Einschränkungen bundesgesetzlich abschließend im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt sind. Der Beschluss wäre daher nicht zulässig. Ich muss mir daher vorbehalten, eine entsprechende Beschlussfassung zu beanstanden.

Herr Tritschler hat das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion bringt hier einen Antrag zu einem Sachverhalt ein, den die Bürger auf der Straße für selbstverständlich halten. Traurige Realität ist aber, dass unbehelligt von irgendwelchen Grenzkontrollen Millionen von Menschen in unser Land kommen, die ihre wahre Herkunft verschleiern und verschweigen. Als freundliches Dankeschön für dieses unkooperative Verhalten werden sie vom deutschen Steuerzahler alimentiert. Das, meine Damen und Herren, versteht auf der Straße niemand.

Wer aufgrund von Lebensgefahr seine Heimat verlassen muss, wird in Deutschland als Asylbewerber anerkannt. Er braucht seine wahre Herkunft nicht zu verschleiern. Wer einen Asylgrund vorweisen kann, wird alles tun, um diesen Grund den zuständigen Behörden in Deutschland nachzuweisen. Zu diesem Nachweis gehört ohne Zweifel erst einmal ein Nachweis der eigenen Identität und Herkunft.

Wer dagegen seinen Pass wegschmeißt und seine Herkunft verschweigt, hat schon damit jedes Recht auf unsere Unterstützung verwirkt. Er kann sich nicht darauf berufen, hilfebedürftig zu sein; denn das kann er ja nur dadurch belegen, dass er sein Heimatland nennt.

Nein, das sind keine Hirngespinste der AfD. Das ist kein Schüren von Ängsten. Das sind ganz sicher auch keine Einzelfälle. Das BAMF spricht von 60 Prozent der Flüchtlinge ohne Legitimationsdokumente, die Bundespolizei sogar von 80 Prozent. Sicher hat nicht jeder diesen Umstand selbst verschuldet.

Leider endet hier aber auch die Zahlengrundlage; denn es ist offenbar politisch gar nicht gewollt, die Zahl der unkooperativen Flüchtlinge zu erfassen. Es gehört allerdings nicht sehr viel Fantasie dazu, sich die Dunkelziffer auszumalen. Ich zitiere einmal Bundesinnenminister Thomas de Maizière:

> Es fällt uns natürlich auf, dass viele Antragsteller, die aus Staaten kommen, wo vermutlich eine Bleibeperspektive die Folge ist, Pässe dabei haben. Und umgekehrt viele derjenigen, die aus Staaten kommen, wo es vermutlich keine Bleibeperspektive gibt, keine Pässe dabei haben. Wohl aber ihr Handy. Obwohl die Menschen zum Teil im selben Boot waren, obwohl sie denselben Gefährdungen ausgesetzt waren. Das spricht dafür, dass manche ihren Aufenthalt dadurch verlängern wollen, dass sie die Feststellung ihrer Identität und die Feststellung des Landes, aus dem sie kommen, erschweren.

Zitatende.

Politische Verantwortungsträger, die ein solches Verhalten dulden oder gar noch mit finanziellen Zuwendungen belohnen, vergehen sich an unserem Rechtsstaat. Sie sind verantwortlich dafür, dass die Bürger, die Steuerzahler das Vertrauen in unsere Institutionen verlieren. Und: Sie sind verantwortlich dafür, dass die Menschen jedes Vertrauen in unser Asylrecht verlieren, das die AfD wie jede andere Partei hier im Grundsatz bejaht.

Meine Damen und Herren, wer ehrliche Asylsuchende mit kriminellen Asylbetrügern gleichstellt, wer ihnen die gleichen Vorzüge unseres großzügigen Rechts angedeihen lässt, braucht sich nicht zu wundern, wenn in unserem Volk ein immer größeres Misstrauen gegenüber allen herrscht, die auf dem Ticket „Asyl“ in unser Land kommen. Die Politik des grenzenlosen Selbstbedienungsladens gefährdet jedenfalls nicht nur ihre Erfinder, wie wir es an jedem Wahlabend in den letzten Jahren sehen konnten; sie gefährdet auch die Menschen, die unsere Hilfe wirklich brauchen und die nun unter Generalverdacht stehen.

Lassen Sie uns eine Politik für ehrliche Asylsuchende und gegen Kriminelle machen, wie es sich die Menschen in unserem Land wünschen! Stimmen Sie deshalb für unseren Antrag und damit für ein faires und gerechtes Asylsystem!

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT betreffend „Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes“

AN/1589/2017

Änderungsantrag der Gruppe BUNT AN/1637/2017

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE AN/1640/2017

und gebe Herrn Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Ich denke, wir alle wollen die Weiterentwicklung unseres Busnetzes. Unsere Fraktion will vor allem die Verbesserung in den außenliegenden Bezirken; denn dort haben unsere Bürger eine schlechtere Infrastruktur und müssen oft beschwerlichere Wege auf sich nehmen oder verzichten sogar auf den Bus. Wenn wir es schaffen, diese Stadtviertel besser anzudocken, werten wir sie auf und geben ihnen eine menschengerechtere Mobilität.

Wir wollen große Arbeitgeber, wie zum Beispiel die Ford-Werke, mit einer eigenen Linie ausstatten. Wir wollen Gewerbegebiete und Schulstandorte wie den Girlitzweg anbinden. Erst wenn wir unsere geplanten Neubaugebiete integrieren, werden wir sie erfolgreich und lebenswert machen. Wir wollen auch die Uni-Buslinie verdichten, deren Nachfrage weiter steigt. All dies sind dauerhafte Busnetzerweiterungen aufgrund struktureller Entwicklungen. Sie sind nicht immer rentabel, aber unverzichtbar.

Die KVB arbeitet bis Ende des Jahres an einer Roadmap für die Bedarfsplanmaßnahmen. Da diese sich jedoch erst mittel- oder langfristig umsetzen lassen, müssen wir sogenannte Interimslösungen einführen. Diese sollen vor allem die überlasteten Linien verstärken. Bei Neubaugebieten wie in Rondorf würden sie so lange eingesetzt, bis in dem Fall die vierte Baustufe realisiert ist.

Wie schon hier diskutiert, werden wir weitere Buslinien auf E-Busse umstellen. Beginnen werden wir sicherlich an den Emissionsschwerpunkten Mülheim und Weiden, um auch den Luftreinhalteplan zu unterstützen.

An dieser Stelle komme ich gern noch einmal auf die Kritik der FDP zurück, den Fernbusterminal zum Flughafen zu verlagern; Herr Sterck hat es hier letzte Woche in der Haushaltsdebatte noch einmal thematisiert. Hätten wir auf Sie gehört, hätten wir heute 300 Fernbusse pro Tag mehr in der City. Wir fordern von Ihnen eine größere umwelt- und verkehrspolitische Verantwortung und erinnern Sie an die Leitlinien von Köln mobil 2025.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zu den E-Bussen. Wir benötigen noch Lösungen für die Ladestationen an den Endhaltestellen der E-Bus-Linien. Neben einer zeitnahen Diskussion um infrastrukturelle Maßnahmen wie eigene Busspuren ist die Finanzierungsart zu klären. Wir sollten uns hier nicht auf den Mobilitätsfonds verlassen, sondern sehen hier den Ansatz über die Ergebnisverbesserung, damit das Geld direkt dem Verkehr zugutekommt.

Für ein fortschrittliches Busnetz brauchen wir endlich die Verknüpfungspunkte in Form von Mobilitätshubs, eine digitale und regionale Verknüpfung. Der Bürger in einer Großstadt möchte sich immer mehr intermodal bewegen. Da durch unsere Innenstadt der Rhein fließt, wird auch der Wasserbus von großer Bedeutung werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend möchte ich zu den Änderungsanträgen von der LINKEN und von der Gruppe BUNT ganz kurz Stellung nehmen. Wir würden jeweils den Punkt 1 einfügen wollen, die anderen beiden Punkte werden wir ablehnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche wurde bekannt, dass die DB für die Strecke zwischen dem Hauptbahnhof und Mülheim eine sogenannte Überlastungsanzeige gestellt hat. Wer sich ein bisschen mit den Bussen und Bahnen hier in Köln auskennt, weiß, dass auch die Kölner Schieneninfrastruktur massiv überlastet ist. Wir erfahren das ja auch aus der momentanen Debatte um die Erweiterung auf der Ost-West-Achse.

Die Anmeldung für den ÖPNV-Bedarfsplan mit einem Volumen von knapp über 1,1 Milliarden Euro zeigen: Auch hier platzt es aus allen

Nähten. Doch wenn wir uns die Planungs- und Realisierungszeiträume für alle diese Maßnahmen anschauen, stellen wir fest: So wird man dem gestiegenen Fahrgastaufkommen nicht gerecht werden können. So sind auch die Ziele von Köln mobil 2025 nicht erreichbar. Hier muss mehr passieren, und hier muss schneller etwas passieren.

Deswegen: Um nicht noch mehr Menschen in die teils schon über der Kapazitätsgrenze fahrenden Stadtbahnen zu bringen, ist es nötig, Linienführungen für Busse zu erstellen, die nicht nur Zubringerfunktionen haben, wie es jetzt häufig der Fall ist, sondern wie damals, als wir nach langen Kämpfen die Linie 142 durchgesetzt haben, auch Buslinien zu schaffen, die neue Gebiete anbinden, wie zum Beispiel Widdersdorf oder die entstehenden Neubaugebiete im Porzer Süden oder auch die künftigen Wohnquartiere in Mülheim und im Deutzer Hafen.

Klar ist: Die KVB muss schon da sein, bevor die ersten Menschen dort einziehen oder die ersten Schüler da sind. Wenn die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an die KVB als zuverlässige Mobilitätspartnerin kennenlernen, fällt es ihnen leichter, auf ihr eigenes Auto zu verzichten

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder zumindest auf den Zweitwagen zu verzichten, was ja auch schon ein großer Fortschritt wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich die Verwaltung noch einmal an den Ratsbeschluss aus dem letzten Jahr zum Thema Expressbusse erinnern, wo wir Ähnliches diskutiert haben. Hierzu steht ja noch die Vorlage aus.

Nicht nur die neuen Quartiere sollen besser angebunden werden. Als Verstärker für die besonders überlasteten Streckenabschnitte der Stadtbahn wollen wir ebenfalls verstärkt auf Busse setzen; denn auf den Gleisen ist nun einmal nicht mehr Platz. Die jetzt schon eingesetzten Verstärkerbusse zwischen Hürth und der Universität zeigen ja, dass es durchaus möglich ist, auch mit zu den Stadtbahnlinien parallel verkehrenden Bussen noch mehr Menschen zu befördern und die Situation ein klein wenig zu entspannen. Genau auf diese Entspannungseffekte setzen wir auch im Rechtsrheinischen für die Linien 1 und 9 in Richtung Bahnhof Deutz oder auch für die Linie 4 zum Wiener Platz bzw. darüber hinaus. Wir hatten ja schon zugesagt, den dementsprechenden Änderungsantrag der LINKEN zu übernehmen.

Der dritte Punkt unseres Antrags ist nicht nur selbsterklärend, sondern selbstverständlich für uns. Wir haben mit der Linie 133 bereits gezeigt, dass wir E-Mobilität nicht nur bei der Stadtbahn, sondern auch beim Bus beherrschen. Wie in der vorletzten Ratssitzung beschlossen, wird auch hier nur 100 Prozent Ökostrom zum Einsatz kommen, damit die Luft nicht nur in Köln besser wird, sondern auch in Neurath und Niederaußem, damit die dortigen Dreckschleudern noch schneller vom Netz genommen werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch kurz einen Satz zur Finanzierung sagen. Auch dazu wurde das eine oder andere in den Anträgen gesagt. Klar ist, dass alle diese Maßnahmen nicht umsonst zu haben sind. Aber wenn wir die Verkehrswende wirklich wollen, dann müssen wir dafür auch Geld in die Hand nehmen. So wie es aussieht, wird die KVB in den nächsten Jahren ihr Defizit verringern können, sodass uns hier ein wenig Geld für die Maßnahmen zur Verfügung steht. Ebenso hat sich die Stadt ja auch um Gelder aus dem Mobilitätsfonds der Bundesregierung beworben. Da werden wir als viertgrößte Stadt Deutschlands sicherlich nicht leer ausgehen.

Noch eine persönliche Bemerkung. Vielleicht sollten wir uns in der Debatte über die Finanzierung des ÖPNV auch einmal überlegen, ob eine Deckelung des Defizits bei den städtischen Nahverkehrsbetrieben wirklich Sinn macht, wenn wir wissen, wie viel Geld generell zum Ausbau des ÖPNV fehlt. Bis dahin arbeiten wir weiterhin mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln daran, den ÖPNV weiter zu attraktivieren. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Hammer. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann heute schon ein rotes Kreuz in den Kalender machen; denn so viel Einmütigkeit in Verkehrsfragen haben wir in diesem Hause sonst selten. Es ist klar: Auch die FDP sagt: Wir müssen den ÖPNV attraktiver machen. Wir sind in vielen Bereichen an der Leistungsgrenze; mein Vorredner hat es gesagt. Deswegen müssen neue Lösungen her.

Die Stadt Köln ist eine wachsende Stadt. Die einzelnen Statistiken sagen uns bis 2040 ein Wachstum um etwa 150.000 bis 200.000 Einwohnern voraus. Diese wollen Mobilität. Diese müssen transportiert werden. Es ist eigentlich ein Luxusproblem, eine wachsende Stadt zu sein, um das uns viele Kommunen in Deutschland beneiden. Aber es stellt uns vor besondere Herausforderungen, gerade auch bei der verkehrlichen Infrastruktur.

Die frühere Leiterin des Amtes für Stadtentwicklungsplanung, Frau Kröger, hat einmal gesagt, dass wir mit der Frage der Dreifachtraktion auf der Ost-West-Achse wahrscheinlich 20 Jahre zu spät dran sind. Wir bräuchten die Umsetzung bereits seit einigen Jahren. Wir müssen feststellen, dass bestimmte Strecken gar nicht weiter verstärkt werden können. Aber leider hinkt die Entwicklung dem hinterher. Wir müssen jetzt möglichst schnell an den Start kommen. Wenn es in dem zentralen Bereich mehr Zeit für eine Lösung bedarf, müssen wir die Möglichkeit eines Provisoriums einer Dreifachtraktion prüfen, damit die KVB möglichst schnell auf dieser zentralen Strecke mehr Kapazitäten schaffen kann.

Der Kollege Hammer hat es eben schon erwähnt. Auch wir haben uns in breiter Mehrheit mit den fünf großen Fraktionen hier auf ein Programm geeinigt, um den schienengebundenen ÖPNV in Köln auszubauen. 13 Maßnahmen mit einem Volumen von über 1 Milliarde Euro sind vorgesehen, darunter viele Netzerweiterungen, auf die die Bürger in den einzelnen Stadtteilen schon seit langem warten, sei es in Flittard/ Stammheim, in Neubrück, in Bocklemünd/ Mengenich, in Zündorf-Süd - das ist heute auch noch auf der Tagesordnung -, in Widdersdorf usw. Die Fahrgäste aus diesen Stadtteilen, die wir auf die KVB bringen, landen am Ende aber wieder im zentralen Bereich, in dem es Engpässe gibt.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die finanzielle Ausstattung verbessert wird. Das müssen wir denen, die in Berlin verhandeln, egal welche Koalition dabei herauskommt - vielleicht eine Jamaika-Mehrheit -, auch mitgeben, dass wir als Kommunen mehr Geld brauchen, um unsere verkehrliche Infrastruktur entsprechend auszubauen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben von unserer Seite unseren Kollegen Reinhard Houben dorthin entsandt, der hier in Köln auch schon Verkehrspolitik gemacht hat. Jetzt will er dort möglichst viel für Kommunen wie Köln herausholen.

Bis das Geld zur Verfügung steht, die Planungen vorliegen und die Baumaßnahmen umgesetzt sind, brauchen wir andere Lösungen. Dafür ist der Bus eine sehr flexible Alternative. Deswegen bin ich froh, dass wir uns auf dieses Paket verständigt haben und die KVB in die Pflicht nehmen, sie aber auch so ausstatten, dass sie mehr Leistungen im Busverkehr anbieten kann, damit die Kölnerinnen und Kölner auch in Zukunft mobil bleiben können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Scholz, bitte.

Tobias Scholz (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wählergruppe GUT will mit dem gemeinsam mit der der CDU, der FDP und den Grünen gestellten Antrag die ÖPNV-Kapazitäten durch Stärkung und Ausweitung des Busnetzes der KVB erhöhen.

Die Kölner Bevölkerungsanzahl wächst. Damit einhergehend steigen die Mobilitätsbedürfnisse und Mobilitätsnotwendigkeiten. Die KVB hat jedoch ihre Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. überschritten. Entsprechend zügig müssen die wichtigsten Projekte zum Ausbau des Stadtbahnnetzes, die im ÖPNV-Bedarfsplan 2030 aufgeführt und den Leitlinien Köln mobil 2025 formuliert sind, systematisch und zügig umgesetzt werden. Nur so können wir einen Verkehrskollaps verhindern und die hohe Kölner Luftschadstoffbelastung durch Stickoxidausstoß, unter anderem verursacht durch den motorisierten Individualverkehr, senken, um den Luftreinhalteplänen zu entsprechen und die kommunale Klimaziele zu erreichen.

Letztendlich geht es dabei immer und in erster Linie um die Gesundheit und Lebensqualität der Kölner Bevölkerung. Wenn man sich allerdings die aktuell katastrophal hohen Schadstoffbelastungen am Clevischen Ring in Köln-Mülheim anschaut, wird klar, dass schnell gehandelt werden muss, um die Gesundheit der Anwohner nicht länger zu gefährden und die Lebensqualität zu erhöhen.

Entsprechend konsequent ist es, jetzt die Verwaltung seitens der Politik zu beauftragen, in

Kooperation mit der KVB ein entsprechendes Umsetzungskonzept bezüglich der Stärkung und Ausweitung des Kölner Busnetzes zu entwickeln und die ÖPNV-Kapazitäten entsprechend zu erhöhen. Wie schon von meinen Vorrednern erwähnt, muss dieses Konzept unter Berücksichtigung unter anderem folgender Maßgaben erstellt werden: eine dauerhafte Erweiterung des vorhandenen Busnetzes durch Taktverdichtungen und neue Buslinien bzw. Buslinienführung, eine Busnetzerweiterung, die städtische Außenbezirke, die Gewerbegebiete, die Neubaugebiete und die Rheindörfer besser an die Innenstadt anbindet bzw. verbindet, und eine Umsetzungsplanung, in der die schrittweise Umstellung der KVB-Busflotte auf E-Busse bis 2030 dargestellt ist.

Finanziert werden können diese Maßnahmen durch die schon beantragten Gelder aus dem Mobilitätsfonds der Bundesregierung und die erwarteten Ergebnisverbesserungen der KVB.

Selbstverständlich ist für unsere Wählergruppe GUT, dass uns die Verwaltung in Kooperation mit der KVB auch über unseren gemeinsamen Antrag hinausgehende Vorschläge zur ÖPNV-Ausbauthematik macht, beispielsweise zu der Frage: Ist eine Erhöhung der ÖPNV-Attraktivität möglich, wenn der Busverkehr Vorrang vor dem Individualverkehr hat und sich somit die Stauzeiten von Bussen im Vergleich zum Privat-Pkw signifikant reduzieren? - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Scholz. - Herr Pöttgen, bitte.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein leistungsfähiger ÖPNV ist die wesentliche Grundlage für die wachsende Stadt und gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Die SPD-Fraktion setzt sich daher für einen zügigen Ausbau des Stadtbahnnetzes ein. Wir müssen davon wegkommen, Prozesse nacheinander zu moderieren und zu gestalten, und es schaffen, parallele Strukturen zu entwickeln. Wenn die Menschen in ein Wohngebiet einziehen, muss der ÖPNV schon da sein, damit man auch hin- oder wegkommt von seinem Wohnort.

Wir stimmen heute dem vorliegenden Antrag zu; denn wir brauchen die Infrastruktur jetzt, und zwar sofort, und wir brauchen dafür eine klare Linie, eine klare Zustimmung und eine klare Prioritätensetzung. Es ist notwendig, dass ein Gestaltungswille erkennbar wird, das jetzt auch zügig umzusetzen. Wie wir gehört haben, wird das Konzept schon in wenigen Wochen vorliegen. Auch deshalb stimmen wir dem Antrag jetzt zu. Wir können es dann ganz konkret beraten. Wir wollen uns nicht überrumpeln lassen von Ihren konkreten Kleinklein-Maßnahmen, sondern wir behalten uns vor, das wie gewohnt in den Fachgremien so detailliert zu besprechen und dort entsprechende Änderungsvorschläge zu machen, die dort ruhig und fundiert nach Rücksprache mit allen diskutiert werden können.

Bezüglich der Finanzierung heißt das für uns, dass man natürlich Fördergelder mitnimmt und die Unternehmen in die Lage versetzt, diese abzurufen und verantwortlich im Sinne der Bevölkerung einzusetzen. Gleichzeitig stellt sich für uns die Frage, ob wir als Rat der Stadt Köln die Unternehmen der Stadt nicht auch in die Lage versetzen müssen, anständig zu investieren, damit die Stadt auch wirklich wachsen kann. Deswegen halten wir einen voreilig eingezogenen Deckel an dieser Stelle nicht für notwendig bzw. kontraproduktiv. - Ich habe mich über die persönliche Bemerkung meines Kollegen Hammer sehr gefreut.

Daher: Wir werden dem LINKEN-Antrag zustimmen und bitten um Einzelabstimmung der Punkte des Antrags von Sansibar. Auch beim BUNTEN-Antrag gehen wir mit. Den Finanzierungsvorschlag von Sansibar lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Pöttgen. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass eine breite Mehrheit im Kölner Rat erkennt, dass der ÖPNV nun auch mittels Bus ausgebaut werden muss. Wir alle wissen: Es ist grundsätzlich richtig, in die Schiene zu investieren. Aber es dauert sehr lange. Von daher müssen wir nun Busse einsetzen, und zwar nicht nur als Ergänzung,

sondern auch als Entlastung auf den großen Achsen.

Der vorliegende Antrag greift das in Teilen auf, in Teilen geht er nicht weit genug. Aber die Antragsteller haben ja signalisiert, dass beispielsweise der Verstärkerbus parallel zur Linie 4 nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Wiener Platz enden soll, sondern, wie wir es in unserem Änderungsantrag formuliert haben, bis nach Deutz fahren soll.

Meine Damen und Herren, Busse sind gut. Busse sind wichtig. Aber Busse machen nur dann Sinn, wenn sie überall durchfahren können und nicht hinter den Autos im Stau stehen. Deswegen haben wir in unseren Änderungsantrag aufgenommen, Vorrangberechtigungen für den Bus zu installieren. Das böse Wort „Busspur“ haben wir diesmal umschifft. Vielleicht hat die eine oder andere Fraktion dann weniger Angst, unserem Antrag zu folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir alle wissen um die Problematik am Clevischen Ring und der Luftverschmutzung und Stickoxidbelastung in Köln-Mülheim. Wir sind deswegen der Auffassung, dass auch dieser Bereich noch einmal genau unter die Lupe genommen werden muss, und fordern in unserem Änderungsantrag, dass die Linie 250 verstärkt wird, mindestens in dem Bereich zwischen Köln-Hauptbahnhof und Opladen. Wenn der Bus dort zügig durchkommt, wird das zu einer echten Entlastung führen, weil die Leute dann ihr Auto stehen lassen und stattdessen den Bus nutzen werden. Damit würden sie einen Beitrag zur besseren Luft in Köln-Mülheim leisten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Und damit, meine Damen und Herren, ist es leider schon vorbei mit der Harmonie. Schauen wir uns einmal den Finanzierungsvorschlag von Jamaika plus GUT dazu an. Ich habe lange überlegt, wie ich es nennen soll, komme aber nicht umhin, zu sagen: Dieser Finanzierungsvorschlag ist unseriös.

Er besagt nämlich Folgendes: Wir nehmen einmal an, die KVB macht ungefähr zwischen 75 und 89 Millionen Euro Verlust im Jahr. Wenn wir den Deckel, der bei 90 Millionen Euro liegt, ausreizen, können wir von dem Geld die Busse finanzieren, über die wir gerade sprechen. - Das ist schon eine sehr merkwürdige Rechnung. Wir alle wissen: Diese 90 Millionen Euro Verlust sind bei der KVB bis 2022 gedeckelt; das hängt mit den EU-Richtlinien zusammen. So weit sind wir uns einig. Aber man kann doch nicht sagen: Wir rechnen mit 1 bis 15 Millionen Euro weniger Verlust, und damit bauen wir die Buslinien auf.

Das muss doch andersherum gehen, meine Damen und Herren. Zuerst müssen wir prüfen, was wir brauchen. Dann müssen wir das beraten. Dann müssen die Stadt, der Vorstand der KVB und auch der Aufsichtsrat der KVB darüber verhandeln. Dann weiß man: Das kostet x Millionen Euro, und kann sagen: Jawohl, das wird finanziert. Vielleicht klappt es ja, auch die steuerlichen Vorteile des Querverbundes zu nutzen.

Wenn wir das in Angriff nehmen, müssen wir doch einkalkulieren, dass es bei der KVB mal Spitz auf Knopf kommt; sie ist jetzt schon bei knapp 90 Millionen Euro Verlust. Wenn es so kommen sollte, hieße das, wir müssten alle Maßnahmen wieder einstellen. Das kann doch so nicht gewollt sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher würde ich Sie bitten, noch einmal in sich zu gehen und sich unseren Änderungsantrag bezüglich der Finanzen genau zu lesen. Das ist der seriösere Vorschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Sache hat nicht nur mich, sondern auch die Belegschaft der KVB ganz schön stark geärgert. Die Kolleginnen und Kollegen der KVB haben in der Zeit von 2003 bis zum heutigen Tag 375 Millionen Euro Konsolidierung geleistet, und zwar durch Lohnverzicht und Mehrarbeit. Und Jamaika plus hat die Dreistigkeit, einen solchen Antrag vorzulegen, ohne vorher einmal mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über diese Idee gesprochen zu haben. Das, meine Damen und Herren, finde ich respektlos gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der KVB.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich bitte Sie: Folgen Sie unserem solidarischen und soliden Finanzierungsvorschlag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Weisenstein. - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben kurzfristig noch einen Änderungsantrag zum Antrag eingereicht, nicht weil uns euer Antrag nicht zusagt - wir werden dem auf jeden Fall zustimmen -, aber unserer Meinung nach fehlten einige wichtige Aspekte, die wir nun mit unserem Änderungsantrag in die Diskussion geben wollen.

Es ist gut, dass ihr die Initiative ergreift. Die Ausweitung und Stärkung des KVB-Busnetzes ist wirklich lange überfällig. Freunde und Kollegen, die in den Außenbezirken von Köln leben, berichten mir oft, die Anbindungen und Taktungen der Busse seien unmöglich, später am Abend würden sie oft mehr als eine Stunde bis nach Hause brauchen, Buslinien wären nicht aufeinander abgestimmt, sie würden unter Umständen eine halbe oder eine Stunde im Kölner Niemandsland - ich meine das nicht despektierlich - warten müssen.

Einen Aspekt haben ihr in eurem Antrag weggelassen. Man kann nicht einen Antrag zur Ausweitung und Stärkung des KVB-Busnetzes machen, ohne die Bahnen konsequent mitzudenken. Wir verstehen nicht, warum ihr keinen Antrag gemacht habt, der beides - als Prüfung wohlgemerkt - ins Auge fasst, also auch die Stärkung und Ausweitung des KVB-Bahnnetzes mitdenkt, auch wenn mir klar ist, dass das ganz andere Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Wir haben lange überlegt, ob ein Ersetzungsantrag sinnvoll wäre, uns dann aber entschieden, unser Anliegen mithilfe einiger Anregungen in die Diskussion einzubringen.

Wir wollen, dass geprüft wird, ob die Linie 13 am Wochenende durchgängig fahren kann und welche Auswirkungen das auf die Buslinien hat. - Wie ich schon mitbekommen habe, kann nicht jeder bei Punkt 2 unseres Antrags mitgehen. Falls es dafür keine Mehrheit geben sollte, würde ich mich freuen, wenn wir noch einmal im Verkehrsausschuss darüber sprechen würden.

Es freut mich, zu hören, dass es eventuell eine Mehrheit für den Ausbau des „Bus on Demand“-Angebots in Köln geben könnte. Wir alle kennen das TaxiBus- und AST-Angebot, das mit Sicherheit noch ausbau- und modernisierungsfähig ist. Gerade das Duisburger Pilotprojekt, das wir in unserem Antrag angeführt haben, kann ein Vorbild dafür sein. - Herr Fenske wird dem vermutlich zustimmen, auch wenn er gerade ganz streng in meine Richtung schaut, was hoffentlich nicht so gemeint ist. - Auch darüber werden wir sicherlich noch einmal reden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt fehlte unserer Meinung nach in eurem Antrag, der als Punkt 5 ergänzt werden sollte. Die Mitnahme von Rädern in der KVB ist ein latentes Problem, über das immer wieder gesprochen wird. In anderen Städten, auch international, gibt es bereits Möglichkeiten, beispielsweise Fahrradanhänger oder Systeme an Bussen. Dass nicht alles praktikabel ist, ist mir schon klar. Aber es sollte wenigstens geprüft werden und über das hinausgehen, was wir schon haben. Ich würde es schade finden, wenn diesem Vorschlag von uns heute nicht zugestimmt wird. Sollte dem so sein, sollten wir dieses Thema noch einmal im Verkehrsausschuss vertieft diskutieren, um dafür eine Lösung zu finden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Das war es schon von mir.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Hegenbarth. - Herr Fenske, bitte schön.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Hegenbarth, eine persönliche Anmerkung: Wenn ich ernst aussehe, heißt das nicht, dass ich ernst und verbittert bin. Das sieht nur so aus. Sie sind nicht der Erste, der mir das sagt. So bin ich schon auf die Welt gekommen.

(Heiterkeit)

Zur Sache. Natürlich freuen wir uns, dass es hier im Rat der Stadt Köln einen so großen ÖPNV- bzw. KVB-Konsens gibt. Das ist wirklich sehr erfreulich. Ebenso erfreulich ist, dass das Strategiepapier Leitbild Köln mobil 2025 von allen Fraktionen in der Debatte zustimmend erwähnt worden ist.

Ich will Ihnen zwei Dinge von heute Vormittag mitteilen. Das Präsidium des Fachverbands hat heute in Hamburg getagt. Nach der Präsidiumssitzung unseres Fachverbands haben wir, die großen Verkehrsunternehmen dieser Republik - Berlin, Hamburg, München, Dortmund

und Köln -, eine Pressekonferenz abgehalten. Wir alle sind in derselben Situation, die wir gemeinsam auch beklagen, nämlich dass die deutschen ÖPNV-Unternehmen seit Jahren unterfinanziert sind. Das macht sich inzwischen an allen Ecken und Enden bemerkbar. Wir beispielsweise können nicht das Angebot fahren, das wir als KVB fahren möchten, weil wir, wie Sie wissen, auf der Schiene endgültig an unseren Kapazitätsgrenzen angelangt sind.

Ich will Ihnen auch nicht vorenthalten, wie erfindungsreich die Hamburger geworden sind. Sie sind in derselben Situation wie wir. In der Hauptverkehrszeit sind die Bahnen proppenvoll. Die Lokalseite der *Welt* in Hamburg macht auf mit einem schönen Bild: Die Hamburger Hochbahn macht einen Pilottest mit einer sogenannten Platzampel. Am Bahnsteig wird mit rot, gelb und grün gekennzeichnet, in welchem Wagen noch Platz ist. - Sie sehen, Not macht erfinderisch. Ich werde demnächst bei uns besprechen, ob das vielleicht auch hier sinnvoll sein kann, damit wir zumindest eine etwas bessere Verteilung der Fahrgäste hinbekommen; denn jeder Fahrgastwechsel in der Hauptverkehrszeit führt schon zu Unpünktlichkeiten von bis zu zwei Minuten. Das erleben ja auch Sie teilweise täglich. - So viel zu den Vorbemerkungen.

Ich will jetzt nicht auf jeden Aspekt einzeln eingehen. In der Tat ist richtig, dass Sie mit den Positionen in Ihren Anträgen im Grunde bei Frau Blome und mir, bei Stadt und KVB eine offene Tür einrennen. Wir sind an genau diesen Themen dran, nämlich erstens zu prüfen, welche zusätzlichen Busleistungen wir grundsätzlich und auf Dauer einrichten wollen und zweitens welche Busleistungen wir im Vorlauf zu unseren Stadtbahnmaßnahmen einrichten wollen und müssen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Wir nehmen Ihre Anregungen selbstverständlich auf. Dann wird daraus ein Konzept gemacht, das vermutlich um den Jahreswechsel in die Gremien gehen wird, und zwar sowohl in die Gremien der Stadt, also den Verkehrsausschuss, als auch in die Gremien der KVB, in den Aufsichtsrat.

Zwei, drei Aspekte noch. Es ist natürlich richtig, dass uns zusätzliche Busleistungen gar nichts nutzen, wenn der Bus im Stau steht. Sie können sich jeden Morgen bei mir die Betriebslagemeldungen anschauen. Der Bus hat eine grottenschlechte Betriebsqualität, weil die Stausituation so ist, wie sie ist. Der Bus steht eben mit im Stau. Deswegen ist er in der Beurteilung unserer Fahrgäste das Verkehrsmittel, von dem sie sagen: Wenn es geht, eher die Bahn, und nur wenn es sein muss, der Bus.

Wir müssen uns über Vorrangeinrichtungen unterhalten. Das kann eine Busspur sein. Das kann eine Ampelvorrangschaltung für den Bus sein. Das muss man sich für die Linien genau angucken. Ich finde, dieses Thema darf man nicht tabuisieren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, wenn man mehr Busleistungen fordert.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein Zweites: der Deckel bei der KVB. Ich will noch einmal klarstellen: Das ist ein selbstgestecktes Unternehmensziel der KVB im Rahmen der angestrebten Direktvergabe. Der Deckel von 90 Millionen Euro besagt: Das ist das, was die KVB jetzt mit ihrer gegenwärtigen Bestandsleistung leisten kann. Wenn es weitere, zusätzliche Maßnahmen gibt, seien es jetzt Busleistungen oder eines Tages mehr Stadtbahnleistungen einhergehend mit mehr Bahnfahrzeugen, mehr Busfahrzeugen, mehr Personal, mehr Betriebskosten, wird sich das Defizit logischerweise erhöhen. Es atmet sozusagen und hängt vom Angebot der KVB ab.

Zum Mobilitätsfonds nur so viel. Auch darüber haben wir heute Morgen in der Branche diskutiert. Da spielt sich bei diesen Dieselgipfel-AGs in Berlin im Augenblick etwas ab, was mich, ehrlich gesagt, ein bisschen unruhig macht. Die am schnellsten wirksame Maßnahme in Köln wie in anderen Städten ist, jetzt zusätzliche Busleistungen auf die Straße zu bringen. Ich sage hier auch sehr deutlich: Beim Dieselbus Euro 6 sind kaum noch Schadstoffwerte messbar. Leider wird der Dieselbus Euro 6 immer in einen Pott geworfen mit dem Diesel insgesamt; Dieselskandal, da war doch was. Man muss endlich zur Kenntnis nehmen, was auch Umweltschützer und Umweltbundesamt sagen: Der Dieselbus Euro 6 hat Schadstoffwerte, NO_x-Werte, die kaum noch messbar sind.

Mit der Bereitstellung zusätzlicher Busleistungen kann die Branche nicht nur bei uns in Köln, sondern auch in anderen Städten relativ rasch etwas tun, um das Thema Klimaschutz und Luftreinhaltung voranzubringen und auch das Mischungsverhältnis zwischen Auto und Bus bzw. ÖPNV zu verändern. Jetzt lesen wir aber in dem höchst filigranen, die Förderrichtlinien regulierenden Werk der Bundesregierung, dass zusätzliche Busleistungen, die die Stadt Köln ja

angemeldet hat, als sie den Antrag für Mittel aus dem Mobilitätsfonds gestellt hat, genau nicht gefördert werden sollen. Da ist sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir werden natürlich auch von unserer Seite intervenieren, weil es geradezu grotesk ist, dass man kurzfristig Maßnahmen für den Klimaschutz haben will, um Fahrverbote zu vermeiden, aber gleichzeitig keine Fördermittel für den Bus zur Verfügung stellt.

Zum Thema Finanzierung schlage ich vor, dass Sie uns bitte beauftragen, diese Buslinien, die Sie in Ihren Anträgen thematisiert haben, in den laufenden Prozess mit der Stadt mit aufzunehmen und Ihnen darauf eine Antwort zu geben sowie Vorschläge zu machen, wie die Finanzierung zu gewährleisten ist. Ich würde Sie bitten, das jetzt offen lassen. Wir werden gemeinsam mit der Stadt ein Buskonzept und dazu ein entsprechendes Finanzierungskonzept Ihnen vorlegen. Von Vorabfestlegungen bitte ich abzusehen.

Allerletzter Satz, um noch einen Aspekt aufzugreifen. Ja, Herr Hegenbarth, wir haben mit großem Interesse verfolgt, was die Kollegen in Duisburg mit dem On-Demand-Bus der Firma door2door machen. Wir sind auch schon in Kontakt mit Duisburg. Wir nehmen das auf. Es läuft ja wahnsinnig viel in der Branche. Wir waren ziemlich schnell mit dem Thema Leihrad. Da haben andere geschaut, was wir in Köln machen. Wir schauen jetzt, was die Kollegen in Duisburg machen. Also: Wir sind da schon im Erfahrungsaustausch. Ein erster Bericht wird uns ungefähr im Januar/Februar vorliegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Fenske, für Ihre ausführliche Erklärung. Wir alle haben aufmerksam zugehört.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, noch einmal Herr Michel.

Dirk Michel (CDU): Es gab vorhin ein Missverständnis, das ich vorher noch aufklären will.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Entschuldigung, Herr Michel, Sie haben sich nicht angemeldet. - Herr Michel, bitte, Sie sind dran.

Dirk Michel (CDU): Ich wollte noch einmal die Punkte klarstellen, denen wir zustimmen können. Das hat vorhin ein bisschen für Verwirrung gesorgt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das hätte ich so vorgelesen.

Dirk Michel (CDU): Gut. Dann warte ich das erst einmal ab.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wortmann, bitte schön.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. Sie hatten vergessen, zu fragen, ob noch ein Redebeitrag gewünscht wird.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Üblicherweise meldet man sich ja an.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Na klar, das habe ich ja getan. - Ich kann dem Antrag von Jamaika und GUT zustimmen, wenn der Punkt 2 ergänzt wird, in dem die Anbindung von Rondorf an die Linie 1 oder an die Linie 18 benannt wird. Hier fehlen nach meinem Dafürhalten die Buslinien 131, 132 und 135. Der gesamte Kölner Süden ist hier nicht berücksichtigt. Ich glaube, er steht genauso zur Diskussion wie die anderen. Deswegen beantrage ich, in Punkt 2 des Antrags von Jamaika und GUT die Buslinien 131, 132 und 135 mitaufzunehmen. - Danke.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht darum, einen Grundsatzbeschluss zu machen, und nicht einen Einzelbeschluss! Das hat Herr Fenske sehr gut verstanden, glaube ich!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir machen es jetzt wie folgt: Ich lasse zuerst über den Antrag von Herrn Wortmann, den Punkt 2 um die Buslinien 131, 132 und 135 zu ergänzen, abstimmen.

(Kirsten Jahn: Dazu besteht keine Notwendigkeit!)

- Deswegen lasse ich jetzt darüber abstimmen. - Wer ist dafür? - Dafür sind Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von GUT, BUNT, pro Köln und der FDP. Dann ist der Antrag von Herrn Wortmann abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Ich würde es gern noch einmal vortragen, damit es keine Unstimmigkeiten gibt. Herr Michel, Sie können mich ja eventuell ergänzen.

Erstens Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe BUNT, zweitens Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, drittens Abstimmung über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT in der von Herrn Michel vorgetragenen geänderten Fassung, in die Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppe BUNT und Punkt 1 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE als Prüfauftrag übernommen werden.

(Zurufe: Perfekt!)

- Dann versuchen wir das doch.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe BUNT. Wer ist dafür? - Die Gruppe BUNT, die SPD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen von der Gruppe GUT. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt die nächste Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und die Gruppe BUNT. Enthaltungen? - Von der Gruppe GUT. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den ursprünglichen Antrag in der Fassung, wie eben vorgetragen. Auf Antrag der LINKEN soll punktweise abgestimmt werden:

Punkt 1 des Ursprungsantrags ergänzt um Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppe BUNT. Wer ist dafür? - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, DIE LINKE und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Bei pro Köln und der AfD. Dann ist Punkt 1 angenommen.

Punkt 2 des Ursprungsantrags ergänzt um Punkt 1 des Änderungsantrags der LINKEN als Prüfauftrag. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Dann ist Punkt 2 angenommen.

Punkt 3 des Ursprungsantrags. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Dann ist Punkt 3 angenommen.

Punkt 4 des Ursprungsantrags. Wer ist dafür? - Das sind die Grünen, die CDU, die Gruppen GUT und BUNT sowie die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Wortmann, der AfD und pro Köln. Gegenstimmen? - DIE LINKE und die SPD. Dann ist Punkt 4 des Antrags angenommen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln und Herr Wortmann. Dann ist der Gesamtantrag angenommen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!“
AN/1565/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1604/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1647/2017

Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das geplante neue Baugebiet Zündorf-Süd hat eine hohe Bedeutung für den Kölner Wohnungsbau. Wie extrem angespannt der Wohnungsmarkt in Köln ist mit rapide steigenden Immobilienpreisen und Mieten, muss ich Ihnen hier nicht erklären. Dass bis zum Jahr 2019 fast 30.000 und bis zum Jahr 2029 nahezu 66.000 neue Wohnungen benötigt werden, sei hier nur noch einmal der Vollständigkeit halber erwähnt.

Viele Kölner bekommen inzwischen eine Wohnungsnot zu spüren, die sich allein durch Innen- und Nachverdichtung bestehender Gebiete nicht mehr beenden lässt. Deshalb hat

die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2018 ein Wohnungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro und den schnelleren Ausbau der Stadtbahninfrastruktur gefordert.

Zugleich müssen wir aber auch die verbliebenen großen Wohnbaupotenzialflächen entschlossen angehen. So viele hat Köln davon nicht mehr. In der letzten Ratsperiode unter Oberbürgermeister Jürgen Roters haben wir Planverfahren für drei große Baugebiete begonnen, für die mittlerweile erste Pläne vorliegen: Parkstadt Süd, Mülheimer Süden inklusive Hafen und Deutzer Hafen. Allein in diesen drei Gebieten wurde der Neubau von fast 8.000 neuen Wohnungen für die kommenden Jahre gesichert.

Im Interesse der Kölnerinnen und Kölner wünschen wir uns als SPD sehr, dass auch die Amtszeit von Frau Oberbürgermeisterin Reker diesbezüglich ähnlich erfolgreich sein wird. Die SPD wird sie jedenfalls bei der Entwicklung neuer Baugebiete nach Kräften unterstützen.

Um die größte Wohnungsnot zu lindern, verehrte Ratskollegen, haben wir aktuell noch drei weitere größere Potenzialflächen, die wir realistisch einer Planung - wir sprechen hier von der Planung und noch nicht vom Baubeginn - bis 2020 zuführen können. Die drei Trümpfe, die wir noch in der Hand haben sind Rondorf-Nordwest mit circa 1.000, Kreuzfeld mit circa 2.200 und Zündorf-Süd mit etwa 2.000 Wohneinheiten.

Für alle größeren Baugebiete gibt es unterschiedliche Hindernisse oder nennen wir es: Herausforderungen, insbesondere die notwendige Verkehrsinfrastruktur. Für Zündorf-Süd heißt das: Erstens muss die Stadtbahnlinie 7 verlängert werden und ihre Kapazität auch auf der Ost-West-Achse in der Innenstadt erweitert werden. Zweitens muss der Pendlerstau auf den Zündorfer Straßen gelöst werden durch eine Entlastungsstraße mit Anbindung an die Autobahn 59.

Um diese Fragen zu lösen, sollte das Planverfahren für Zündorf-Süd jetzt fortgeführt werden. Dessen Bestandteil und unbedingte Voraussetzung ist aus Sicht der Verwaltung der Infrastrukturausbau im Kölner Süden. Aus Sicht der SPD muss sichergestellt sein, dass ein neues Wohngebiet von Anfang an verkehrlich ausreichend erschlossen ist. Ziel muss sein, dass die Verkehrsanbindung schon da ist, wenn die ersten Häuser in Zündorf-Süd bezogen werden. Damit das so ist, müssen die dafür erforderlichen Prozesse und Verfahren auch in Abstimmung mit den Nachbarkommunen wieder aufgenommen und jetzt mit Hochdruck fortgeführt werden.

Leider ist nicht erkennbar, was sich bei Zündorf-Süd seit nunmehr fast zwei Jahren bewegt hat. Es gab eine rege Bürgerbeteiligung. Es gab klare Vorstellungen, die von den Bürgern klar artikuliert wurden. Ein Versuch, die Bürgerbeteiligung fortzusetzen, ist jedoch aktuell nicht erkennbar. Die Fragestellungen, welche seitens der örtlichen Bürgervereine vorgetragen wurden, müssen aber Bestandteil eines ordnungsgemäßen Verfahrens sein. Daher ist für uns die Fortsetzung der Bürgerbeteiligung zwingende Voraussetzung an dieser Stelle. Ebenso müssen die notwendigen Umweltgutachten endlich erstellt werden um die Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere auf die Kaltluftentstehungsbereiche, zu bewerten.

Für die Menschen in Porz wollen wir jetzt endlich Klarheit über die Chancen des Projekts. Es hilft ja keinem, wenn die Verfahren weiterhin auf Eis liegen. Wir sehen es als unsere gesamtstädtische Verantwortung, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für breite Kreise der Bevölkerung zu schaffen. Dazu gehört auch, dass jetzt zusammen mit Bund und Land geprüft wird, wie wir die Verlängerung der Stadtbahnlinie mindestens bis zur Ranzeler Straße förderunschädlich vorantreiben und vorfinanzieren können oder unter welchen Bedingungen wir dies gegebenenfalls selbst finanzieren können.

Die Zahl von 6.000 Wohnungen pro Jahr, die Köln benötigt, ist gewaltig, vor allen Dingen wenn man die Wohnungsbauleistung von nur 2.500 Wohnungen im letzten Jahr bedenkt. Im ersten Halbjahr 2017 sank sie leider noch weiter. Die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen lag sogar um 34,2 Prozent hinter der im Vorjahr.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, freuen wir uns, wenn wir mit unserem Antrag hier jetzt einen breiten Konsens erreichen. Das ist eine gute Nachricht für Köln und den Kölner Wohnungsmarkt, insbesondere aber für die Bewohner im Porzer Süden, die seit Jahrzehnten auf eine Verbesserung der Situation warten. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem gemeinsamen interfraktionellen Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frenzel. - Herr Götz, bitte.

Stefan Götz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Porz-Zündorf beschäftigt uns schon seit vielen Jahren wenn nicht gar Jahrzehnten. Die Ortsumgehung und die Verlängerung der Linie 7 dürfte schon seit 30, 40 Jahren diskutiert werden. Von daher ist es gut, dass wir das Thema heute auf der Tagesordnung haben.

Vor allen Dingen ist es gut, dass Einvernehmen besteht, dass erst die Infrastruktur für den Verkehr da sein muss, bevor die Bebauung erfolgen kann. Das liegt natürlich auch daran, dass Teile von Zündorf-Süd bereits realisiert sind und, wie von Kollege Frenzel schon dargestellt, die Verkehrsinfrastruktur sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße an der Kapazitätsgrenze angekommen ist. Wir können es uns nicht mehr leisten, wie es in früheren Jahren vielleicht noch ging, zu warten, bis die Leute dort wohnen, und erst dann darüber nachzudenken, wie sie sich ohne Auto von dort fortbewegen können.

Wir haben zwei entscheidende Weichenstellungen vor uns:

Die eine entscheidende Weichenstellung betrifft die Verbreiterung der A 59 und das damit verbundene Planstellungsfestverfahren, in dem derzeit die Anbindung der Ortsumgehung Zündorf nicht vorgesehen ist, weil sie nur unter „Weiterer Bedarf“ im Landesstraßenbedarfsplans verortet ist. Wir haben im Verkehrsausschuss schon einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Verwaltung ist da ganz auf unserer Seite, sodass wir im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens entsprechenden Änderungen beantragen werden. Wir sind auch guten Mutes, dass uns das gelingen wird, weil die Signale aus dem Landesverkehrsministerium durchaus positiv sind.

Die zweite entscheidende Weichenstellung ist die Verlängerung der Linie 7. Politisch sind die Beschlüsse im NVR und im Regionalrat getroffen, die Linie 7 zu verlängern, perspektivisch über Niederkassel bis nach Bonn-Beuel, im ersten Schritt aber sicherlich noch etwas kürzer. Die neue Landesregierung hat andere Kriterien angelegt, um die Förderung solcher Maßnahmen voranzutreiben. Wir müssen also nicht erst Wohnungen bauen, wir brauchen auch keinen beschlossenen Bebauungsplan, sondern es reicht, wenn die entsprechenden Wohnbaupotenziale im Regionalplan oder im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Und das ist hier in Zündorf-Süd und im Porzer Süden der Fall. Von daher haben wir in Punkt 2 unseres Antrags die Aufforderung an die KVB festgehalten, die Planungen wieder aufzunehmen und sie voranzutreiben. Das Land hat zugesagt: Wenn eine entsprechende Planungstiefe da ist - das bedeutet: bis zur Leistungsstufe 2 HOAI -, dann entscheidet es über die Förderung.

Da man nie weiß, wie solche Prozesse ausgehen, haben wir in Punkt 3 formuliert: Wir wollen alle Finanzierungsmöglichkeiten sowohl für die Ortsumgehung als auch für die Schiene geprüft haben, weil wir endlich vorankommen wollen in diesem Punkt.

Der vierte Punkt unseres Antrags bekräftigt noch einmal, dass wir erst die Verkehrsinfrastruktur haben wollen. Die Punkte 5, 6 und 7 beschäftigen sich mit der weiteren Bebauung. Insbesondere das Thema Kaltluftschneise wird noch ein ganz spannendes Thema werden. Das war es in Köln eigentlich immer schon. Das war bereits Thema bei der Schaffung des Inneren Grüngürtels unter Konrad Adenauer.

Wenn ich richtig informiert bin, wird sich die FDP unserem gemeinsamen Antrag anschließen. Ich sage jetzt schon zu, dass wir den Ergänzungsvorschlag, den sie gleich vortragen wird, mittragen werden.

Ich freue mich, dass wir dann einen einvernehmlichen Beschluss in diesem Rat fassen. Damit haben wir gute Chancen, beim Land unsere Projekte durchzusetzen. Das sollten wir in solchen Fragen, glaube ich, häufiger machen. Ich freue mich, wenn Bernd Petelkau und Martin Börschel Seit an Seit für die Kölner Beschlüsse und die Kölner Interessen kämpfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das kann nur gut sein für uns alle. Das kann nur gut sein für Köln. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Götz. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, es ist die Stunde der Porzerinnen und Porzer.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was uns die Eingemeindungen gebracht haben!)

- Ja, mich zum Beispiel. - Seit ich mich in der Politik in Köln und Porz engagiere, sind die Verlängerung der Linie 7 und Zündorf-Süd ein Thema. Ich finde es sehr gut - das war immer meine Linie -, dass wir die großen politischen Herausforderungen, nämlich Wohnungsbau und Mobilität, heute gemeinsam angehen. Das ist bei diesen Themen von herausragender Bedeutung. Ich bedanke mich bei allen beteiligten demokratischen Parteien, dass wir in der Frage den Weg wieder gemeinsam gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Vorredner, Herr Götz und Herr Frenzel, die beide Zündorfer sind, haben noch einmal klar die Herausforderungen und Schwierigkeiten aufgelistet, aber auch die Erwartungen der Zündorfer Bevölkerung benannt. Sie wurde immer wieder mit dem Versprechen hingehalten, die Linie 7 würde kommen, dann aber kam sie doch nicht, sie warten heute noch darauf.

Das Gleiche hätte ich, lieber Herr Michel, auch bei Rondorf erwartet. Da gab es nämlich den gleichen Duktus: zuerst die Bahn und dann das Wohnen. Um für Wohnungsbau in unserer Stadt mehr Akzeptanz zu schaffen, müssen wir diese Linie fortsetzen und klar sagen: Zuerst muss der ÖPNV da sein, dann kommt die Bevölkerung, und nicht: Die Leute ziehen dorthin und erst 10, 15, 20 Jahre später kommt die Bahnanbindung. Ich glaube, eine solche Haltung können wir uns nicht mehr leisten.

In den Workshops - im Jahr 2014 gab es zwei Zielfindungsworkshops unter Beteiligung der dortigen Bürgervereine, die vor Ort auch sehr aktiv sind - ging es zum einen um das Thema „Verlängerung der Linie 7“ verbunden mit der ganz klaren Erwartungshaltung, dass sie kommt.

Zum anderen ging es dort um die ökologischen Aspekte. Wir befinden uns hier in einem hochsensiblen ökologischen Raum. Es ist nicht nur eine Kaltluft-, sondern eine Frischluftschneise und gleichermaßen ein Kaltluftentstehungsgebiet. Davon haben wir nicht mehr viele. Wenn man sich die Topografie vor Ort anschaut, sieht man, dass auf den Äckern noch ein Altarm des Rheins erkennbar ist. Dort entsteht unheimlich viel Kaltluft. Diese Kaltluft muss dort auch weiterhin entstehen können.

Wenn wir diese Siedlungen dort bauen - wir reden hier über 2.500 Wohneinheiten und 4.500 bis 5.000 Menschen, die dort einmal ansässig sein werden; das ist eine Arrondierung von ganz Zündorf -, dann müssen wir für die künftige Siedlungsstruktur genau diese Aspekte mit berücksichtigen. Wir brauchen „grüne Finger“ in die Siedlungen hinein. Wir brauchen Versickerungsmulden. Wir müssen wirklich State of the Art sein, um die ökologischen Funktionen, die der Raum hat, mindestens zu halten, vielleicht sogar noch zu verstärken.

Wir reden ja nicht nur von Siedlungsbau. Von diesen 54 Hektar dort sollen 9 bis 11 Hektar öffentliche Grünfläche sein. Diese öffentliche Grünfläche muss ordentlich angelegt werden, sie muss klug angelegt werden, und sie muss die ökologischen Aspekte, die der Raum jetzt hat, verstärken oder zumindest im gleichen Maße - das ist das Minimum - aufrechterhalten. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir kämpfen gegen die Erwärmung der Stadt. Da ist dieses Gebiet ein wichtiges Gebiet. Da heißt es, auch Stichworte wie „Bauen mit der Sonne“ aufzugreifen.

Wir schaffen mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort, wenn sich die Situation für die Menschen dort verbessert. Das gilt natürlich auch für die Schulen. Wir müssen dort auch neue Schulen planen; denn alle Schulen dort sind jetzt schon rappelvoll.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Auch bauen!)

Wir müssen Schulen nicht nur planen, sondern auch bauen. Dann entsteht dort eine Arrondierung, die wichtig ist.

Die Porzer tragen jetzt schon wesentlich zur Bedarfsdeckung an Wohnraum in dieser Stadt bei. Das dürfen wir uns nicht verhageln. Wir müssen die an uns alle gerichteten Erwartungen ernst nehmen und die Wünschen, die Bedürfnisse und die berechtigten Sorgen der Porzer aufnehmen. Wenn die Linie 7 verlängert wird und die ökologischen Aspekte beachtet werden, bin ich guter Dinge, dass Zündorf-Süd ein gutes Projekt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Jahn. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend gab es im Domforum eine spannende Veranstaltung, organisiert von „Suchet der Stadt Bestes“; ein schwieriger Name. Dahinter steht, wenn ich es richtig überblicke, die katholische Kirche. Es waren viele Vertreterinnen und Vertreter aus allen relevanten Bereichen der Gesellschaft anwesend, von der katholischen Kirche, den Gewerkschaften, dem Mieterbund, der Wohnungswirtschaft, sowohl von der privaten als auch der öffentlichen. Es waren auch sehr viele Diskutantinnen und Diskutanten dort.

Bei dieser Veranstaltung wurde einmal mehr deutlich, dass das Thema Wohnungsknappheit und Wohnungsnot in der Stadt immer gravierender wird. Es wurden von etablierten Organisationen Szenarien vorgestellt, aus denen hervorging, dass die eklatante Wohnungsnot, die sich hier zusammenbraut, den sozialen Frieden in der Stadt erheblich gefährden wird.

Von daher ist es natürlich richtig und gut, dass wir uns hier heute erneut mit der Wohnungspolitik befassen. Es gibt aber auch Zweifel. Zumindest wir haben Zweifel, ob die Bekräftigung von Beschlüssen uns auf dem Weg zur Überwindung der Wohnungsnot tatsächlich weiterbringt.

(Beifall bei der FDP)

Wir als Oppositionskraft haben in der Vergangenheit versucht, das eine oder andere in dieser Frage anzustoßen. Das eine oder andere ist gelungen, das eine oder andere nicht. Ich möchte noch einmal an die großen antragstellenden Fraktionen appellieren: Meiner Meinung müssen Sie sich noch einmal genau überlegen, was Sie strukturell ändern wollen und müssen, um Flächen schneller entwickeln zu können. Das war gestern Abend das zentrale Thema. Darauf sind alle eingegangen, auch die Vertreter der Parteien, die hier im Rat vertreten sind, selbst wenn sie gestern als Vertreter von Gewerkschaften und Mieterverein fungierten. Es waren Vertreter von CDU, SPD und Grünen, die gesagt haben: Wir haben ein Problem: Wir haben Flächen, aber diese Flächen werden zu langsam entwickelt, zu langsam baureif gemacht.

Meine Damen und Herren von den großen Fraktionen, bitte denken Sie darüber noch einmal nach, wenn Sie jetzt den neuen Baudezernenten einstellen. Das muss ein Baudezernent sein, der auf diesem Gebiet topfit ist, der auf diesem Gebiet schon etwas geleistet hat, der Flächen zügig entwickeln kann, damit wir Wohnungen schnell bauen. Wir brauchen 6.000 Wohnungen im Jahr. Andere sagen mittlerweile: Es müssen 8.000 Wohnungen sein. Wir wollen uns jetzt gar nicht auf eine genaue Zahl festlegen, aber ein großer Teil dessen müssen bezahlbare Wohnungen sein. Machen Sie das bitte!

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderes Thema war gestern Abend die Wohnbauleitstelle. Sowohl von der privaten als auch von der kommunalen Wohnungswirtschaft wurde gesagt: Ja, es ist gut, dass wir diese Wohnbauleitstelle haben, aber sie muss auch Schmackes haben. Sie muss auch Kompetenzen haben. Sie muss als Taskforce aufgestellt sein. Sie muss den Hut aufhaben, wenn es darum geht, wie Flächen dieser Stadt künftig zu bebauen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir tragen den Antrag natürlich mit; das ist klar. Wir wollen, dass Zündorf-Süd entwickelt wird. Ich habe nur Bedenken, ob dieser Antrag die Wirkung einer Rakete haben wird, die es braucht, um das Projekt dort zu starten.

Allerdings: Mit Punkt 4 des Antrags haben wir ein echtes Problem, auch wenn inzwischen relativiert wurde, dass das so nicht gemeint sei.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Nein, lieber Herr Kienitz. Das müssen Sie sich schon noch anhören. Ich habe noch 11 Sekunden Redezeit. - In Punkt 4 Ihres Antrags heißt es:

> Der Rat bekräftigt, dass eine Bebauung in Zündorf-Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur … erfolgen kann.

Warum steht dieser Satz dort drin? Wir wissen, dass wir die Priorität auf den Wohnungsbau setzen müssen. Streichen Sie bitte das Wörtchen „nach“ und ersetzen Sie es mit „parallel“. Dann können Sie einen einstimmigen Beschluss dazu erreichen. Anderenfalls

beantrage ich Einzelabstimmung über Punkt 4. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass wir heute hier im Rat erneut über die Verkehrssituation in Porz sprechen, auf der anderen Seite ist das eigentlich ein Trauerspiel; denn wir sprechen seit über 40 Jahren über die Verlängerung der Linie 7 und eine Entlastungsstraße für den Porzer Süden.

In der Vergangenheit - das wissen Sie alle - hatten wir Schwierigkeiten mit der Trassenführung. Ich erinnere an die jahrzehntelangen Verhandlungen mit den ortsansässigen Bauern. Irgendwann haben wir uns endlich mit ihnen einigen können. In vielen Sitzungen wurden auch für die Entlastungsstraße verschiedene Varianten geprüft. Nicht immer gab es Einigkeit.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren sind wir doch ein Stück weitergekommen. Wir alle wollten die beste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger in Porz. Ich glaube, mittlerweile wollen wir nur noch eine Lösung, die schnell zu realisieren ist.

(Beifall bei der FDP)

Bereits 2014 haben wir hier gemeinsam all die Punkte, die in dem gemeinsamen Auftrag aufgelistet sind, einstimmig beschlossen. Das heißt: Wir bekräftigen heute nur noch einmal die Beschlusslage und unseren Willen, den Verkehr im Porzer Süden endlich zu entlasten.

Damit das tatsächlich passieren kann, müssen wir intensive Verhandlungen mit unseren Nachbarkommunen führen und diese nun endlich einleiten. Daher möchten wir, wie bereits angekündigt, den Antrag um einen Punkt 8 erweitern, der wie folgt lautet - ich zitiere -:

> Mit den Nachbarkommunen sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Ergänzung können wir gemeinsam den Beschluss auf 2014 heute noch einmal stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen endlich in die Umsetzung kommen, statt alle drei Jahre dieselben Beschlüsse zu Papier bringen. Wir brauchen endlich die Entlastungsstraße. Wir brauchen endlich die Verlängerung der Linie 7. Wir können den Porzerinnen und Porzern nicht die nächsten 40 Jahre Versprechungen machen, die wir nicht halten können. Deswegen: Endlich anpacken! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Laufenberg. - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Ich mache es vom Platz aus. - Die Kollegin Jahn hatte einen Punkt angesprochen in Bezug auf Rondorf-Nordwest und das dortige Planverfahren. Liebe Kollegin Jahn, wir sind bei Rondorf-Nordwest gar nicht weit auseinander. Wir haben uns, ehrlich gesagt, über Ihren Änderungsantrag etwas gewundert und diesen auch nicht für richtig gehalten; denn er beinhaltet, dass Bebauung und Verkehr nacheinander und nicht parallel abgearbeitet werden, wie wir es in diesem Verfahren hier machen wollen. Damit verliert man natürlich viel Zeit. Die Planverfahren müssen parallel abgearbeitet werden. Das betrifft genau das, was unser Fraktionsvorsitzender Martin Börschel heute Nachmittag gesagt hat, nämlich: Warum muss das alles in dieser Langsamkeit nacheinander erfolgen? - Das ist genau das, was auch Michael Weisenstein von der LINKEN in seinem Redebeitrag angesprochen hat.

Lieber Michael Weisenstein, noch ein Hinweis: Wir haben schon darüber nachgedacht, über welche Kernkompetenzen der neue Baudezernent verfügen muss. Wir wissen, er muss vor allem Kernkompetenzen im Bereich Wohnungsbau aufweisen. Zu Ihrer Aufforderung, wir sollten noch einmal darüber nachdenken, was wir strukturell ändern müssen, um Flächen schneller bereitzustellen: Die strategische Änderung, die schon bei den Anmeldungen für dieses Jahr für den ÖPNV-Bedarfsplan zur

Anwendung kam, ist, zu sagen: Gerade die neuen Baugebiete wollen wir so in den ÖPNV-Bedarfsplan einbinden, dass die Bahn schon fährt, wenn die Bewohner dort einziehen. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Frenzel. - Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Hr. Frenzel, vielleicht können wir noch einmal gemeinsam zu Frau Blome gehen und uns das Projekt Rondorf-Nordwest dahin gehend erläutern lassen, dass die Behauptung, es würde zu Verzögerungen kommen, wenn wir die Förderfähigkeit der vierten Baustufe vorher prüfen lassen, nicht zutrifft. Es wird zu keinerlei Verzögerungen kommen. Das ist auch im Ausschuss noch einmal deutlich gemacht worden. Wir sind aber jetzt bei Zündorf-Süd - auch im Süden, aber andere Rheinseite, anderes Gebiet.

(Michael Frenzel [SPD]: Ich habe das Thema nicht angesprochen!)

Deswegen würde ich vorschlagen, das im Nachhinein zu besprechen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, wir würden irgendetwas verzögern. Das tun wir natürlich nicht. Aber jetzt bleiben wir beim Projekt Zündorf-Süd, okay?

(Michael Frenzel [SPD]: Sehr gerne!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen? - Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen mit der mündlich vorgetragenen Ergänzung der FDP, die von den Antragstellern übernommen wurde. Ich verlese noch einmal den ergänzten Punkt 8:

> Mit den Nachbarkommunen sind die Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für die Verkehrswege zu forcieren.

Auf Antrag der LINKEN stimmen wir zunächst über Punkt 4 ab. Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist Punkt 4 beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die übrigen Punkte. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann sind die Punkte einstimmig beschlossen.

Es folgt die Gesamtabstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von GUT. Damit ist der Antrag angenommen. - Das hat Jahrzehnte gedauert.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.7 auf:

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Einführung der Möglichkeit von Stadtverweisen in die Stadtordnung bei Missachtung von erteilten Platzverweisen“ AN/1580/2017

Zunächst Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stadtordnung kann nicht um die Möglichkeit von Stadtverweisen ergänzt werden, weil es dafür an der erforderlichen landesgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage fehlt. Insofern würde bei antragsgemäßer Beschlussfassung dieser Beschluss beanstandet werden müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeitung *Die Welt* berichtete im April dieses Jahres unter dem Titel „Das sind die ‚verrufenen und gefährlichen Orte‘ in NRW“ über eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag. Aus der Antwort des Innenministeriums geht hervor, dass es in Nordrhein-Westfalen circa zwei Dutzend Örtlichkeiten gibt, an denen die Polizei sich das Recht herausnimmt, ohne Vorwarnung Personalien festzustellen und zu kontrollieren. Und Köln? Köln vereint, laut Antwort des Innenministeriums, von diesen circa 25 sogenannten No-go-Areas 13 auf sich. 13 von 25 befinden sich im Stadtgebiet von Köln. - Diese Zahlen können Sie nachlesen in der Drucksache vom 12.04.2017, Nr. 16/14861.

Die Reaktion der Politik in der Stadt Köln - das war zehn Tage vor dem Bundesparteitag der AfD - bestand darin, sich nicht darum zu

kümmern, wie man die rechtsfreien Räume in Köln abstellen kann. Nein, es wurde ein sogenannter Aufstand gegen Rechts organisiert. Ich finde, das ist ein bemerkenswerter Vorgang.

Meine Damen und Herren, Köln ist Hauptstadt der No-go-Areas in Nordrhein-Westfalen. Das ist die bittere Wahrheit. Es darf uns allen hier nicht egal sein, dass die Kölner Silvesternacht mittlerweile fast so bekannt ist wie der Kölner Dom. Es darf uns allen hier nicht egal sein, wenn 52 Prozent der nordrhein-westfälischen No-go-Areas sich innerhalb der Grenzen unseres Stadtgebietes befinden.

Es darf uns auch nicht egal sein - wir haben das ja heute Nachmittag diskutiert -, wenn in den letzten Wochen und Monaten ein weiterer Platz zu einer No-go-Area wird, nämlich der Ebertplatz. Ich weiß nicht, wie Sie das Ihren Wählern in Ihren Wahlkreisen erklären, dass wir uns jetzt schon wieder hier im Rat mit diesem Thema beschäftigen. Wie wir recherchiert haben, geht es schon seit 1998 immer wieder um den Ebertplatz. Das heißt: Im kommenden Jahr sind es 20 Jahre Diskussion um die Umgestaltung des Ebertplatzes. Das, was die Kölnerinnen und Kölner wollen, ist ganz einfach - ich sagte es vorhin schon -: Sie wollen ihren Ebertplatz zurück. Noch einmal, meine Damen und Herren: Das ist nicht zu viel verlangt.

Deshalb schlagen wir vor, in die Stadtordnung den Stadtverweis als zusätzliche Sanktion mitaufzunehmen. Das würde der Polizei die Möglichkeit geben, längerfristig Verweise auszusprechen. Andere Städte tun das bereits:

Bad Kreuznach hat ein nächtliches Aufenthaltsverbot in einigen Brennpunkten ausgesprochen und auch durchgesetzt. - Es geht also.

Die Stadt Salzgitter hat eine Stadtstreife, die gemeinsam mit der Polizei patrouilliert, mit sämtlichen Befugnissen ausgestattet, um entsprechend durchgreifen zu können.

Selbst die Stadt Düsseldorf hat die Möglichkeit ausgeschöpft, für bestimmte Personen ein Aufenthaltsverbot bis zu einem Jahr auszusprechen. Beispielsweise wurde konkret für eine Person die Auflage ausgesprochen, die Düsseldorfer Altstadt nicht mehr zu betreten. Manche von Ihnen mögen jetzt vielleicht denken: Ein Jahr nicht in die Düsseldorfer Altstadt, wo ist da die Strafe?

Noch einmal: Diese Beispiele zeigen: Es geht, wenn der politische Wille vorhanden ist. Dazu muss man kein hartgesottener Law-and-Order-Mensch sein. Es würde reichen, wenn wir in Köln einmal das beherzigen, was Tony Blair in seiner Zeit als Innenminister gesagt hat. Er hat sein Sicherheitskonzept in zwei Sätzen formuliert: „Hart gegen Kriminelle. Hart gegen die Ursachen von Kriminalität.“ - Was Letzteres angeht, sind wir in Köln schon ganz rührig, aber weitgehend erfolglos unterwegs: Streetworker, Workshops gegen Gewalt bis der Arzt kommt. Aber, meine Damen und Herren, das Erste gehört auch dazu: Hart gegen Kriminelle. Dazu wäre ein Stadtverweis ein erstes Zeichen. Das ist ein probates Mittel. Es ist ein Mittel, das wehtut, und es ist ein Mittel, das wirken würde.

Leisten Sie einen Beitrag dazu, den Kölnerinnen und Kölnern ihren Ebertplatz wie auch andere No-go-Areas zurückzugeben! Stimmen Sie mit uns für diesen Antrag, die Möglichkeit, Stadtverweise in die Stadtordnung aufzunehmen, zu prüfen! - Danke schön.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Freiwillige Weiterführung des Rates für Integration“
AN/1324/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017
3352/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt uns allen vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Ich sehe keine.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „COP 23 - Erreicht die Stadt Köln ihre Klimaschutzziele?“
AN/1345/2017

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2017
3233/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt uns ebenfalls vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Frau Oberbürgermeisterin Reker ist jetzt ja nicht anwesend. Sie hat die Antwort gezeichnet. Daher würde ich meine Nachfrage gern an anderer Stelle stellen. Es geht mir darum, dass die Stadtverwaltung sich erst 2018 über die Priorität von Klimaschutz ausführlich Gedanken machen möchte. So wird in der Antwort es dargestellt. Dazu hätte ich dann noch eine Nachfrage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Dann erfolgt die Beantwortung schriftlich. Einverstanden? - Gut.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch - Was tut die Oberbürgermeisterin?“
AN/1355/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017
3501/2017

Die Antwort liegt uns vor. Gibt es dazu Nachfragen. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Vielen Dank auch an die Verwaltung für die Beantwortung unserer Anfrage. Ich habe lediglich zu zwei Punkten noch Nachfragen.

Meine erste Nachfrage bezieht sich auf den Punkt 2. Dort geht es um die Entwicklung auf dem Areal Krefelder Straße/Innere Kanalstraße. In der Antwort ist ausgeführt, Ziel sei es, Lösungsansätze zu erarbeiten. Meine Frage ist, ob die Verwaltung Aussagen dazu machen kann, wann denn mit diesen Lösungsansätzen zu rechnen ist.

Meine zweite Nachfrage bezieht sich auf den Punkt 4, in dem auch die Funktion der Wohnungsbauleitstelle und deren Ziele dargestellt werden. Ich habe mich gefragt: Hat die Wohnungsbauleitstelle denn auch Durchgriffsrechte? Hat sie also auch die Möglichkeit, in der Ämterabstimmung bestimmte Entscheidungen herbeizuführen, damit sie ihre Arbeit auch effektiv tun kann und Hemmnisse entsprechend aus dem Weg geräumt werden können?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Frenzel, zu dem Punkt 2, dem Areal Krefelder Straße/Innere Kanalstraße, gibt es eine Beschlusslage im Liegenschaftsausschuss, auf die wir zeitnah antworten wollen. Da sind wir ja beauftragt, zu einem bestimmten Zeitpunkt auch Ergebnisse vorzulegen, was die Ausnutzung des Grundstücks mit Wohnungsbau betrifft. Wir werden also weiterhin dem Liegenschaftsausschuss laufend berichten. Es hängt dann auch mit den Ersatzgrundstücken zusammen, in welcher Konstellation eine entsprechende Lösung für die Bauwagenleute erst erfolgen kann.

Die Wohnungsbauleitstelle soll als Projektmanagementeinheit ausgerichtet werden - mit dem Ziel, eine gesamtstädtische Koordinierung vorzunehmen, und zwar mit eindeutigen Aufträgen durch die Oberbürgermeisterin, auch controlled durch den Verwaltungsvorstand. Das soll also gesamtstädtisch erfolgen. Das heißt, dass in dieser Managementeinheit dann auch die Entscheidungen herbeigeführt werden, und zwar auch dezernatsübergreifend.

Eben haben Sie ja auch schon zwei Leuchttürme beschlossen. Das ist einmal Zündorf und natürlich auch Rondorf. Das sind klassische Beispiele, die dort dann auch gesamtstädtisch koordiniert werden. Damit kommen wir auch genau der Herausforderung entgegen, dass wir jetzt Infrastruktur und Wohnungsbau in dieser Stadt hier gemeinsam entwickeln sollen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Blome.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Symposium Silvester 2017: Was plant die Stadt Köln an Silvester?“ AN/1365/2017

Antwort der Verwaltung vom 14.11.2017 3338/2017

Da liegt uns auch die Beantwortung der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Danke für die Beantwortung. Die Antwort ist zwar relativ kurzfristig eingegangen; wir haben sie erst heute erhalten. Aber sie ist in Ordnung.

Ich erlaube mir aber noch eine kleine Anmerkung zu Punkt 3. In der Anfrage geht es ja darum, was die Stadt Köln an Silvester plant. Unsere Frage 3 lautet:

> Plant die Stadt Maßnahmen, um insbesondere auch an die Verantwortung von jungen Männern zu appellieren, sich gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt zu wenden, und um allgemein die Zivilcourage zu stärken?

Da ist die Antwort ein bisschen schmallippig. Zu einer ähnlichen Frage, die wir im Jugendhilfeausschuss gestellt haben - dort ging es um Präventionsangebote; aus unserer Sicht sollte man auch versuchen, Männer und insbesondere junge Männer damit anzusprechen - hat die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dahmen, die jetzt leider nicht im Saal ist, ein bisschen mehr ausgeführt. Jetzt will ich nicht für sie sprechen. Mit dem, was sie uns da vor einer Woche gesagt hat, war ich aber deutlich zufriedener als mit dem, was hier in der Antwort steht. Wie gesagt, will ich jetzt nicht in ihrem Namen sprechen. Vielleicht zusammenfassend nur so viel: Sie sagt, dass sie zwar noch nicht so lange im Amt ist, aber auf jeden Fall mit den Schulen und allen möglichen Trägern in diesem Zusammenhang schon Gespräche führt, um dieses Thema deutlich auszuweiten.

Die hier schriftlich gegebene Antwort reicht mir heute auch. In einigen Monaten werde ich da aber noch einmal nachfragen, um entsprechende Projekte - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Haben Sie denn eine Nachfrage, Herr Hegenbarth? Das war jetzt eine Anmerkung.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ja. Mir war es nur wichtig, darauf hinzuweisen, weil diese Antwort erst heute gekommen ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das ist angekommen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Lehrerinnen mit Kopftuch an Kölner Schulen“ AN/1470/2017

Antwort der Verwaltung vom 23.10.2017 3157/2017

Da liegt uns die Antwort der Verwaltung ebenfalls vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unserer Anfrage geht es um den Einsatz von zwei Lehrerinnen an der Albert-Schweitzer-Realschule in Ostheim, die dort mit islamischem Kopftuch unterrichten. In der Antwort der Verwaltung steht unter anderem, der Stadt sei nichts von einer Störung des Schulfriedens bekannt; es lägen keine Informationen über Beschwerden vor.

Wir haben da einen etwas anderen Kenntnisstand. Deswegen möchte ich jetzt einmal nachfragen - die Antwort der Verwaltung ist ja vom 23. Oktober 2017 datiert -, ob in der Zwischenzeit noch Beschwerden eingetroffen sind, ob die Stadtverwaltung davon noch Kenntnis erlangt hat oder ob der Stadt Informationen über Beschwerden vorliegen, die direkt an die staatliche Schulaufsicht bei der Bezirksregierung gegangen sind. Da wird es ja sicher auch einen Informationsaustausch geben. Denn es wäre schon schade, denke ich, wenn

hier eine eventuell falsche Information in der Verwaltungsantwort stehen bleiben würde.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, die Frage wird dann schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen“ AN/1610/2017

Die Antwort der Verwaltung wird zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln“ AN/1616/2017

Diese Anfrage wird auch zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln“ AN/1615/2017

Auch diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Jetzt komme ich zu:

6 Ortsrecht

Ich rufe auf:

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln 2617/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist 6.1.1 beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 30.08.2011 3133/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 6.1.2 angenommen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwassergebührensatzung 2018 2860/2017

Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Damit ist auch 6.2.1 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Abschluss eines 4-Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Komponenten des digitalen Bündelfunks 0356/2017

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.1 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 1887/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Von der LINKEN. Damit ist 10.2 auch angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2015 für die Bühnen Köln 2161/2017

Gibt es dazu Anmerkungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt

es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.3 ebenfalls angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gegenüber dem erweiterten Baubeschluss zur Umsetzung des Brandschutzes an der Haltestelle Poststraße gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Stadtbahnhst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz - Bahnsteiganhebungen 2290/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.4 auch beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Umweltbildungszentrum auf Gut Leidenhausen 2304/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich habe eine Frage. Ich bin nicht in dem entsprechenden Ausschuss, bin aber etwas irritiert, weil ich dazu sowohl Mailverkehr als auch diverse Anrufe, die sehr lange gedauert haben, bekommen habe. Vielleicht kann mich jemand kurz aufklären.

Es geht hier ja um Folgendes:

> Der Rat der Stadt Köln beschließt im Rahmen des ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes die Gründung eines Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen, …

Nun habe ich die Information, dass es ein solches Konzept ja noch gar nicht gibt bzw. dass das alles im Entwurfsstadium ist. Ich will jetzt nicht näher darauf eingehen, von wem das kommt; aber es ist im Oktober dieses Jahres an einen ziemlich großen E-Mail-Verteiler geschickt worden.

Vielleicht klären Sie mich auf. Sonst müsste ich mich an dieser Stelle enthalten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rau wird Sie aufklären.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist nett.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Bürgermeisterin! Herr Hegenbarth, ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht im Detail darüber informiert bin, ob ein Konzept vorliegt. An und für sich liegt eines vor; denn es gibt ja schon einen Betrieb dieses Umweltzentrums. Insofern arbeitet es auf der Grundlage eines Konzeptes. Dass das Konzept weiterentwickelt wird, ist, glaube ich, relativ klar. Davon, dass es eines gibt, gehe ich aus.

Ich kann da aber noch einmal schriftlich etwas nachreichen, wenn das hilft.

(Zuruf von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT])

- Ja, das machen wir so.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Rau.

Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Hegenbarth. Damit ist auch 10.5 angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e. V.) für die Jahre 2018 - 2020 2328/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.7 auch so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Verlängerung Auszugsmanagement 2338/2017

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/1620/2017**

Mir liegt eine angemeldete Wortmeldung von Herrn Paetzold zum Änderungsantrag von SPD und LINKEN vor. Bitte.

Michael Paetzold (SPD): Liebe Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Auszugsmanagement für Flüchtlinge ist eine der größten Erfolgsstorys, die wir in den vergangenen Jahren haben erleben dürfen. Unglaubliche Summen konnten dadurch eingespart werden, dass Menschen aus Gemeinschaftsunterkünften, die ohnehin nicht gut für sie sind, in Wohnungen übersiedeln konnten.

Deshalb begrüßen wir die Vorlage der Verwaltung, in der es darum geht, dieses Auszugsmanagement zu verlängern, sehr. Wir halten es für ausgesprochen klug, drei Vollzeitstellen unbefristet zu finanzieren.

Für überhaupt nicht klug halten wir es aber, die weiteren vier Stellen nur befristet für zwei Jahre zu finanzieren. Ich nenne Ihnen zwei Gründe dafür.

Erstens. Es ist nicht gut für unsere Stadt. Denn diese Mitarbeiter, die jetzt schon einige Zeit im Geschäft sind, sind gut vernetzt, haben eine erhebliche Expertise entwickelt und verfügen über eine große Erfahrung. Was werden die Mitarbeiter denn tun, wenn ein solcher Arbeitsplatz noch einmal auf zwei Jahre befristet wird? Sie werden sich auf dem Arbeitsmarkt umsehen und sich möglichst etwas anderes, Unbefristetes suchen. Dann sind sie weg. Wir brauchen diese Menschen aber. Wir brauchen ihre Expertise und ihre Erfahrung.

Insofern halten wir es für deutlich klüger - deshalb fordern wir das auch in unserem Änderungsantrag -, diese Stellen ebenfalls unbefristet zu finanzieren. Denn wir brauchen die Mitarbeiter mit Erfahrung in dem - das muss ich Ihnen ja nicht erklären - immer schwieriger werdenden Wohnungsmarkt.

Zweitens. Es ist - das ist für uns genauso wichtig - nicht gut für die Menschen, die dort arbeiten. Wenn jemand, der einen anerkannt guten Job für die Stadt und für die Bürger dieser Stadt macht, dann mit einer weiteren Befristung seiner Arbeitsstelle „belohnt“ wird, hat das nicht viel mit Respekt zu tun. Respekt sieht für uns anders aus; insbesondere dann, wenn es keinen rechten Grund für eine solche Befristung gibt. Respekt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heißt für meine Fraktion: unbefristete Arbeitsplätze, wo immer es geht, und natürlich Tariflohn. Denn nur das eröffnet Perspektiven für eine Lebensplanung. Stellen Sie sich vor, Sie müssten alle zwei Jahre um ihren Job fürchten. Dann können Sie keine Familie gründen; dann können Sie nicht planen. So geht das einfach nicht.

Wir glauben, dass unsere Stadt Köln bzw. unsere Verwaltung da eine Vorbildfunktion hat. Wir müssen das, was wir von anderen ständig fordern, auch selber machen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

- Danke schön. - Deshalb glauben wir, dass es nicht nur gut, sondern einfach notwendig ist, den Trägern die Entfristung dieser vier Stellen zu ermöglichen. Wir brauchen sie. Es tut den Leuten gut.

Daher bitte ich Sie: Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, und stimmen Sie - diesmal sage ich es richtig - unserem Änderungsantrag zu. Das ist gut für diese Stadt und für die Menschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Paetzold. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Im Rahmen verschiedener Korrekturen ist es uns jetzt gelungen, die Turnhallen leer zu ziehen und die Flüchtlinge etwas besser als in Turnhallen unterzubringen. Trotzdem werden wir im nächsten Jahr auf jeden Fall noch mindestens 1 500 Flüchtlinge haben, die nicht selber kochen können. Der zuständige Amtsleiter der Stadt Köln, Herr Ludwig, hat zugesichert, dass das ab 2019 ein Ende haben soll. Das ist sehr sportlich und sehr engagiert. Wenn uns dies gelingen würde, wäre das gut.

Trotzdem befinden wir uns jetzt im Prozess der Integration. Wir müssen in der Integration weiterkommen. Da spielt das Auszugsmanagement eine ganz entscheidende Rolle.

Das Auszugsmanagement hat insgesamt 2 300 Personen in Wohnungen vermittelt. Das ist sehr viel. Damit haben wir als Stadt insgesamt 17 Millionen Euro an Kosten gespart, die wir sonst hätten tragen müssen. Das sind grobe Rechnungen; gar keine Frage. Aber das ist die Hausnummer, die wir erreicht haben.

Deswegen halten wir es für richtig, beim Auszugsmanagement ein bisschen etwas draufzulegen, nämlich vier Entfristungen und 51 000 Euro. Das ist der Inhalt unseres Antrags. Damit würden wir in Sachen Integration noch einmal eine wichtige Weichenstellung vornehmen.

Daher appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Seien Sie nicht kleinlich, geben Sie Ihrem Herz einen Ruck, stimmen Sie für unseren Antrag, und lassen Sie uns damit die Verwaltungsvorlage verbessern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Paetzold und Herr Detjen, ich bin etwas erstaunt über diese Diskussion, weil wir sie auch schon gestern im Finanzausschuss geführt haben. Ein Änderungsantrag wird ja nicht dadurch besser, dass man ihn immer wieder aufwärmt. Wir können das natürlich machen. Dann wird die Ratssitzung immer wieder mit Diskussionen aus den Ausschüssen befrachtet.

Nun aber zur Sache selbst: Wir haben gestern im Finanzausschuss geklärt, dass das Recht, Stellen bei einem Träger zu befristen oder als unbefristet zu deklarieren, nicht bei uns liegt. Denn Arbeitgeber ist der jeweilige Träger - die Träger sind hier auch bekannt -, der wiederum Beschäftigungsverhältnisse mit den entsprechenden Fachkräften eingeht.

Als Stadt finanzieren wir diese Personalkosten als Transferaufwand. So steht es auch im Haushaltsplan. Das heißt, dass wir für x Stellen entsprechendes Geld zur Verfügung stellen.

Wenn wir jetzt so tun, als würden wir das unbefristet machen, ist das ein Fake. Warum? Geld freigeben können wir nur für ein Haushaltsjahr - und bestenfalls für die mittelfristige Finanzplanung, wobei das auch unverbindlich ist. Selbst wenn wir jetzt sagen: „2018 bis 2021“, kann der Träger dem Arbeitnehmer nicht die Sicherheit geben, dass er unbefristet beschäftigt ist. Ob der Arbeitgeber dies tut, liegt in seinem Ermessen. Denn wir wissen natürlich nicht, wie sich bezüglich dieser Aufgabe der Bedarf verändert. Es kann sein, dass die Einschätzung richtig ist, er werde auf demselben Level bleiben - oder auch nicht.

Aber das ist hier nicht die entscheidende Frage. Deshalb steht in der Vorlage auch: Wir finanzieren eine Aufgabe, die Aufgabe Auszugsmanagement; deren Wahrnehmung liegt bei verschiedenen Trägern, die hier genannt sind. - Das ist der Fakt. Insofern ist dies eine Spiegelfechterei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Selbst wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, hätte er keine Wirkung. Wir sind uns alle einig, dass das eine wichtige Aufgabe ist. Dafür stellen wir Geld zur Verfügung. Und darüber sollten wir reden. Wenn wir uns darüber einig sind, ist es schön. Aber wir sollten hier nicht über Potemkinsche Dörfer streiten. Denn das führt zu nichts. Es hilft weder den Betroffenen noch den Trägern. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Zunächst hat sich Herr Rau gemeldet. Bitte schön, Herr Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat haben wir gestern im Finanzausschuss darüber geredet. Herr Frank hat die Thematik genau benannt. Wir haben hier in der Beschlussvorlage der Verwaltung unsauber formuliert. Wir können in diesem Fall tatsächlich, wie Herr Frank ausgeführt hat, nicht von Arbeitsverhältnissen sprechen. Denn die Arbeitsverhältnisse werden zwischen dem Träger, der dann beauftragt ist, und den entsprechenden Arbeitnehmern abgeschlossen. Diese Verträge sind dann entweder befristet oder unbefristet.

Was wir gemeint hatten - darauf beziehen sich auch die in der Vorlage genannten Mittel -, ist Folgendes: Wir denken, dass kurzfristig für die nächsten zwei Jahre ein erhöhter Aufwand

notwendig und hilfreich ist, der sich ungefähr auf diese vier plus drei Stellen beziffert. Mittelfristig sehen wir die Möglichkeit eines abnehmenden Aufwandes. Daher wollen wir mittelfristig einen Teil dieser Leistung gerne weiter beibehalten, aber einen Teil möglicherweise zur Disposition stellen. Das würde dann die Haushaltsplanung für 2018 und 2019 sowie die Mittelfristplanung betreffen.

Daher hat das, was in der Verwaltungsvorlage zur Finanzierung formuliert ist, seine Richtigkeit. Die Formulierung, dass wir befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse haben, ist aber obsolet und sollte dann auch aus dem Beschluss herausgenommen werden.

Insofern rege ich an, gerne für 2018 und 2019 über die Summen, die hier eingetragen sind, zu beschließen und die mittelfristige Summe ab 2020 auch so zu beschließen, wie sie im Beschlussvorschlag enthalten ist. - Danke sehr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich habe jetzt Herrn Paetzold und dann Herrn Detjen auf der Rednerliste stehen. Bitte, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank für diese Ausführungen, Herr Dr. Rau. Das verklart den Redebeitrag des Kollegen Frank, den ich gar nicht verstanden habe, weil Sie in Ihrer Vorlage ja schreiben, dass Sie drei Vollzeitstellen unbefristet finanzieren. Das tun Sie auch. Sie sagen natürlich nicht: Herr Müller wird jetzt unbefristet eingestellt. - Das muss schon der Träger selber machen. Aber Sie versetzen den Träger in die Lage, jemanden unbefristet einzustellen, wenn er das will. Zumindest steht das so in Ihrem Beschlussvorschlag.

Der Dissens, den wir beide haben oder der unseren Änderungsantrag auszeichnet, ist folgender: Anders als die Verwaltung glauben wir, dass wir in zwei Jahren immer noch alle sieben Stellen brauchen werden. Denn es wird natürlich immer schwieriger werden, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen. Weil es ja immer weniger werden, wird es mehr Aufwand sein. Deshalb brauchen wir diese Menschen unbedingt. Ich habe gerade ausgeführt, warum es auch für die Stadt schlecht ist, wenn wir nicht zumindest die Möglichkeit schaffen, dass diese Menschen unbefristet beschäftigt werden können.

Nicht ganz klar ist mir im Moment, Herr Dr. Rau, worüber Sie die Bürgermeisterin jetzt abstimmen lassen wollen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Über die Vorlage!)

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Genau. Über die Verwaltungsvorlage.

(Martin Börschel [SPD]: Von der Sie gerade gesagt haben, dass sie falsch ist!)

- Sinngemäß können wir ja „befristete Arbeitsverhältnisse“ durch „mittelfristig“ und „unbefristete Arbeitsverhältnisse“ durch „langfristig“ ersetzen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, ich habe eine Bitte. Wir haben ja diesen Disput. Können wir denn nicht wenigstens die Vorlage so lassen, wie sie ist? Denn Sie kommen Herrn Frank viel weiter entgegen als notwendig. So viel will er gar nicht. Ihm geht es nur um die Befristung der Stellen. - Ich verstehe ja deine Logik. Das ist gar nicht die Frage.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mir geht es um die Freigabe von Mitteln!)

- Moment. - Den drei Akteuren, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Caritasverband und dem Kölner Flüchtlingsrat, ging es darum, zu erreichen, dass diese Stellen nicht jedes Jahr neu verlängert werden.

(Zuruf von der CDU)

- Moment. - In der Verwaltungsvorlage steht:

> Zur Erfüllung dieser dauerhaft erforderlichen Aufgabe werden drei Vollzeitstellen bei den Trägern unbefristet finanziert.

Unbefristet! Das ist das A und O dieser Diskussion. Dahinter sollten wir nicht zurückfallen, Herr Dr. Rau.

Über diesen Änderungsantrag können wir ja gerne abstimmen. Im Finanzausschuss ist er abgelehnt worden. Das ist auch okay. Jetzt können wir noch einmal darüber abstimmen, und dann ist es gut.

Deswegen schlage ich Folgendes vor: Sie lassen die Verwaltungsvorlage so, wie sie ist, und wir stimmen über unseren Antrag ab. Dann können Sie ihn ablehnen, und dann ist die Sache erledigt. - Das ist mein Vorschlag zum Verfahren.

Wir sollten das Ganze aber nicht ins Gegenteil dessen verkehren, was Sie wollen, Herr Dr. Rau.

Deswegen beantrage ich, über die Verwaltungsvorlage so abzustimmen, wie sie vorliegt, und über den Antrag auch abzustimmen. Dann werden wir sehen, was dabei herauskommt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Dr. Rau? - Gut. Dann Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin, vielen Dank dafür, dass Sie mir das Wort erteilen. - Es ist schon kurios. Erst entscheidet der Sozialausschuss nicht, sondern gibt es in den Finanzausschuss. Dann macht man es ganz raffiniert und gibt es auch noch in den Rat. Wir führen die Diskussion im Finanzausschuss und müssen sie hier im Rat noch einmal führen - über einen Änderungsantrag, bei dem ganz klar ist, dass er abgelehnt wird. Das finde ich schon kurios.

Lieber Herr Rau, als Verwaltung können Sie Ihre Vorlage ja auch immer für die nächste Ausschusssitzung verbessern. Niemand hindert Sie daran, sich in der Verwaltung zu verbessern. Wenn Sie meinen, Sie wollten das noch besser machen: kein Problem.

Aber darauf, eine Verwaltungsvorlage jetzt mündlich zu ändern, sollten Sie verzichten. Ich kann Sie nur bitten, das sein zu lassen. Ich weiß, dass die Verwaltung das schon richtig umsetzen wird. Dann wird eine neue Verwaltungsvorlage kommen, in die die Erkenntnis der Verwaltung, die immer besser wird, auch eingegangen sein wird.

Eines möchte ich hier aber nicht machen. Darum möchte ich noch einmal das verdeutlichen, was wir im Finanzausschuss gesagt haben: Diese Leute sind von den Trägern eingesetzt worden. Eingesetzt!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ja, ich weiß; das hören Sie gar nicht gerne.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Geschenkt!)

Es ist doch klar, dass sie auch für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Diese Befristung wurde doch nicht von der Stadt vorgenommen, die die Transferleistungen zahlt, sondern von den Trägern selbst. Die Träger können die Stellen doch entfristen, wenn sie wollen. Sie können die Leute auch andere Aufgaben wahrnehmen lassen.

Darum verstehe ich die hier geführte Diskussion nicht - es sei denn, Herr Paetzold wüsste besser, wie die Personalpolitik dieser Träger aussehen soll, sodass wir ihnen Geld geben würden, damit die Befristung aufgehoben wird.

Das kann aber nicht unsere Aufgabe sein. Jörg Frank hat das hier schon ganz deutlich gemacht. Darum bin ich der Meinung, dass wir auch so abstimmen können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Jetzt sehe ich aber wirklich keine Wortmeldungen mehr.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD und LINKEN abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und die Gruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Die Gruppe GUT enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage der Verwaltung ohne Änderung angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Assoziierte Mitgliedschaft im InsurLab Germany e. V.
2394/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.10 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Abberufung eines Mitglieds der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln
2477/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.11 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2013 - 31.12.2013 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
2520/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.12 so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2018
2557/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.13 so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2014 - 31.12.2014 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
2581/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.14 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Ombudsstelle für Flüchtlinge - Verlängerung der Befristung
2735/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.15 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2018 - 2020
2869/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.17 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
hier: Verteilung Restmittel 2017 - Filmpräsentation von Ulf Aminde (Veranstaltung zum Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU in Köln)
2997/2017

Wortmeldungen dazu? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.18 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung
4096/2016

Abstimmung wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.20 so wie im Finanzausschuss beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Seniorenkoordination im Stadtbezirk
1045/2017

Abstimmung wie Sozialausschuss und Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.21 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung

1708/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.22 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2017
1909/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist 10.23 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Bürgerhaushalt 2016 - Umsetzung der Vorschläge
2629/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT AN/1642/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja, mehrere. Zunächst hat die SPD das Wort. Danach kommen Herr Detjen und die Gruppe GUT dran. Bitte schön, Herr Krupp.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage zu dem Änderungsantrag, den Jamaika hier einbringt. Im Finanzausschuss hatten wir ja ein einstimmiges Votum, das eigentlich klare Aussagen dazu enthält, wie wir mit dem Bürgerhaushalt hier weiter verfahren. Es ist auch umso erfreulicher, dass sich da alle einig waren.

Jetzt wird hier ein Änderungsantrag von Jamaika vorgelegt. Wie Sie wissen - ich habe das in diesem Gremium ja schon öfters bekannt -, bin ich ein einfacher Mann. Deswegen würde mich interessieren - denn ich verstehe es nicht -, wo denn der Unterschied zum Beschluss im Finanzausschuss liegt. Oder gibt es gar keinen Unterschied? Und wenn das so sein sollte: Warum brauchen wir dann einen solchen Änderungsantrag?

Diese Fragen hätte ich von den Antragstellern doch gerne beantwortet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herzlichen Dank. - Herr Detjen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielleicht wäre es klug, wenn zunächst einer der Antragsteller spricht!)

- Gut. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte einfache Menschen! Ich bin ja auch ein einfacher Mensch und werde das jetzt auch mit einfachen Worten erklären.

In der letzten Sitzung des Rates am 28. September 2017 haben wir bekanntlich den Beschluss angehalten, weil wir der Meinung waren, dass erst einmal zu klären ist, was die Bezirksvertretungen mit den Voten machen, über die sie bis dahin noch nicht entschieden haben. Denn wenn man den Bürgerhaushalt ein bisschen ernst nimmt, erwarten wir schon, dass sich jede Bezirksvertretung positioniert.

Daraufhin hat die Verwaltung - sprich: die Kämmerei - sich mit den einzelnen Bezirksvertretungen, die bisher auf Beschlüsse verzichtet haben, in Verbindung gesetzt. Nach Auskunft der Kämmerei möchten sie weiter darauf verzichten.

Das wird man anderweitig klären müssen; denn es stellt sich die Frage, ob das ein Ausstieg aus dem Bürgerhaushalt ist. Aber das steht jetzt hier nicht zur Debatte.

In der gestrigen Finanzausschusssitzung wurde dies alles schriftlich und mündlich dargelegt.

In unserem Antrag haben wir das in einen Text gefasst, der zwei Dinge festhält. Um jetzt klar zu haben, was wir beschließen, zitiere ich einmal:

> Vor dem Hintergrund der Beratungen im Finanzausschuss am 25.09.2017 und am 13.11.2017 sowie der Mitteilung 3412/2017 beschließt der Rat:
>
> Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der bezirksbezogenen Vorschläge auf Basis der Priorisierung der jeweiligen Bezirksvertretung und im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets von 100 T€ je Bezirk beauftragt. Dies betrifft die Bezirksvertretungen der Stadtbezirke 5, 8 und 9.

Die Mittel für diese drei Bezirksvertretungen werden hiermit also freigegeben; denn sie haben

sich die Mühe gemacht, sich damit auseinanderzusetzen.

> Für die übrigen Stadtbezirke orientiert sich die Verwaltung an den TOP-25-Vorschlägen entsprechend der Bürger/innen-Vorschläge, soweit die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 100 T€ je Bezirk zur Realisierung ausreichen.

So weit, wie die Mittel reichen, wird die Verwaltung das umsetzen. Da wird es ab einem gewissen Zeitpunkt dann entsprechende Verwaltungsvorlagen geben.

Damit haben wir eine klare Situation. Wir wissen, was wir wollen, und die Verwaltung kann handeln; sie muss es nicht interpretieren.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist dasselbe wie gestern im Finanzausschuss?)

- Genau. Das ist genau dasselbe wie gestern, nur dass wir es hier dokumentiert haben. Damit hat sich die Situation gegenüber dem 28. September dieses Jahres zumindest dahin gehend geändert. Wir haben jetzt mehr Klarheit. Ob es einem gefällt, dass ein paar Bezirksvertretungen nicht mitgemacht haben, sei jetzt einmal dahingestellt. Aber damit ist ganz klar, wofür die 100 000 Euro pro Bezirk jeweils ausgegeben werden. Das ist alles.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Detjen, bitte.

(Zurufe: Frau Klug hat sich auch gemeldet!)

- Wollen Sie jetzt direkt sprechen, Frau Dezernentin? - Ja. Bitte, Frau Klug.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass die Verwaltung den Antrag als Klarstellung sieht. Wenn es die Möglichkeit gäbe, ihn zu übernehmen, was ich jetzt ad hoc nicht weiß, würden wir uns das auch zu eigen machen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Wir reden jetzt nicht über die Stadtbezirke 5, 8 und 9. Das ist erledigt. Da gibt es eine klare Situation.

Bezüglich der anderen Stadtbezirke ist das in dem Beschluss aus dem Finanzausschuss aber anders gefasst, Frau Klug. Ich zitiere aus Ihrer Beschlussvorlage:

> Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der bezirksbezogenen Vorschläge entsprechend der Priorisierung der Bezirksvertretung …

Zwei der anderen Bezirksvertretungen haben priorisiert. Der Rest hat gar nichts gemacht.

Die Bezirksbürgermeister - einer ist noch da; mit zwei weiteren habe ich auch gesprochen - sind nicht der Meinung, Kollege Frank, dass sie verzichtet hätten. Sie haben gerade gesagt, sie hätten auf ein Votum verzichtet.

Deswegen ist mein Vorschlag, es klarer zu fassen, Kollege Frank. Ihr Antrag enthält ja folgenden Absatz:

> Für die übrigen Stadtbezirke orientiert sich die Verwaltung …

Darin schreiben Sie praktisch, dass die Bezirksvertretungen draußen sind. Sie haben nichts mehr zu kamellen. Die Verwaltung zieht das für diese restlichen Bezirksvertretungen durch. So interpretiere ich das.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Aber so steht es hier.

Deswegen ist mein Vorschlag - vielleicht kommen wir da ja zusammen -, an diesen Absatz, der mit „Für die übrigen Stadtbezirke“ beginnt und mit „Realisierung ausreichen.“ endet, folgenden Satz anzuhängen:

> Dazu wird den Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 erneut die Möglichkeit gegeben, die Vorschläge zu bewerten und daraus Anträge im Budget von 100 000 Euro zusammenzustellen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hieße ja: Immer grüßt das Murmeltier!)

- Ja, gut; aber dann tritt in der Tat die Situation ein, dass die Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 aus dem Rennen sind und die Verwaltung dort die Priorisierung aus dem Bürgerhaushalt

zugrunde legt. Dann stellt sie fest: Auf Platz 20 gibt es einen Vorschlag, der 17 000 Euro kostet; diesen Vorschlag kann man umsetzen. - Ungefähr so ist das ja. Die Bezirksvertretung 1 bekommt dann 17 000 Euro, weil alle anderen Vorschläge nicht mit einer Zahl versehen sind. Dann steht da: überplanmäßig; nicht umsetzbar.

So ist die Situation. Und das möchte ich gern verhindern. Deswegen möchte ich gern, dass wir den Bezirksvertretungen die einmalige Möglichkeit geben, darüber noch einmal zu beraten und zu sagen, was auch immer sie sagen wollen. Sie können ja sagen: Wir machen eine Zusammenstellung der Vorschläge auf den Plätzen 3, 4 und 5; denn das ergibt 100 000 Euro.

Schauen Sie sich die Listen an. Die einzelnen Vorschläge kosten 2 Millionen Euro, 5 Millionen Euro, 10 Millionen Euro usw. Das ist nicht umsetzbar.

Insofern müssen wir den Bezirksvertretungen doch noch einmal die Möglichkeit geben, eine Schleife zu ziehen und zu sagen: Ja, das wollen wir. - Mein Gott! Auf diese vier Wochen kommt es jetzt auch nicht mehr an.

(Martin Börschel [SPD]: Dann stellt das doch als Ergänzungsantrag!)

- Das ist mein Antrag. - Frau Bürgermeisterin, ich lasse Ihnen den Text einmal hier.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Aussage von Herrn Detjen, die Bezirksvertretungen seien übergangen worden, ist Humbug. Denn sie haben zweimal die Gelegenheit gehabt, sich mit den TOP-25-Listen zu befassen und sie in irgendeiner Art und Weise zu verändern. Beim ersten Mal haben sie gesagt: Wir lassen es so, wie es in der TOP-25-Liste steht. - Dann hat die Kämmerei sie noch einmal darauf hingewiesen. Dann haben sie gesagt: Wir haben keinen Bedarf.

Und irgendwann ist es auch einmal gut. Irgendwann muss man ein Verfahren auch einmal abschließen. Das ist immerhin das 2016er-Verfahren.

Das bedeutet: Die Verwaltung wird sich jetzt zum Beispiel bei der BV 1 die Liste anschauen, und zwar in der Reihenfolge der Voten. Wenn Maßnahme 1, Maßnahme 2 und Maßnahme 3 finanzierbar sind, weil sie zusammen 100 000 Euro kosten, wird die Verwaltung dazu eine Beschlussvorlage machen. Diese Vorlage geht in die BV und in den Finanzausschuss und gegebenenfalls noch sonst wohin. Und dann ist es gut. Das ist doch ein ganz simples Verfahren.

Wenn die BV dann der Meinung ist, das habe sie nicht gewollt, wird sie die Maßnahme ablehnen, und sie erreicht nie den Finanzausschuss.

Wir sollten jetzt also auch einmal zu Ende kommen. Dieser Zusatzantrag ist nicht zielführend. Deshalb können wir dann auch zur Abstimmung übergehen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, ich möchte Sie einfach noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Die Bezirksbürgermeister - vorhin saßen fünf von ihnen hier - haben das nicht so verstanden.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja deren Problem! Die können ja mit der Kämmerei sprechen!)

Sie haben das nicht so verstanden, dass ihnen dann die Beschlussmöglichkeit genommen wird und die Verwaltung es beschließt.

Wir reden hier immerhin über sechs Bezirksvertretungen, die dann quasi außer Kraft gesetzt werden, weil die Verwaltung dort über die Bürgerhaushaltspositionen beschließt.

Das war nicht Sinn des Bürgerhaushalts, meine Damen und Herren. Der Sinn des Bürgerhaushalts war, dass die Bezirksvertretungen das beschließen.

Deswegen kann ich nur Folgendes sagen: Wenn es jetzt in der Art und Weise vonstattengeht, dass Sie das hier durchziehen, werden wir dem Bürgerhaushalt so, wie er dann gleich verabschiedet werden soll, nicht zustimmen. Es tut mir leid, dass ich das so sagen muss. Aber das können wir dann nicht machen.

Es ist doch gar kein Problem, noch einmal eine Runde zu machen. Diese vier Wochen sind überhaupt kein Problem.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Nesseler-Komp, bitte.

Birgitta Nesseler-Komp (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwar nicht noch zur allgemeinen Verwirrung beitragen, befürchte aber, dass es jetzt etwas verwirrender wird, wenn ich das sage, was ich weiß. Denn die BV 6, die hier ausgeschlossen wurde, weil gesagt wurde, sie habe nicht entschieden, hat selbstverständlich - das weiß ich mit Sicherheit - eine Priorisierung durchgeführt. Dann muss man vielleicht noch einmal in sich gehen und das genau durchsehen. Ich war selber dabei.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Ich war auch bei der ersten BV-Sitzung in Ehrenfeld dabei, als der Bürgerhaushalt aufschlug. Damals herrschte große Ratlosigkeit. Dazu komme ich zunächst einmal. Das ist tatsächlich ein Problem.

Es ist auch schade, dass sich das beim Bürgerhaushalt 2017 jetzt in gewisser Weise fortsetzen wird. Wir haben zwar nicht mehr 25 Vorschläge, aber noch zehn Vorschläge, die in die Top Ten kommen werden. Es ist aber immer noch ein sehr großes Problem, wie die Summe anschließend verteilt wird.

Daher rührt auch diese Irritation zwischen der Verwaltung und den Bezirksvertretungen, weil man nicht weiß, wie man die 100 000 Euro jetzt verteilt bekommt; denn die Bürgerinnen und Bürger haben natürlich nicht - das müssen sie nicht; das können sie nicht - genaue Summen hinterlegt.

Selbstverständlich gibt es Ideen, wie man mit Vorschlägen umgehen kann, die keine Summen enthalten und bei denen die Verwaltung erst einmal sagt, das sei zu teuer. Etwa beim Vorschlag für einen autofreien Sonntag in Ehrenfeld ist keine Summe hinterlegt. Wir wissen allerdings, dass eine Absperrmaßnahme 20 000 Euro kostet. Insofern könnte man das ein Mal machen. Das wäre finanzierbar. - Das ist das Erste.

Das Zweite ist aber, dass es in Zukunft so natürlich nicht weitergehen kann. Das ist ja nicht nur die Aufgabe von Frau Klug, sondern da gibt es auch Beiräte und Gremien. Das Verfahren muss übersichtlicher werden. Man kann Bürgern auch zumuten, Summen zu nennen und zu sagen, was ihre Vorschläge kosten. Schlagen sie etwas Großes wie eine autofreie Stadt vor, können sie ja wenigstens zum Beispiel fordern, dass dazu ein Gutachten für eine Summe von 20 000 Euro erstellt wird. Das geht ja alles. Die Bürger sind doch nicht doof. Es muss aber Teil des Verfahrens werden, dass man die dahinter stehenden Summen konkret nennt.

Ich bin sehr dafür, dass wir bei den 100 000 Euro pro Stadtbezirk bleiben. Das halte ich für einen guten Ansatz. Wie das Geld zu verteilen ist, ist aber tatsächlich sehr irritierend.

Da muss ich jetzt auch den Antragstellern unseres gemeinsamen Änderungsantrags recht geben. Es war ja nicht nur ein Mal in der BV; es war noch ein zweites Mal in der BV.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein. Was kommt denn dabei heraus? Die Verwaltung wird in einer dritten Runde keine neuen Antworten geben können, wie sie mit den Sachen umgehen will.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Bezirksvertretungen doch!)

- Die Bezirksvertretungen hatten tatsächlich zwei Mal die Gelegenheit dazu, das zu tun. Beim ersten Mal haben sie gesagt - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die BVen haben das nicht verstanden!)

- Genau. Beim ersten Mal haben sie zu Recht gesagt: Wir haben von der Verwaltung zu wenig Informationen bekommen; wir brauchen eine zweite Runde. - In der zweiten Runde hat die Verwaltung die Informationen geliefert. Dann haben die Bezirksvertretungen immer noch nicht gewusst, was sie mit den Priorisierungen machen sollen.

Ich finde diese Priorisierung durch die Bezirksvertretungen sowieso etwas befremdlich. Warum geht man nicht einfach nach dem Ranking der Bürger? Warum sagen wir nicht einfach: „Platz 1 hat gewonnen“, und gut ist es?

Mein Vorschlag ist, dass wir jetzt sagen: Wir orientieren uns an dem Bürgerwillen. Die Vorschläge auf den Plätzen 1, 2, 3, 4 und 5 werden, so gut es geht, umgesetzt. Gleichzeitig hoffen wir dabei aber auch auf die Kreativität der Verwaltung dahin gehend, dass man Lösungsansätze anbietet, wie man dann, wenn ein Vorschlag, der auf Platz 1 ist, auf den ersten Blick nicht ausreichend mit Geld hinterlegt ist, diesen Bürgern trotzdem entgegenkommen kann, indem man beispielsweise sagt: Hört mal zu; wir können es zwar nicht bezahlen, das Schauspielhaus grün zu streichen;

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber wir können dafür wenigstens eine schöne Animation bezahlen. - Ungefähr so stelle ich mir das vor; denn auf diese Art und Weise hilft man ihnen, dass die Vorschläge wenigstens auf den Weg kommen.

Dafür, dass eine Bezirksvertretung es in dem Verfahren, wie es jetzt läuft, auf einer Bezirksvertretungssitzung nicht wirklich schaffen kann, die Kuh vom Eis zu bekommen, habe ich auch vollstes Verständnis. - Danke schön.

> (Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Jetzt spricht die Verwaltung. Frau Stadtkämmerin, bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, aber doch noch einmal eines klarstellen: Köln hat seit vielen Jahren einen Bürgerhaushalt, weil wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für ihre Stadt engagieren und sich darüber Gedanken machen, wo wir das Geld einsetzen.

Diesen Grundsatz haben wir in den letzten Jahren in einem bestimmten formalen Verfahren realisiert.

Jetzt haben wir zum zweiten Mal eine wesentliche Formalität geändert. Das haben wir nicht etwa getan, weil wir uns das in Köln ausgedacht hätten, sondern, weil es - das weißt du auch - bundesweit eine Bürgerhaushaltsbewegung gibt, die sich sehr genau mit folgenden Fragen auseinandersetzt: Wie kommen wir zu dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger sich zusammen mit ihrer Stadt mit Fragen des Geldausgebens beschäftigen? Wie schaffen wir es, dass Bürgerinnen und Bürger sich auch mit Vorschlägen beteiligen, wie diese Stadt wieder stärker ihre Stadt werden kann? Wie können wir hier zu einer Verbesserung kommen?

Diesen Gedanken haben wir Rechnung getragen - damit bewegen wir uns auch auf der Höhe der Stadt Paris und anderer großer Städte in Europa und über Europa hinaus -, indem wir gesagt haben: Wir brauchen ein Instrument, mit dem die unmittelbare Umgebung und damit die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger erreicht wird. - Dieses Instrument ist das Budget, das wir in den Bezirken für die unmittelbare Lebensumgebung zur Verfügung gestellt haben.

Nun ist kein Mensch perfekt. Die vielen Variationen, die sich inzwischen gegenüber Bürgern direkt, diesem Rat und den Bezirken als Lebensvariationen herausgestellt haben, konnten wir nicht alle voraussehen.

Natürlich haben wir aus dem Verfahren gelernt. Am Ende dieses Verfahrens hat keine Bezirksvertretung alleine im Regen gestanden.

Am Ende dieses Verfahrens haben wir zudem immer noch Bezirksvertretungen, die über diesen Weg am liebsten mehr als 100 000 Euro in ihrem Bezirk ausgeben würden. Natürlich sagen wir, ob das nun priorisiert ist oder nicht priorisiert ist: Die Anliegen, die ihr an uns herantragt, werden wir als Verwaltung natürlich weiter aufnehmen und in unsere Verwaltungsverfahren einspeisen, ohne dass wir euch versprechen können, dass wir genau diese Anliegen verwirklichen können. - Diese Bürgeranregungen sind in der Verwaltung selbstverständlich kein verlorenes Papier, sondern werden von der Verwaltung das ganze Jahr über weiter verfolgt werden.

Um Klarheit über das zu schaffen, was als Ergebnis dieses sehr geöffneten, auf den Bezirken basierenden Verfahrens herausgekommen ist, entwickeln wir gerade eine Controlling-Maßnahme, um die entsprechende Lücke zu schließen. Denn viele Leute sagen: Wir wissen ja gar nicht, was ihr in dieser Riesenstadt eigentlich mit den Anregungen macht, die wir euch mit auf den Weg gegeben haben.

In diesem Zusammenhang werden wir auch Erfahrungen sammeln, inwieweit dieser Ansatz „Lebenswirklichkeit gestalten“ tatsächlich bei den Menschen ankommt.

Wir stehen also in einem Dialog. Deswegen finde ich es gut, dass hier klärenderweise das aufgegriffen wird, was auch gestern im Finanzausschuss ein Thema war, nämlich die Frage, wie in den Fällen vorgegangen werden soll, in denen die Bezirke zum Beispiel „Wir priorisieren und legen unserer Priorisierung exakt die Bürgervoten zugrunde“ oder „Wir priorisieren, aber die 100 000 Euro reichen uns nicht aus“ sagen.

Nun ist geklärt worden - nach meinem Dafürhalten genau im Sinne der gestern im Finanzausschuss geführten Diskussionen -, wie in diesen Fällen vorgegangen werden kann.

Wir brauchen jetzt eine Entscheidung, damit die Verwaltung tatsächlich losarbeiten kann. Deswegen bitte ich Sie, heute zu entscheiden und nicht noch eine weitere Diskussionsrunde einzufügen. Wir haben den nächsten Bürgerhaushalt schon in Arbeit. Da werden wir die Konsequenz daraus ziehen und werden sie auch gerne im Vorfeld mit Ihnen beraten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass die Bürgerschaft sich dann rege am nächsten Bürgerhaushalt beteiligen wird. - Vielen Dank!

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Stadtkämmerin. - Herr Frank, bitte. - Herr Frank? Es liegt eine Wortmeldung von Ihnen vor.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gesagt, dass wir jetzt abstimmen sollten!)

- Nein, noch nicht. Erst hat Herr Bezirksbürgermeister Homann das Wort.

Bezirksbürgermeister Mike Homann: Meine Damen und Herren! Ich möchte zur allgemeinen Verwirrung beitragen. So, wie ich das verstanden habe, wurde gestern im Finanzausschuss wohl beschlossen, dass die Voten der Bezirksvertretungen - in Anführungszeichen - „übergangen“ werden. Die BVen haben sozusagen ihre Chance verspielt. Sie haben kein Votum getroffen. Deswegen folgt man rein den Bürgern.

(Zuruf)

- So habe ich es gerade verstanden. Es mag sein, dass das falsch ist.

Jetzt liegt ein Änderungsantrag von Jamaika vor, der besagt, dass nur die Voten der Bezirksvertretungen 5, 8 und 9 berücksichtigt werden sollen und alle anderen Voten der Bezirksvertretungen eben nicht, weil die Bezirksvertretungen ja wohl keine Voten abgegeben haben.

Ich kann nur Folgendes sagen: Am 8. Mai 2017 hat die Bezirksvertretung Rodenkirchen unter dem Tagesordnungspunkt 9.1.1 eine Priorisierung vorgenommen, die von Ihnen hier nirgendwo berücksichtigt wird.

Das heißt: Wenn Sie das so beschließen, übergehen Sie das Votum der Bezirksvertretung Rodenkirchen - und das kann, glaube ich, nicht wirklich Sinn der Sache sein.

(Zuruf)

- So, wie ich es verstanden habe, würde der Antrag, den Sie gestern gefasst haben, das implizieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben gestern gar nichts beschlossen!)

- Okay. Aber - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Unlängst in der Sitzung des Finanzausschusses.

Bezirksbürgermeister Mike Homann: Unlängst wurde, wo auch immer, gesagt, dass das Berücksichtigung finden könnte.

Aber wenn Sie den Antrag so beschließen, wie er heute vorliegt, übergehen Sie auf jeden Fall Rodenkirchen. Und ich weiß nicht, welche BVen noch Beschlüsse zu Priorisierungen gefasst haben,

(Jürgen Kircher [SPD]: Chorweiler!)

die Sie nicht berücksichtigt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Homann, ich will Sie kurz aufklären. Das, was in dem Änderungsantrag steht, den wir hier gestellt haben, ist keine Erfindung der antragstellenden Fraktionen, sondern beruht auf einem offiziellen Dokument der Verwaltung, das vom Dezernat II, Amt 20, mit Datum vom 13. November 2017 ausgestellt worden ist. Darin steht im Wortlaut Folgendes:

> Wie ebenfalls im Finanzausschuss zugesagt, hat die Verwaltung nochmals Kontakt zu den Bezirken aufgenommen

- auch zu Ihrem Bezirk -,

> bei denen augenscheinlich die Priorisierung der Vorschläge durch die Bezirksvertretung fehlte. Doch von dort wurde erklärt, die Bezirksvertretung habe sich der Priorisierung der Bürgerinnen und Bürger angeschlossen und keine abweichende Reihenfolge festgelegt.

Genau das steht auch in unserem Antrag. Das heißt: Die BV Rodenkirchen und auch andere BVen, die hier genannt werden, haben keine eigenen Priorisierungen vorgenommen.

Wenn Sie dieses offizielle Dokument der Verwaltung anzweifeln, dann müssen Sie dies gegenüber der zuständigen Verwaltung tun, nicht gegenüber mir. Ich gehe davon aus, dass Verwaltungsvorlagen richtig sind - Ende.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frank, eines ist ja unbestritten: Sie haben hier die Mehrheit. Wer die Mehrheit hat, kann entscheiden, was passiert. Aber er hat nicht zwangsläufig recht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gerade haben wir gehört, dass die offizielle Dokumentation der Stadtverwaltung sowohl aus der Bezirksvertretung Chorweiler als auch vom Bezirksbürgermeister von Rodenkirchen angezweifelt wird. Dann haben Sie zwar immer noch die Mehrheit. Es wäre aber ein Gebot der politischen Klugheit, diese Mehrheit dann auch klug zu nutzen und diesen Beschluss noch zurückzustellen oder zumindest so zu öffnen, dass diese offensichtlichen Unrichtigkeiten, die hier moniert werden, noch irgendwie Berücksichtigung finden können.

Alles andere wäre ideologische Borniertheit. Bei einem Komplex, bei dem es um den Willen von Bürgerinnen und Bürgern geht, sollten Sie das doch auf gar keinen Fall tun. Geben Sie sich also einen Ruck.

Noch einmal - ich gebe es Ihnen regierungsamtlich -: Sie haben die Mehrheit. Das werden wir weder heute noch bis zur Kommunalwahl mutmaßlich ändern können. So ist das. Das müssen wir als Demokraten akzeptieren. Aber nutzen Sie doch diese Mehrheit wenigstens fair und gut und weise.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den von Herrn Detjen mündlich vorgetragenen Ergänzungsantrag der LINKEN abstimmen:

> Dazu wird den Bezirksvertretungen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 erneut die Möglichkeit gegeben, die Vorschläge zu bewerten und daraus Anträge im Budget von 100 000 Euro zusammenzustellen.

Wer ist dafür? - Das sind die SPD, DIE LINKE und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, und zwar, wie von Frau Stadtkämmerin Klug soeben erläutert, in durch Übernahme des Änderungsantrags von CDU, Grünen, FDP und GUT geänderter Fassung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von SPD, BUNT, AfD, DIE LINKE und pro Köln. Damit ist diese Vorlage so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Wirtschaftsplan 2018 2864/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.25 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Neugestaltung der Domumgebung
Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse
Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung
hier: Konkretisierung der Beschlusslage
1495/2017**

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.26 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes
1824/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.27 so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

**17.1 KölnKongress GmbH
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
0562/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.1 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)
521/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im wahrsten Sinne des Wortes haben wir - die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP - uns darauf verständigt, dass wir Beratungsbedarf haben. Wir möchten dies einmal schieben, weil wir noch einmal mit der Arbeitnehmerschaft reden müssen, damit wir hier auch den richtigen Arbeitnehmer oder die richtige Arbeitnehmerin wählen.

Darum bitte ich darum, dass es noch einmal geschoben wird - wegen Beratungsbedarf.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Okay. - Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Antrag auf Vertagung? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist 10.2 vertagt.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2483/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.3 so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2487/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.4 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3185/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.5 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Wirtschaftsausschuss
AN/1421/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist 17.6 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Finanzausschuss
AN/1568/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.7 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss
AN/1569/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.8 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Hauptausschuss
AN/1570/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.9 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss
AN/1572/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.11 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Soziales und Senioren
AN/1573/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.12 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Stadtentwicklungsausschuss
AN/1574/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.13 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss für Umwelt und Grün
AN/1575/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.14 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
AN/1624/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.15 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.16 Antrag der Fraktion DIE LINKE
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Bauausschuss
AN/1625/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.16 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.17 Antrag der Fraktion DIE LINKE
hier: Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Ausschuss für Umwelt und Grün
AN/1626/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.17 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Verkehrsausschuss
AN/1627/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.18 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines Mitgliedes für den Stiftungsrat RheinEnergie-Stiftung Jugend, Beruf und Wissenschaft
AN/1630/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.19 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.20 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachwahl Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
AN/1635/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.20 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.21 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten
AN/1643/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist 17.21 so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.22 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung des Integrationsrates; Bestätigung von Ausschussmitgliedschaften
AN/1644/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist 17.22 so beschlossen.

Herr Baumanns zieht sich an und geht nach draußen. Wir stellen jetzt die Nichtöffentlichkeit her. Ich weiß nicht, ob da links noch jemand sitzt. Wir verabschieden also die Presse und den Livestream. Schönen Abend!

(Schluss: 20.08 Uhr)